



Bericht

der Landesregierung

**Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2009/2010
(Ostseebericht 2010)**

Federführend ist der Ministerpräsident

Inhalt

	Seite
Vorbemerkung	5
 <u>A. Allgemeiner Teil</u>	
1. Einleitung: Chancen der Ostseezusammenarbeit	6
2. Aktuelle Entwicklungen in den Gremien der Ostseepolitik	11
 <u>B. Schwerpunkte der Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2009/2010</u>	
1. Ostseepolitisches Leitziel: Standortpolitik für Schleswig-Holstein	21
1.1. Präsenz im Ostseeraum	21
1.2. Bildung politischer Allianzen	22
1.3. Mitgestaltung der EU-Ostseestrategie	26
1.4. Mitgestaltung und Nutzung des EU-Ostseeprogramms (INTERREG B Ostsee)	30
1.5. Nutzung der EU-Strukturfondsförderung	36
1.6. Nutzung regionaler Kooperationen	37
1.6.1. Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark	37
1.6.2. Intensivierung der Partnerschaft in der südwestlichen Ostseeregion (STRING)	42
1.6.3. Stärkung der Partnerschaft mit der Wojewodschaft Pommern	44
1.6.4. Ausbau der Zusammenarbeit mit Nordwest-Russland	46
1.6.5. Partnerschaft mit Ost-Norwegen	51
1.6.6. Partnerschaft mit West-Finnland	53
1.6.7. Partnerschaft mit Südschweden	54
1.6.8. Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten	55
 2. Fachpolitische Leitziele	
2.1. Ausbau kultureller Begegnung und Zusammenarbeit im Ostseeraum	56
2.2. Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas	63
2.3. Ostseezusammenarbeit im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung	66
2.4. Entwicklung der Ostseeregion zu einer Region ziviler Sicherheit	75
2.5. Entwicklung der Ostsee zum weltweit sichersten Seeverkehrsgebiet	79
2.6. Profilierung der Ostseeregion als Modell nachhaltiger Entwicklung	85

2.7.	Gezielte Nutzung wirtschaftlicher Chancen im Ostseeraum	92
2.8.	Nutzung der Hochschulkooperation zum Ausbau der „Wissensregion Ostsee“	98
2.9.	Positionierung Schleswig-Holsteins als Transportdrehscheibe im Ostseeraum	113
2.10.	Stärkung der Ostseezusammenarbeit im Bereich Gesundheitswirtschaft und Verbraucherschutz	118
2.11.	Stärkung der Jugendbegegnung im Ostseeraum	122

Anhang

1.	Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung im Rahmen des EU-Ostseeprogramms (INTERREG IV B Ostsee)	125
2.	Einführen Schleswig-Holsteins aus dem Ostseeraum	128
3.	Ausführen Schleswig-Holsteins in den Ostseeraum	129

Vorbemerkung

Durch Beschluss des Landtages vom 10. September 1992¹ ist die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag mindestens sechs Wochen vor Beginn der jährlichen Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht über ihre Ostseeaktivitäten vorzulegen.

Die Vorlage des Berichts wurde 2001 in Abstimmung zwischen Landtag und Landesregierung auf einen Zweijahresrhythmus umgestellt. Den letzten Ostseebericht hat die Landesregierung dem Landtag im Juni 2008² vorgelegt. Die nächste Ostseeparlamentarierkonferenz findet vom 29. - 31. August 2010 in Mariehamn/Åland-Inseln statt.

Der Bericht gibt den Kenntnisstand von Ende Mai 2010 wieder. Soweit im Bericht genannte Projekte durch Landesmittel kofinanziert werden, stehen dafür benötigte Mittel unter dem Vorbehalt der Veranschlagung im Haushalt.

¹ Landtags-Drucksache 13/306

² Landtags-Drucksache 16/2132

A. Allgemeiner Teil

1. Einleitung: Chancen der Ostseezusammenarbeit

Beherrschendes Thema der politischen Diskussion im Ostseeraum ist seit gut zwei Jahren die **EU-Ostseestrategie**. Konsultationsprozess, Diskussion des Kommissionsvorschlages, Beschluss des Europäischen Rates und Festlegung der Aufgabenteilung auf Grundlage des von der Europäischen Kommission vorgelegten Aktionsplans beschäftigen die beteiligten Regionen, Staaten und Gremien der Ostseezusammenarbeit seitdem intensiv.

Die mit der EU-Osterweiterung begonnene politische Debatte um eine Neuorientierung der Ostseezusammenarbeit und interne Diskussionen über das Selbstverständnis der Ostseeorganisationen haben damit einen enormen zusätzlichen Impuls bekommen. Inwieweit die einzelnen Organisationen in der Lage sein werden, ihre Rolle in der Umsetzung der EU-Ostseestrategie zu definieren und mit Leben zu füllen, wird auch etwas über ihre Zukunftsfähigkeit aussagen.

Mit der EU-Ostseestrategie wird aber auch die **Zusammenarbeit mit Russland** vor neue Herausforderungen gestellt. Die Russische Föderation ist der einzige Ostseeanrainerstaat, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist. Die Zusammenarbeit mit Russland ist nach der EU-Osterweiterung wesentliches verbleibendes strategisches Ziel der Ostseezusammenarbeit. Die EU-Ostseestrategie, eine EU-interne Strategie, mit der die Europäische Union ohne Einbeziehung Russlands ihre Ziele und Prioritäten im Rahmen der Ostseezusammenarbeit definiert hat, birgt vor diesem Hintergrund ein nicht zu unterschätzendes Konfliktpotential. Es muss nun dafür Sorge getragen werden, dass die Kooperationsstrukturen dazu geeignet sind, eine neue Teilung der Region zu verhindern. Hierfür spricht vieles: Russland hat ein starkes Interesse an einer funktionierenden Kooperation mit den Ostseestaaten, und umgekehrt gilt das Gleiche.

Politische Situation

Die Auswirkungen der weltweiten **Finanz- und Wirtschaftskrise** haben dazu beigetragen, die wirtschaftlichen Unterschiede in der Region zu vergrößern; der schnelle Aufholprozess der baltischen Staaten wurde abrupt beendet. Das große sozioökonomische Gefälle zwischen westlichem und östlichem Ostseeraum bleibt also politische Herausforderung der Ostseezusammenarbeit.

Auch wenn die globale Krise den Fokus der Politik auch in den Regionen und Staaten des Ostseeraums zeitweise stark nach innen gelenkt hat, so wurde doch auch eine Chance darin gesehen, den Herausforderungen über eine noch engere Kooperation mit vereinten Kräften zu begegnen. Dies wurde im Rahmen des Konsultationsprozesses zur EU-Ostseestrategie deutlich. Die Ostseeregion ist auf Grund ihrer Größe nicht die adäquate politische Ebene, um der globalen Krise zu begegnen. Ostseekooperation ist jedoch sehr wohl ein geeignetes Instrument zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region und zur gemeinsamen Lösung drängender Umweltprobleme.

Neben der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die **Verbesserung des Umweltzustands der Ostsee** als großes gemeinsames Thema im Ostseeraum herauskristallisiert. Der schlechte ökologische Zustand der Ostsee wird zunehmend als ernsthafte Bedrohung für die Volkswirtschaften und den Wohlstand der Region wahrgenommen. Selbst das Problem des Klimawandels bleibt dagegen in der politischen Wahrnehmung zurück.

Die Ostseepolitik hat die Verbesserung des Umweltzustands der Ostsee, insbesondere die Bekämpfung der Eutrophierung, als dringendste ostseepolitische Aufgabe erkannt. Dies hat seinen Niederschlag in der EU-Ostseestrategie gefunden, die dieses Thema als vorrangige Herausforderung definiert. Gleichzeitig werden hierdurch die Aktivitäten der Helsinki Commission (HELCOM) und der von den Regierungen aller Ostseestaaten beschlossene **HELCOM Baltic Sea Action Plan** (Ostseeaktionsplan)¹ politisch aufgewertet, indem sie in das Zentrum des Umweltkapitels der Ostseestrategie gestellt wurden. Es besteht die Hoffnung, dass dies dazu beitragen wird, den Umsetzungsdruck zu erhöhen. Der von der finnischen Regierung initiierte **Baltic Sea Action Summit** (Ostseeaktionsgipfel)² hat medienwirksam auf die Notwendigkeit intensiverer Anstrengungen zum Schutz der Ostsee aufmerksam gemacht.

Im Ostseeraum setzt sich die Erkenntnis durch, dass mit der prekären Umweltsituation auch eine Chance verbunden sein kann. Die Verbesserung der Umweltsituation, aber auch die Anpassung an den Klimawandel erfordern neue und innovative Konzepte und technische Lösungen in den verschiedensten Bereichen, Konzepte und Lösungen, die nicht nur im Ostseeraum von hervorragender Bedeutung sind. Den

¹ Zu HELCOM vgl. Seiten 19 f.

² Baltic Sea Action Summit im Internet: www.bsas.fi

Staaten des Ostseeraums wird ein besonders hohes Innovationspotenzial bescheinigt. Zusammen mit dem dichten Netz exzellenter Forschungseinrichtungen und Universitäten in der Region ergibt sich ein Wettbewerbsvorteil, der für die **Entwicklung „grüner Technologien“** genutzt und zu einem Wettbewerbsvorsprung ausgebaut werden kann.

Die Wirtschaft im Ostseeraum hat die hiermit verbundenen Chancen erkannt und scheint entschlossen, mit einem „grünen Aufschwung“, so z.B. der dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen, zur Überwindung der Krise beitragen und den Ostseeraum zum „Green Valley of Europe“ weiterentwickeln zu wollen.

Die besondere Relevanz des Umweltthemas wurde auch im Rahmen des Gipfeltreffens des Baltic Development Forums (BDF Summit)¹ im Oktober 2009 in Stockholm deutlich. Bei der Veranstaltung haben sich wie alljährlich Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik des Ostseeraums getroffen und über die wirtschaftliche Situation der Region sowie Chancen und Strategien für die wirtschaftliche Zukunft diskutiert. Entsprechend einer Umfrage der Organisation der Handelskammern des Ostseeraums (BCCA - Baltic Sea Chambers of Commerce Association) im Rahmen der Veranstaltung wurde auf die Frage, welchem Politikbereich für das langfristige Wachstum in der Region die größte Bedeutung zukommt, an erster Stelle die EU-Umweltpolitik genannt.

Vor dem Hintergrund der drängenden Umweltproblematik und der schwierigen weltwirtschaftlichen Situation gewinnt die Ostseekooperation weiter an Bedeutung. Die Tatsache, dass die EU den Ostseeraum zur Pilotregion für die Entwicklung makroregionaler Strukturen erhoben hat, birgt vielfältige Chancen und potentielle Wettbewerbsvorteile für die Region, die es jetzt zu nutzen gilt.

Ökonomische Situation

Die Staaten des Ostseeraums sind mit hohen Wachstumsraten in die Weltwirtschaftskrise eingetreten, die Hochphase des Aufschwungs war jedoch nach Auffassung von Experten vielfach bereits vorüber. Auch vor diesem Hintergrund wurde die Region überdurchschnittlich hart von der globalen Krise getroffen, darf nun aber aber laut **State of the Region Report 2009**² hoffen, dass sie sich schneller als andere wieder erholt. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Unterschiede in der

¹ Zum Baltic Development Forum siehe Seite 20

² Der State of the Region Report wird jährlich vom Baltic Development Forum herausgegeben und skizziert die wirtschaftliche Lage der Region. Autor ist Dr. Christian Ketels, Mitglied des renommierten Institute for Strategy and Competitiveness an der Harvard Business School; Bericht im Internet über: www.bdforum.org

Region zusätzlich akzentuiert. Die nordischen Staaten (mit Ausnahme Islands), Polen und eventuell auch Deutschland werden entsprechend State of the Region Report relativ unbeschädigt aus der Krise hervorgehen, während die baltischen Staaten, Island und zu einem guten Teil auch Russland schwer getroffen wurden.

Die Wachstumsrate des **Bruttoinlandsprodukts** (BIP) ist in der Ostseeregion seit 2006 um 9,5 Prozentpunkte gefallen, mehr als in der EU-27. Der Haushaltsüberschuss von 1,8 % des BIP in 2008 wandelte sich in ein Defizit von minus 2,4 % in 2009. Der Einbruch der Aktienmärkte und der erschwerte Zugang zu den Finanzmärkten traf die gesamte Region. Insbesondere die kleineren, von ausländischem Kapital abhängigen Staaten der Region wurden vor enorme Herausforderungen gestellt. Der massive Rückgang des BIP in den baltischen Staaten konnte auch durch harte und weitgehende Einsparmaßnahmen im Bereich der öffentlichen Ausgaben nicht ausgeglichen werden. Lettland und Island wurden am stärksten getroffen. Alle drei baltischen Staaten müssen einen dramatischen Konjunkturrückgang verkraften. Unabhängig von dieser Entwicklung wird Estland aller Voraussicht nach am 1. Januar 2011 der Eurozone beitreten. Die Europäische Kommission hat Estland bescheinigt, alle Kriterien für die Einführung des Euro erfüllt zu haben, die endgültige Entscheidung trifft der Rat der EU-Finanzminister im Juli 2010.

Polen ist das einzige Land nicht nur im Ostseeraum, sondern in ganz Europa, das der weltweiten Rezession trotzen konnte. Nach Angaben der polnischen Statistikbehörde GUS (Główny Urząd Statystyczny)¹ wuchs die polnische Wirtschaft 2009 sogar um 1,7 %.

In dem vom Weltwirtschaftsforum herausgegebenen „**Global Competitiveness Report 2009-2010**“² werden Schweden (4), Dänemark (5), Finnland (6) und Deutschland (7) zum wiederholten Mal unter den TOP 10 im Ranking der weltweit wettbewerbsfähigsten Staaten geführt (**Global Competitiveness Index**). Norwegen liegt auf Platz 14 (Vorjahr 15), Estland auf Platz 35 (32). Polen baut seine Position weiter aus und ist gegenüber dem Vorjahr von Platz 53 auf Platz 46 aufgestiegen und kann damit innerhalb der EU den größten Schritt nach vorn machen. Litauen ist von Platz 44 auf 53 abgestiegen, Russland von 51 auf 63 und Lettland von 54 auf 68.

¹ Homepage: : www.stat.gov.pl

² The Global Competitiveness Report 2009-2010; Hg.: World Economic Forum; Genf 2009; im Internet: www.weforum.org

Laut **europäischem Innovationsranking** (European Innovation Scoreboard 2009¹) gehören Schweden (Platz 2), Finnland (3), Deutschland (4) und Dänemark (6) neben der Schweiz (1) und Großbritannien (5) zu der Gruppe der europäischen Innovationsführer.

Als vorrangige Stärke des Ostseeraums wird auch im State of the Region Report 2009 seine Innovationsleistung bezeichnet. Das Qualifikationsniveau ist demnach weiterhin hoch, gut ausgebildete Beschäftigte sind eine Schlüsselstärke der Region. Gleichzeitig werden aber in allen Staaten des Ostseeraums Qualifizierungslücken identifiziert. Der globale Wettbewerb erfordert einen weiteren Ausbau des Bildungs- und Qualifikationsniveaus.

Schlussfolgerungen

Die **Ostseeregion** gehört nach wie vor **zu den wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsräumen der Welt** und die Prognosen zeigen aufwärts. Im Benchmarking der Regionen steht der Ostseeraum sehr gut da; die EU-Ostseestrategie kann dazu beitragen, die überdurchschnittliche Wettbewerbsfähigkeit der Region und ihrer Wirtschaft mehr noch als bisher für die Steigerung des Wohlstands in der Region zu nutzen. Hierbei darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass einige Staaten nur mit größten Anstrengungen dem Staatsbankrott entgangen sind und nach wie vor schwer mit den Folgen zu kämpfen haben.

Der **Ostseezusammenarbeit** kommt vor diesem Hintergrund eine **weiter wachsende Bedeutung** zu, für den die EU-Ostseestrategie den Rahmen bietet, ein Rahmen, der die Chance bietet, die Strukturen der Zusammenarbeit weiter zu effektivieren und die Aktivitäten an gemeinsamen Zielen auszurichten. Wenn es gelingt, die Zusammenarbeit mit Russland ohne Brüche mit diesem System zu verflechten, kann dieser Prozess die Ostseezusammenarbeit auf eine neue Stufe heben.

In diesem Rahmen engagiert sich die Landesregierung für eine effektive, zielorientierte und projektbezogene Ostseezusammenarbeit.

¹ European Innovation Scoreboard (EIS) 2009, Europäische Union 2010; im Internet: www.proinno-europe.eu/page/european-innovation-scoreboard-2009

2. Aktuelle Entwicklungen in den Gremien der Ostseekooperation

Die seit der EU-Osterweiterung anhaltende politische Debatte um die Neuorientierung der Organisationen der Ostseekooperation, die Zusammenarbeit der Organisationen untereinander sowie die Auseinandersetzung mit der EU-Ostseestrategie haben die Arbeit der Ostsee-Gremien in den letzten beiden Jahren dominiert.

Die im Folgenden dargestellten Entwicklungen beschränken sich in der Darstellung auf die Organisationen/Institutionen der Ostseezusammenarbeit, die für die Ostseezusammenarbeit der Landesregierung von besonderer Bedeutung sind.

Ostseerat¹

Die Landesregierungen von Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein werden durch das Auswärtige Amt in die Arbeit der Gremien des Ostseerates (CBSS - Council of the Baltic Sea States) einbezogen und haben Mitwirkungsmöglichkeiten.

Im **Juni 2008** fand in Riga unter **lettischem Vorsitz** das zweijährlich stattfindende **Gipfeltreffen des Ostseerates** statt. Mit Ausnahme Deutschlands und Russlands waren alle Mitgliedstaaten auf Ebene der Regierungschefs beteiligt, Deutschland und Russland auf Vizepremier-Ebene. Schwerpunktthema des hochrangigen Treffens war die Reform des Ostseerates auf Grundlage eines vom lettischen Ostseeratsvorsitz vorgelegten und von allen Mitgliedsparteien erarbeiteten Reformvorschlags.

Das Ergebnis ist in der **Reformdeklaration** (Riga Declaration on the reform of the Council of the Baltic Sea States)² festgehalten. Statt jährlich wechselnder Vorsitzprioritäten hat sich der Ostseerat auf **fünf langfristige Prioritäten** verständigt:

- **Umwelt** (beispielhaft aufgeführt: Klimawandel)
- **wirtschaftliche Entwicklung** (beispielhaft aufgeführt: Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, positive wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Förderung Unternehmertum, Clusterentwicklung, maritime Wirtschaft, Transport und Logistik, Forschung und Entwicklung, Zollzusammenarbeit und gut funktionierende Arbeitsmärkte)
- **Energie** (beispielhaft aufgeführt: Energiesicherheit, Energieeffizienz und -einsparung, erneuerbare Energien und Auswirkungen auf die Umwelt)

¹ Homepage: www.cbss.org

² Reformdeklaration im Internet über: www.cbss.org/Summits-and-Council-Ministerials

- **Bildung und Kultur** (beispielhaft aufgeführt: Konzept der EuroFakultäten, studentische und akademische Mobilität, Aufwertung der Netzwerkkapazität im Bereich Wissenschaft und Forschung, kulturelles Erbe, zeitgenössische Kunst und Förderung der regionalen Identität)
- **zivile Sicherheit und menschliche Dimension** (beispielhaft aufgeführt: Kampf gegen Menschenhandel, Schutz der Rechte von Kindern, nukleare Sicherheit und Strahlenschutz, Zivilschutz, Verbraucherschutz, Jugendangelegenheiten, Kontakte von Mensch zu Mensch, Förderung der Toleranz).

Gleichzeitig wurde beschlossen, alle bestehenden Arbeitsgruppen aufzulösen und durch neue, zeitlich und inhaltlich begrenzte **Expertengruppen**, die stärker projektorientiert arbeiten sollen, zu ersetzen. Das Sekretariat des Ostseerates soll so umstrukturiert werden, dass Projektidentifizierung, Fund Raising und Projektmanagement erleichtert werden. Der politische Dialog im Rahmen der hochrangigen jährlichen Treffen, im Wechsel auf Ebene der Regierungschefs und auf Ebene der Außenminister, soll unverändert fortgesetzt werden.

Zum 1. **Juli 2008** ging der **Vorsitz des Ostseerates** turnusgemäß an **Dänemark** über. Dänemark hat für seine Präsidentschaft vier Prioritäten gesetzt:

- Energie und Klima
- Schutz der Umwelt
- Förderung des Engagements der Jugend
- Stärkung der zivilen Sicherheit

Während der dänischen Präsidentschaft wurde ein Großteil der in Riga beschlossenen **Strukturereform** umgesetzt. Diverse Statuten und Leitlinien wurden überarbeitet, die bisherigen Arbeitsgruppen entsprechend Reformauftrag sämtlich auf den Prüfstand gestellt, aufgelöst und sofern als sinnvoll erachtet als Expertengruppen neu mandatiert:

- Die Arbeitsgruppe Nukleare Sicherheit und Strahlenschutz (CBSS Working Group on Nuclear and Radiation Safety) wurde in eine zeitlich limitierte Expertengruppe umgewandelt (**CBSS Expert Group on Nuclear and Radiation Safety - EGNRS**), die Terms of Reference erneuert.
- Die Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit (CBSS Working Group on Economic Cooperation) wurde aufgelöst; in der Diskussion sind verschiedene Alternativmodelle für eine Neumandatierung: Deutschland favorisiert die Einrichtung einer Expertengruppe Maritime Wirtschaft, Litauen plädiert für eine Expertengrup-

pe Technologietransfer, Polen spricht sich für eine Expertengruppe Kleine und Mittlere Familienunternehmen aus. Eine Entscheidung steht noch aus.

- Auf Initiative der Landesregierung hatte sich die Bundesregierung erfolgreich für die Einsetzung einer Expertengruppe Meerespolitik eingesetzt. Die Einsetzung einer **CBSS Expert Group on Maritime Policy** (EGMP) wurde beschlossen, die Aufgaben in den Terms of Reference fixiert. Die Arbeitsgruppe soll sich nicht nur mit dem ökonomischen Teil, sondern mit allen Aspekten einer integrierten Meerespolitik befassen.
- Über die Weiterführung der Arbeitsgruppe Demokratische Institutionen (CBSS Working Group on Democratic Institutions) konnte auch nach langwierigen Diskussionen kein Konsens gefunden werden. Sie wurde aufgelöst. Es wurde vereinbart, dass insbesondere die Themen „Kontakte von Mensch zu Mensch“ und „Förderung der Toleranz“ auf der Agenda der Arbeit der Hohen Beamten des Ostseerates (Committee of Senior Officials) bleiben.
- Die Arbeitsgruppe Zusammenarbeit für Kinder in Gefahr in der Ostseeregion (CBSS Working Group on Cooperation for Children at Risk in the Baltic Sea Region) wird als Expertengruppe fortgeführt (**CBSS Expert Group on Cooperation for Children at Risk** - EGCC).
- Die Initiative Baltic 21, Beitrag des Ostseerates zur Erfüllung der UN Agenda 21, wurde in eine Expertengruppe des Ostseerates umfirmiert (**CBSS Expert Group on Sustainable Development - Baltic 21**).

Auf der Projektebene engagiert sich der Ostseerat im Bildungsbereich in Nordwest-Russland mit dem Projekt **Eurofakultät Pskov**, für das Ende 2007 der Startschuss fiel und dessen Laufzeit zunächst den Zeitraum 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2011 umfasst. Ziel des Projektes ist die Verbesserung der universitären Ausbildung im Bereich Betriebswirtschaft an einem staatlichen und einem nicht staatlichen Institut in Pskov.

Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt sich der Ostseerat an dem Projekt „**Baltic Sea Labour Network**“¹, einem über das EU-Ostseeprogramm² geförderten Projekt zur Entwicklung eines europäischen Modells zur Verbesserung der inter-regionalen Arbeitsmarktpolitik. Leadpartner ist der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), Schleswig-Holstein ist über den DGB Nord beteiligt.

¹ Vgl. Seiten 33 f.

² Zum EU-Ostseeprogramm siehe Kapitel 1.4

Die dänische Ostseerats-Präsidentschaft wurde mit einem **Treffen der Außenminister im Juni 2009 in Elsinore (Dänemark)** abgeschlossen. In der Schlussklärung wurden im Wesentlichen die oben genannten strukturellen Reformen bestätigt.

Am 1. **Juli 2009** hat **Litauen** den **Vorsitz im Ostseerat** übernommen, Litauen sieht die Schwerpunkte seiner Präsidentschaft in den folgenden Bereichen:

- Innovationen als wesentliche Quelle des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts
- Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses, Erleichterung grenzüberschreitender Mobilität, Austausch von best practice und Erhalt des kulturellen Erbes
- saubere und sichere Umwelt in der Ostseeregion
- aktive Einbeziehung der Region Kaliningrad und Belarus in die genannten Prioritäten.

Diese Schwerpunkte wurden durch verschiedene Veranstaltungen unterlegt. Über konkrete Projekte zur Zusammenarbeit mit der Region Kaliningrad soll noch im Rahmen der litauischen Präsidentschaft entschieden werden.

Nachdenklich stimmt, dass der Ostseerat, anders als beispielsweise HELCOM, keine tragende Rolle bei der Umsetzung der EU-Ostseestrategie übernommen hat. Nicht zuletzt dieser Umstand hat intern wie extern zu einer erneuten Diskussion um Stellenwert und Ausrichtung der Organisation geführt, die auch beim Gipfeltreffen des Ostseerates am 1./2. Juni 2010 in Vilnius geführt werden wird. Weiterer Auslöser der Diskussion ist die Wahrnehmung, dass die mit der Reform des Ostseerates intendierte stärkere Projektorientierung zwar in den Arbeitsstrukturen umgesetzt wurde, aber inhaltlich bisher nicht hinreichend ausgefüllt werden konnte.

Am 1. **Juli 2010** übernimmt **Norwegen** den **Ostseeratsvorsitz**, am 1. **Juli 2011** folgt **Deutschland**. Die deutsche Ostseeratspräsidentschaft bietet besondere Gelegenheit, norddeutsche Interessen über das Auswärtige Amt in die Arbeit des Ostseerates einzubringen.

Ostseeparlamentarierkonferenz¹

Die **17. Ostseeparlamentarierkonferenz** fand Ende August/Anfang September **2008 in Visby/Schweden** statt. Resultat der Konferenz ist eine Resolution², in der die Parlamentarier ihre tiefe Besorgnis über den Zustand der Umwelt im Ostseeraum äußern. Der HELCOM Ostseeaktionsplan³ wird als zentrales Instrument für die Wiederherstellung eines guten Zustands der Umwelt im Ostseeraum begrüßt. Im Weiteren werden die Regierungen der Ostseeregion, der Ostseerat und die Europäische Union u. a. aufgefordert, dafür zu sorgen, dass von der Region ehrgeizige Maßnahmen zur Minderung der CO₂-Emissionen ausgehen und die Region mit Blick auf die Anpassung an den Klimawandel enger zusammenarbeitet. Ebenso werden für den Bereich der Energieerzeugung eine engere Zusammenarbeit sowie effektivere Maßnahmen zur Nutzung regenerativer Energien und zur Energieeinsparung eingefordert.

Im Hinblick auf die Eutrophierung der Ostsee wird eine engagierte Umsetzung des HELCOM Ostseeaktionsplans unter uneingeschränkter Einhaltung der Ziele für die Reduktion der Nährstoffeinträge in die Ostsee angemahnt. Weiter wird gefordert, konkrete Schritte zur Entwicklung der Ostseeregion zur **maritimen Modellregion Europas⁴** zu ergreifen. Für den Bereich Arbeitsmarktpolitik werden klare, erleichternde Spielregeln für die Mobilität von Arbeitskräften, die Niederlassung von Unternehmen und die Erbringung von Dienstleistungen gefordert.

Ferner wird die positive Entwicklung des Dialogs mit dem Ostseerat gewürdigt. Die Reformbemühungen des Ostseerates und festgesetzten Langfrist-Prioritäten werden begrüßt.

Die **18. Ostseeparlamentarierkonferenz** fand von Ende August bis Anfang September **2009 in Nyborg/Dänemark** statt. In der Konferenzresolution⁵ werden ein weiteres Mal nachhaltig wirksame Maßnahmen zur Erreichung der Ziele des HELCOM Ostseeaktionsplans eingefordert. Im Bereich Meeresspolitik sollen sich die Regierungen des Ostseeraums, der Ostseerat und die EU für mehr Schiffssicherheit sowie die Umsetzung der **BSSSC-Initiative „Clean Baltic Shipping“⁶** einsetzen. Daneben werden eine kohärente Energiestrategie für die Ostseeregion sowie Maßnahmen zur verstärkten Nutzung regenerativer Energien, Energieeinsparung und -effizienz eingefordert. Forderungen im Bereich der zivilen Sicherheit und zur Arbeitsmarktpolitik, wie

¹ Homepage: www.bspc.net

² Resolution der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz im Internet über www.bspc.net

³ Zum HELCOM Ostseeaktionsplan siehe Seiten 86 f.

⁴ Vgl. Kapitel 2.2

⁵ Resolution der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz im Internet über: www.bspc.net

⁶ Zur Initiative Clean Baltic Shipping siehe Kapitel 2.2

die Entwicklung grenzüberschreitender Arbeitsmärkte, ergänzen die Konferenzresolution.

Es wird beschlossen, eine **Arbeitsgruppe Integrierte Meerspolitik** und eine **Arbeitsgruppe Zivile Sicherheit** einzusetzen.

Die **19. Ostseeparlamentarierkonferenz** findet vom 29. bis 31. August **2010 in Mariehamn/Åland-Inseln** statt.

Netzwerk der Subregionen des Ostseeraums BSSSC (Baltic Sea States Subregional Cooperation)¹

Die **schleswig-holsteinische Landesregierung** ist **Mitglied im Vorstand** des Netzwerks der Subregionen des Ostseeraums BSSSC (Baltic Sea States Subregional Cooperation).

Die **Zielvorgaben** (Terms of Reference)² machen deutlich, dass BSSSC sich als politisches Netzwerk der Ostseeregionen versteht, das die Interessen der Ostseeregionen gegenüber der nationalen Ebene und den EU-Institutionen vertritt und hierbei gezielt die Zusammenarbeit mit anderen Ostseeorganisationen sucht. BSSSC versteht sich als **regionaler Partner des Ostseerats** und hat diesem seit 2008 Beobachterstatus (mit Rederecht) im Rahmen der BSSSC Vorstandssitzungen eingeräumt. Die Ostseekommission der Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas (KPKR)³, die Union der Ostseestädte (Union of the Baltic Cities)⁴ und das Netzwerk der Ostseeinseln (B 7 - Baltic Islands Network)⁵ haben ebenfalls die Möglichkeit bekommen, Repräsentanten ihrer Organisation als Beobachter in die Vorstandssitzungen von BSSSC zu entsenden. Mit den anderen Organisationen und Initiativen im Ostseeraum wird eine enge Zusammenarbeit angestrebt.

Bis Ende 2008 hat Norwegen/Eastern Norway County Network den BSSSC-Vorsitz geführt. Zum Jahresbeginn **2009** hat die **Freie und Hansestadt Hamburg** den **Vorsitz für zwei Jahre** übernommen. Anfang **2011** wird die **Wojewodschaft Westpommern** den BSSSC-Vorsitz für zwei Jahre übernehmen.

¹ Homepage: www.bsssc.com

² Zielvorgaben im Internet über: www.bsssc.com/section.asp?id=77&pid=77

³ Homepage: www.balticseacommission.org

⁴ Homepage: www.ubc.net

⁵ Homepage: www.b7.org

Der **Arbeitsplan für die Jahre 2009 - 2010**¹ unterstreicht die Absicht, konkrete und praxisbezogene Ergebnisse und damit sichtbaren Mehrwert für den Ostseeraum zu erzielen. Zur Erreichung der Ziele werden Möglichkeiten und Chancen des EU-Ostseeprogramms² zur transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG B) genutzt. Foren zur Partnersuche für transnationale Projekte sind Bestandteil der Jahreskonferenzen. Prioritäre Politikfelder im Berichtszeitraum:

- **EU-Ostseestrategie**

BSSSC hat sich in den Konsultationsprozess zur EU-Ostseestrategie insbesondere mit dem **Vorschlag für „Flaggschiffprojekte“** im Rahmen der Strategie eingebracht. Der von der Landesregierung initiierte Vorschlag für ein Flaggschiffprojekt „Clean Baltic Shipping“ hat Eingang in den Aktionsplan zur EU-Ostseestrategie gefunden.³

Über die Benennung eines **Berichterstatters** steht BSSSC im Kontakt zu den für die EU-Ostseestrategie relevanten EU-Gremien. Die **BSSSC-Jahreskonferenz 2008** vom 17.-19. September in Kaunas/Litauen lief unter der Überschrift „EU-Ostseestrategie - der Beitrag der Subregionen“ und wurde von der EU-Kommission für eines ihrer vier **Round Table-Gespräche im Rahmen des Konsultationsprozesses** genutzt, wodurch die politische Bedeutung der Organisation unterstrichen wurde.

Die Landesregierung war Initiator und Ausrichter eines **Konferenzteils zum Thema Maritime Modellregion Ostseeraum**. Die **Konferenzresolution** beschreibt die Erwartungen der Regionen des Ostseeraums an die EU-Ostseestrategie. Im Februar 2009 fand in Hamburg eine **BSSSC-Jugendkonferenz** zum Thema EU-Ostseestrategie statt.

- **Meerespolitik**

Auf Initiative der Landesregierung ist das Thema Meerespolitik seit der Vorlage des Grünbuchs Integrierte Meerespolitik durch die Europäische Kommission auf der Agenda von BSSSC. Mit der **Konferenz zum Grünbuch Meerespolitik** im September 2006, an der Repräsentanten aller Ostseestaaten mit Ausnahme Russlands teilnahmen, wurde die Grundlage für die Arbeit in diesem Themenfeld geschaffen. Die Konferenzresolution enthält die Selbstverpflichtung, den Ostseeraum bis 2015 zur **maritimen Modellregion Europas** weiterzuentwickeln.

Die Landesregierung stellt den **Vorsitz in der BSSSC Arbeitsgruppe Meerespo-**

¹ BSSSC Arbeitsplan im Internet über: www.bsssc.com/section.asp?id=83&pid=83

² zum EU-Programm siehe Kapitel 1.4

³ vgl. Kapitel 1.3 Mitgestaltung der EU Ostseestrategie und Kapitel 2.2 Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas

litik und engagiert sich im Rahmen der Jahreskonferenzen der Organisation durch Ausrichtung themenbezogener Workshops.

- **Klimawandel und nachhaltige Entwicklung**

Basierend auf den Ergebnissen der Jahreskonferenz 2007 in Turku¹ hat BSSSC 2008 eine „**Gemeinsame Plattform für Energie und Klima**“ im Ostseeraum eingerichtet, an der elf Organisationen des Ostseeraums beteiligt sind, darunter der Ostseerat, die Ostseeparlamentarierkonferenz und das Baltic Development Forum. Ziel ist die Entwicklung einer gemeinsamen Energie- und Klimaschutzstrategie unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Subregionen.

Die **Jahreskonferenz 2009** im Oktober in Ringsted/Dänemark hat die Themen Klimagipfel in Kopenhagen und EU-Ostseestrategie miteinander verbunden. Die Landesregierung war mit einem **Workshop zum Thema Klimaschutz in der Schifffahrt** beteiligt. Über die Konferenzresolution² wurde an die Staatengemeinschaft appelliert, sich im Rahmen der Weltklimakonferenz in Kopenhagen ambitionierte Ziele zu setzen.

- **Wissenschaft und Bildung**

Besonderes Anliegen des Hamburger BSSSC-Vorsitzes ist die Förderung der Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Bildung als Kernelement zur Weiterentwicklung der Ostseeregion. Die Ostseeregion ist Sitz zahlreicher Universitäten und Forschungseinrichtungen von Weltrang, diese Tatsache soll durch weiter intensivierte Kooperationen zur Profilierung der Region und zur Vermehrung des ohnehin vorhandenen Know-hows genutzt werden.

- **Jugend**

Aktive Jugendpolitik ist wichtiger Bestandteil der Zusammenarbeit im Rahmen von BSSSC. Es gibt eine **Arbeitsgruppe Jugendpolitik** und das Netzwerk der **BSSSC-Jugend**. Jugendtreffen sind regelmäßiger Bestandteil der Jahreskonferenzen, darüber hinaus finden jährlich mehrere eigenständige **BSSSC-Jugendkonferenzen** statt. Vertreter/innen der Arbeitsgruppe Jugendpolitik sind stimmberechtigte Mitglieder im Vorstand.

Weitere Arbeitsschwerpunkte waren die Themen Gesundheitswesen und Lebensqualität, Transport und Infrastruktur, die Zusammenarbeit mit Russland, die Nördliche

¹ Nähere Informationen im Internet über www.bsssc.com/section.asp?id=1544&pid=81

² Resolution im Internet über www.bsssc.com/news.asp?id=8463&pid=79&sid=79

Dimension sowie die bessere Nutzung von EU-Programmen für Projekte im Ostseeraum.

Helsinki-Kommission (HELCOM)¹

HELCOM ist eine zwischenstaatliche Kommission, die für den Schutz der Meeresumwelt der Ostsee arbeitet. Bereits 1974 wurde das erste Helsinki-Abkommen unterzeichnet, das 1980 in Kraft trat. Grundlage der aktuellen Arbeit von HELCOM ist die 1992 verabschiedete novellierte Fassung des „Übereinkommens über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (Helsinki-Übereinkommen)“. Mitglieder von HELCOM sind alle Ostseeanrainerstaaten inkl. Russland sowie die EU. Die Bundesregierung ist seit der Ratifizierung des Übereinkommens im Jahr 1994 Vertragsstaat von HELCOM. Die Küstenländer nehmen ihre Aufgaben im Rahmen ihrer föderalen Zuständigkeiten bis zur 12-Seemeilen-Zone wahr. Das Umweltministerium Schleswig-Holstein ist in verschiedenen Fachgremien dieses Übereinkommens, die sich mit der Überwachung und Bewertung des Zustands der Ostsee sowie dem nachhaltigen Arten- und Habitatschutz befassen, vertreten.

Von besonderer Bedeutung für den Ostseeraum ist die Verabschiedung des **Ostsee-Aktionsplans**² (Baltic Sea Action Plan) im November 2007 durch die Vertragsstaaten der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseeraums (HELCOM). Der HELCOM Baltic Sea Action Plan beinhaltet eine Selbstverpflichtung der Vertragsstaaten, konkrete Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Meeresumwelt in der Ostsee zu ergreifen. Bis 2021 soll ein guter ökologischer Zustand der Ostsee wieder hergestellt sein. Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur Minimierung der Nährstoffeinträge und des Eintrags gefährlicher Stoffe, zur umweltfreundlichen Seeschifffahrt und zum Schutz der Biodiversität. Diese Maßnahmen müssen nun von den Unterzeichnerstaaten umgesetzt werden. Die gleichberechtigte Beteiligung der Russischen Föderation gibt dem Aktionsplan eine besondere politische Bedeutung. Russland führt von Juli 2008 bis Juni 2010 den HELCOM-Vorsitz.

Vom 18.- 20. Mai 2010 fand in Moskau eine Ministerkonferenz statt, auf der die Umweltminister oder andere hochrangige Regierungsvertreter der zehn Ostseeanrainerstaaten, Repräsentanten aus Weißrussland und der Ukraine sowie zahlreicher staatlicher und nicht staatlicher Organisationen über die Umsetzungsfortschritte des Aktionsplans und den weiteren Handlungsbedarf diskutierten. Die Ergebnisse wur-

¹ Homepage: www.helcom.fi

² Informationen zum HELCOM Ostsee-Aktionsplan im Internet über: www.helcom.fi/BSAP/en_GB/intro

den in einer Ministererklärung festgehalten, die politische Grundlage für die HELCOM-Vertragsstaaten bis zur nächsten Ministerkonferenz sein wird.

Mit der Verabschiedung der EU-Ostseestrategie bekommt die Umsetzung des HELCOM Ostseeaktionsplans einen zusätzlichen Schub. Die Umsetzung des Plans ist Bestandteil des **Aktionsplans zur EU-Ostseestrategie**¹.

Baltic Development Forum (BDF)²

Das Baltic Development Forum ist ein Netzwerk von Organisationen, Unternehmen und Institutionen aus Wirtschaft und Politik im Ostseeraum. Jährlich im Herbst finden die **Gipfeltreffen (Summit) des Baltic Development Forums** statt. Anlässlich der Gipfeltreffen wird ebenfalls jährlich der „**State of the Region Report**“ herausgegeben, der Aufschluss über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Ostseeraums gibt³.

Der **Summit 2008** - gleichzeitig zehnjähriges Jubiläum der Organisation und ihrer Gipfeltreffen - fand vom 30. November bis 2. Dezember zur Demonstration der guten Zusammenarbeit in der Øresundregion in **Kopenhagen und Malmö** statt und war auf die Themenkomplexe Energie und Klima, EU-Ostseestrategie und Arbeitsmarkt fokussiert.

Der **BDF Summit 2009** fand am 5./6. Oktober 2009 in **Stockholm** statt, Leitthema war die Frage, wie der Ostseeraum vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen wie globaler Wirtschafts- und Finanzkrise und Klimawandel seine Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ausbauen kann. Wesentliche Antworten werden in diesem Zusammenhang von der EU-Ostseestrategie erwartet. Wirtschaft und Politik verbinden mit der Entwicklung „grüner Technologien“ und einer entsprechenden Profilierung zunehmende Chancen für Forschung und Wissenschaft und die klein- und mittelständisch geprägten Unternehmen der Region.

¹ vgl. Kapitel 1.3

² Homepage: www.bdforum.org

³ Vgl. Seiten 8 f.

B. Schwerpunkte der Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2009/2010

1. Ostseepolitisches Leitziel: Standortpolitik für Schleswig-Holstein

Die Landesregierung engagiert sich in verschiedenen Gremien und Kooperationen der Ostseezusammenarbeit mit dem Ziel, die Ausrichtung der politischen und Projekt bezogenen Zusammenarbeit so mitzugestalten, dass Interessen und Stärken des Landes optimal eingebracht werden können und einen sichtbaren Mehrwert im Land erzeugen.

1.1. Präsenz im Ostseeraum

Notwendig sind die kontinuierliche Präsenz und die Pflege der politischen Kontakte des Landes im Ostseeraum. Dies wird u.a. durch Reisen des Ministerpräsidenten, der Fachminister und Vertreter des Landtages gewährleistet.

Delegationsreisen

Der **Ministerpräsident** besuchte im April 2009 mit einigen Fachministern Kopenhagen, wo er Gespräche mit der dänischen Regierung, Wirtschaftsvertretern sowie der deutschen Minderheit in Dänemark führte.

Im Berichtszeitraum reiste der ehemalige **Europaminister** nach St. Petersburg (Mai 2008), nach Litauen (September 2008), nach Westfinnland (Oktober 2008) und zur Feier des zehnjährigen Jubiläums der Partnerschaft mit dem Gebiet Kaliningrad nach Kaliningrad (Juni 2009). Fast gleichzeitig informierte sich dort eine Delegation des **Agrarausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages** über die landwirtschaftliche Entwicklung des Gebiets Kaliningrad.

Der **Staatssekretär im Sozialministerium** reiste nach Helsinki (Oktober 2008). Die **Wirtschaftsstaatssekretärin** reiste im September 2009 zur Baumesse „Bygg-Reis Deg“ und zur Eröffnung des Schleswig-Holstein Business Center nach Oslo.

Der **Staatssekretär für Europa und Bundesangelegenheiten** reiste zudem nach Norwegen (März 2010), um an der Sitzung der Gemeinsamen Kommission im Rahmen der Regionalpartnerschaft des Landes teilzunehmen. Eine für April 2010 geplante Reise des Europastaatssekretärs nach St. Petersburg im Rahmen der Deut-

schen Woche musste wegen der Flugverbote im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Eyjafjallajökull auf Island auf den Herbst 2010 verschoben werden.

Schleswig-Holstein-Büros / Hanse-Offices im Ostseeraum

Die **Schleswig-Holstein-Büros** im Ostseeraum (**Tallinn, Riga, Vilnius** und **Kaliningrad**) und die **Hanse-Offices** in **Danzig** und **St. Petersburg** unterstützen als Informations- und Vermittlungsstelle vor Ort die praktische Projektarbeit und leisten als „Botschafter des Landes“ mit ihren Kontakten aktive Hilfestellung bei der Anbahnung neuer Projekte.

Die jeweils auf drei Jahre befristete Regelung für die Unterhaltung der Schleswig-Holstein-Büros wurde vom Landtag Ende 2009 für weitere drei Jahre verlängert. Schleswig-Holstein nutzt seit 2007 das Hamburger „Hanse-Office St. Petersburg“, das 2008 um die Beteiligung Mecklenburg-Vorpommerns erweitert wurde; im Gegenzug ist Hamburg am Schleswig-Holstein-Büro in Danzig beteiligt. Im Jahr 2008 wurde das Schleswig-Holstein-Büro in Malmö geschlossen.

Mit der gemeinsamen Nutzung der Hanse-Offices in Danzig und St. Petersburg zeigen das Land Schleswig-Holstein und die Freie und Hansestadt Hamburg verstärkt gemeinsam Flagge im Ostseeraum, so wie es im gemeinsamen Staatsvertrag vom November 2005 vereinbart wurde.

Über die Tätigkeit der Schleswig-Holstein-Büros und Hanse-Offices hat die Landesregierung dem Landtag Ende 2009 Bericht erstattet.¹

1.2. Bildung politischer Allianzen

Im Bereich der Ostsee-Organisationen wirkt Schleswig-Holstein - zum Teil in führender Rolle - an der Arbeit der Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC), der Ostseeparlamentarier-Konferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC), Ars Baltica und HELCOM mit. Die Industrie- und Handelskammern engagieren sich im Ostseeverbund der Handelskammern (Baltic Sea Chambers of Commerce Association - BCCA), die Städte Lübeck und Kiel in der Union der Ostseestädte (Union of the Baltic Cities - UBC). Mit dem Ostseejugendbüro und dem Ostsee-Sekretariat für Jugendangelegenheiten, die

¹ Landtags-Drucksache 17/71 vom 24. November 2009

beide beim Landesjugendring angesiedelt sind, nimmt Schleswig-Holstein in diesem Bereich eine führende koordinierende Rolle ein.

Zahlreiche weitere Institutionen und Verbände aus Schleswig-Holstein beteiligen sich mit eigenen Initiativen und Projekten aktiv an der Zusammenarbeit im Ostseeraum.

Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern

Die norddeutschen Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein arbeiten im Bereich Ostseezusammenarbeit eng zusammen. Auf Grund vielfältiger gemeinsamer Interessen und um der eigenen Stimme größeres Gewicht zu verleihen, werden Positionen abgestimmt und gemeinsam vorangebracht. Zu diesem Zweck gibt es regelmäßige **Koordinierungsrunden der drei norddeutschen Länder** auf politischer und auf Arbeitsebene.

Auf Initiative der drei norddeutschen Länder hat der **Bundesrat** im Juli 2009 eine gemeinsame Positionierung zur EU-Ostseestrategie¹ beschlossen.

Die norddeutsche Zusammenarbeit findet auch Ausdruck in dem Ende 2007 zum **Hanse Office** der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg erweiterten früheren Schleswig-Holstein-Büro in Danzig und in der gemeinsamen Nutzung des im Oktober 2005 eröffneten Hanse-Office St. Petersburg durch Hamburg und Schleswig-Holstein sowie für eine Projektphase ab Juli 2008 auch Mecklenburg-Vorpommern.

Im Rahmen der Kooperation der südwestlichen Ostseeregion **STRING**² arbeiten Hamburg und Schleswig-Holstein an der Weiterentwicklung der gemeinsamen Metropolregion Hamburg und ihrem Zusammenwachsen mit den Wachstumsregionen Kopenhagen und Malmö.

Auch im Bereich der projektbezogenen Zusammenarbeit im Rahmen des **EU-Ostseeprogramms**³ findet insbesondere mit Hamburg eine Abstimmung über Projektbeteiligungsmöglichkeiten statt.

Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt

Auch zwischen norddeutschen Ländern und Auswärtigem Amt gibt es einen regelmäßigen und engen Austausch. Die norddeutschen Länder haben die Möglichkeit, ihre Interessen in die Ostseepolitik des Auswärtigen Amtes, insbesondere im Hinblick

¹ Bundesrats-Drucksache 620/09(Beschluss)

² zu STRING siehe Kapitel 1.6.2

³ Zum EU-Ostseeprogramm siehe Kapitel 1.4

auf die **Gremien des Ostseerates**¹ einzubringen. Dies wird in der Zeit von Juli 2011 bis Juni 2012 eine besondere Bedeutung bekommen, da Deutschland dann den Vorsitz im Ostseerat und damit besondere Einflussmöglichkeiten haben wird. Traditionell wird einem politischen Vertreter der norddeutschen Länder die Möglichkeit gegeben, im Namen der norddeutschen Länder bei den Treffen der Außenminister des Ostseerates neben dem Vertreter der Bundesregierung vorzutragen und an den Gipfeltreffen teilzunehmen. Am Gipfeltreffen des Ostseerates am 1./2. Juni 2010 nimmt der Staatssekretär für Europa und Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei Schleswig-Holstein teil.

Interessenvertretung in Brüssel

Neben den vielfältigen Aktivitäten in Bezug auf die Ostsee, die von der Landesregierung direkt von Kiel gesteuert werden, kommt auch dem **Hanse-Office**² in Brüssel, der Gemeinsamen Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein bei der Europäischen Union, eine wichtige Rolle zu. Brüssel ist der einzige Ort in der Europäischen Union, an dem praktisch alle Regionen - auch die der Ostsee - eine Vertretung unterhalten. Darüber hinaus sind alle Regionen im **Ausschuss der Regionen (AdR)**³ vertreten und entsenden regelmäßig ihre Vertreter zu gemeinsamen Ausschuss- und Plenartagungen in Brüssel. Es besteht damit auf politischer und auf administrativer Ebene die Möglichkeit, ohne großen zusätzlichen Aufwand konkrete Arbeit und Projekte zu planen und umzusetzen.

Das Hanse-Office ist seit Jahren in der so genannten „**Informal Baltic Sea Group**“ (iBSG) vertreten, in der sich Vertreter der Büros der Ostseeregionen regelmäßig austauschen. In dieser informellen Gruppe sind darüber hinaus Ostseeorganisationen wie das Netzwerk der Subregionen des Ostseeraums (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC)⁴, die Union der Ostseestädte (Union of the Baltic Cities - UBC) und die Ostsee-Handelskammern (Baltic Sea Chambers of Commerce Association - BCCA) organisiert. Dominierendes Thema in 2008 und 2009 war die Entwurfs- und Verabschiedungsphase der EU-Ostseestrategie, in die sich auch die iBSG mit ihren Akteuren wiederholt eingebracht hat. Für den 29. Juni 2010 plant die iBSG ein gemeinsames Seminar mit dem Nordischen Rat und der Europäischen Kommission zum Stand der Umsetzung der EU-Ostseestrategie.

¹ Zum Ostseerat siehe Seiten 11 ff.

² Homepage: www.hanse-office.de

³ Vgl. Seite 25

⁴ Zu BSSSC siehe Seiten 16 ff.

Daneben organisiert eine Gruppe von Ostseeregionen mit wechselnder Zusammensetzung unter Beteiligung des Hanse-Office einmal jährlich im Rahmen der „**Open Days**“ unter dem Dach des AdR in Brüssel eine Veranstaltungsreihe zu regional aktuellen Themen. Bei den **Open Days im Oktober 2008** beteiligte sich Schleswig-Holstein mit dem Thema „Die Antwort des Ostseeraums auf die Herausforderungen des Klimawandels - Politische Strategien und technische Lösungen“. Die **Open Days 2009** (5.-8. Oktober) standen unter der Überschrift „Globale Herausforderungen - Regionale Antworten“, die Landesregierung hatte sich mit einem Veranstaltungsteil zum Thema „Clean Baltic Shipping“ beteiligt. In **2010** (4.-7. Oktober) wird die Veranstaltung zum Thema „Ziel 2020: Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenarbeit und Kohäsion für alle Regionen“ mit den Ostseethemen Umsetzung der Ostseestrategie und Ostsee-Identität stattfinden.

Zusammenarbeit im Ausschuss der Regionen (AdR)¹

Bis zur Landtagswahl im September 2009 war der Europaminister schleswig-holsteinisches Mitglied im Ausschuss der Regionen (AdR) und Vizepräsident der Interregionalen **Gruppe der Ostseeregionen** (Interregional Group Baltic Sea Regions) im AdR. Mit Beginn der neuen Mandatsperiode des AdR im Januar 2010 ist Schleswig-Holstein im AdR durch den Staatssekretär für Europa und Bundesangelegenheiten und einen Abgeordneten des Landestages vertreten. Schleswig-Holstein verfügt in dieser Mandatsperiode auf Grund des turnusmäßigen Wechsels der 24 den deutschen Ländern zustehenden Sitze über zwei Mandate.

Der **Staatssekretär für Europa und Bundesangelegenheiten** wurde im Februar 2010 zum **Vizepräsidenten der Interregionalen Gruppe der Ostseeregionen** gewählt. Das **Hanse-Office** hat wieder die **Sekretariatsfunktion** übernommen und wird die Arbeit der Gruppe in enger Zusammenarbeit mit dem Sekretariat des AdR unterstützen.

Die Gruppe der Ostseeregionen versteht sich als Bindeglied zwischen Ostseeorganisationen und EU-Einrichtungen und ist bestrebt sicherzustellen, dass die Positionen der Ostseeregionen sowohl im Ausschuss der Regionen als auch in der Europäischen Kommission und anderen europäischen Entscheidungsgremien wahrgenommen werden. Arbeitsschwerpunkte sind die ökonomische und die ökologische Seite der **Meerespolitik** sowie die Auseinandersetzung mit der **EU-Ostseestrategie**. Die Gruppe umfasst 43 Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des AdR (Stand April 2010) aus allen acht Ostsee-Anrainerstaaten der EU.

¹ Homepage: www.cor.europa.eu

Unter maßgeblicher Beteiligung Schleswig-Holsteins hat die **AdR-Ostseegruppe** im April 2008 ein **Positionspapier zur EU-Ostseestrategie** verabschiedet („Position Paper of the Interregional Group Baltic Sea Regions of the Committee of the Regions on an EU Strategy for the Baltic Sea Region“) und in den Konsultationsprozess der Europäischen Kommission eingebracht.¹ Im April 2009 und im April 2010 hat das **Plenum des AdR** zwei weitere **Stellungnahmen zur EU-Ostseestrategie** verabschiedet. Alle Papiere betonen die Rolle der Regionen in Entwicklung und Umsetzung der EU-Ostseestrategie und wurden von der Landesregierung für ihre Positionierungen genutzt.

Im April 2010 hat der AdR ein **Forum** zum Thema „**Europäische Makroregionen: Integration durch territoriale Zusammenarbeit**“ veranstaltet, um über den Nutzen makroregionaler Strategien zu diskutieren. Der Staatssekretär für Europa und Bundesangelegenheiten hat sich an einer **Paneldiskussion zur EU-Ostseestrategie** beteiligt.

Zusammenarbeit im Netzwerk der Subregionen des Ostseeraums BSSSC

Die Landesregierung ist - ebenso wie die Freie und Hansestadt Hamburg - **Mitglied im Vorstand** des Netzwerks der Subregionen des Ostseeraums (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC)² und nimmt hierüber auf politische Entscheidungen und Ziele der Zusammenarbeit im Rahmen von BSSSC direkten Einfluss. Auf Initiative der Landesregierung ist Meerespolitik Schwerpunkt auch des Arbeitsprogramms für die Jahre 2009 - 2010.

1.3. Mitgestaltung der EU-Ostseestrategie

Die von der Europäischen Kommission erarbeitete und vom Europäischen Rat im Oktober 2009 beschlossene EU-Ostseestrategie und der begleitende Aktionsplan³ liefern eine auf die spezifischen Chancen und Herausforderungen der Region zugeschnittene Politik für die Ostseeregion. Die Interessenvertreter der Region wurden von der Europäischen Kommission im Rahmen eines umfangreichen Konsultationsprozesses einbezogen.

Der Aktionsplan zur EU-Ostseestrategie definiert **vier übergeordnete Ziele:**

¹ Vgl. Kapitel 1.3

² zu BSSSC siehe Seiten 16 ff.

³ Dokumente im Internet über ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/baltic/

- Sicherstellung einer nachhaltigen Umwelt
- Steigerung des Wohlstands
- Verbesserung der Erreichbarkeit und Attraktivität
- Gewährleistung der zivilen und maritimen Sicherheit.

Den vier übergeordneten Zielen sind insgesamt **15 prioritäre Handlungsfelder** zugeordnet, denen wiederum insgesamt **rund 70 Aktionen und 80 Projekte** zur Umsetzung zugeordnet sind. Für die Koordinierung der Umsetzung der 15 Prioritätenfelder sind jeweils einzelne Mitgliedstaaten federführend verantwortlich.

Querschnittsorientierte, so genannte **horizontale Aktionen**, ergänzen den Aktionsplan.

Um ihren Forderungen stärkeres Gewicht zu verleihen, hat sich die Landesregierung im Konsultationsprozess bewusst dafür entschieden, für ihre Positionierung die Gremien der Ostseekooperation zu nutzen.

Das **Positionspapier der Interregionalen Gruppe der Ostseeregionen im AdR** vom April 2008 („Position Paper of the Interregional Group Baltic Sea Regions of the Committee of the Regions on an EU Strategy for the Baltic Sea Region“) wurde federführend von Schleswig-Holstein erarbeitet. Im April 2009 hat das Plenum des AdR eine Stellungnahme zum Thema "**Die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der neuen Ostseestrategie**“ eingebracht. Im April 2010 wurde eine weitere „**Stellungnahme zur EU-Ostseestrategie**“¹ verabschiedet. Alle Papiere wurden genutzt, um die Interessen der Landesregierung einzubringen.

Des Weiteren sind die Positionen der Landesregierung über die Zusammenarbeit der norddeutschen Länder mit dem Auswärtigen Amt in das **deutsche Positionspapier** (vom 25. September 2008) eingeflossen. Das Bundesratsverfahren wurde für eine gemeinsame Positionierung der norddeutschen Länder genutzt, die vom Bundesrat mitgetragen wurde. Der **Bundesratsbeschluss** vom 10. Juli 2009² wurde der Europäischen Kommission direkt zugeleitet.

Herausragendes Anliegen der Landesregierung im Rahmen des Konsultationsprozesses war die Nutzung der EU-Ostseestrategie zur **regionalen Umsetzung der Europäischen Meerespolitik**. Die Landesregierung konnte ihre Profilierung im Bereich Meerespolitik nutzen, um breite Unterstützung für das Kernanliegen, die **Weiterent-**

¹ Alle AdR-Papiere im Internet über <https://toad.cor.europa.eu>

² Bundesrats-Drucksache 620/09(Beschluss)

wicklung der Ostseeregion zur maritimen Modellregion Europas mit dem Schwerpunkt „**Clean Baltic Shipping**“ (Saubere Ostseeschifffahrt), zu gewinnen.

Wesentliches Instrument zur Positionierung in diesem Feld neben den genannten war die **Zusammenarbeit im Rahmen des Netzwerks der Ostseeregionen BSSSC** (Baltic Sea States Subregional Cooperation)¹. Über die Mitgliedschaft im Vorstand der Organisation konnten weitere sechs Ostseeorganisationen für die Unterstützung dieses schleswig-holsteinischen Anliegens gewonnen werden. Dieses Vorgehen hat wesentlich dazu beigetragen, dass das Anliegen von der Europäischen Kommission vollumfänglich **in den Aktionsplan zur EU-Ostseestrategie aufgenommen** wurde. Einzelheiten hierzu im Kapitel 2.2 Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas.

In Gesprächen mit der Europäischen Kommission wurde neben dem Thema Meerespolitik auch für die Aufnahme des Themas **Ostsee-Identität/Erarbeitung eines Ostseegeschichtsbuchs** geworben. Die dahinter stehende Grundidee ist die Annahme, dass eine gemeinsame Politik des Ostseeraums durch ein gemeinsames Bewusstsein, eine „Ostsee-Identität“ gestärkt wird.

Die Ostsee-Bildungseinrichtung Academia Baltica e.V. hat ein Konzept für die Erarbeitung eines Ostseegeschichtsbuchs entwickelt, das die Einbeziehung von Studierenden und anderen jungen Erwachsenen aus dem gesamten Ostseeraum vorsieht. Die gemeinsame Auseinandersetzung mit der gemeinsamen, aber unterschiedlich erlebten Geschichte ist ein adäquater Ansatz zur Stärkung der kulturellen und historischen Identität in der Ostseeregion. Gleichzeitig ist das Projekt dazu geeignet, das Verhältnis zwischen den Staaten des Ostseeraums zu verbessern und unterschwellige Hemmnisse für eine prosperierende regionale Entwicklung zu reduzieren. Bis heute sind historische Ereignisse und kulturelle Unterschiede im Ostseeraum Hemmnisse, die einer vollen Entfaltung des Kooperationspotenzials im Wege stehen.

Auch für dieses Vorhaben hat die Landesregierung in den Gremien der Ostseezusammenarbeit um Unterstützung geworben. Das Projekt wird vom **Netzwerk der Ostseeregionen BSSSC** (Baltic Sea States Subregional Cooperation) unterstützt. Und auch das **Parlamentsforum Südliche Ostsee**, der **Deutsche Bundestag** und der **Bundesrat** haben sich in ihren Beiträgen und Beschlüssen zur EU-Ostseestrategie für die Umsetzung dieses Vorhabens ausgesprochen.

¹ Zu BSSSC siehe Seiten 16 ff.

Die Initiative der Landesregierung hat ihren Niederschlag im Aktionsplan zur EU-Ostseestrategie gefunden: Das Ostseegeschichtsbuch ist **im Aktionsplan zur Ostseestrategie als horizontales Projekt zur Bildung einer regionalen Identität aufgeführt.**

Auf Initiative der Landesregierung ist das Projekt Ostseegeschichtsbuch Teil eines Antrags für die dritte Ausschreibungsrunde des **EU-Ostseeprogramms** (INTERREG IV B Ostsee)¹: Das **Projekt „Baltic Sea Identity“** (Ostsee-Identität), an dem neben Academia Baltica e.V. auch die Staatskanzlei und die Landeshauptstadt Kiel als schleswig-holsteinische Projektpartner beteiligt sind, hat sich zum Ziel gesetzt, kulturelle Hemmnisse der regionalen Zusammenarbeit zu identifizieren und Maßnahmen und Werkzeuge zum Abbau zu entwickeln. So sollen gemeinsam mit Partnern aus dem Ostseeraum Workshops und Kurse für die Verbesserung der interkulturellen Kompetenz entwickelt werden, wodurch die Basis für eine weitere Festigung der Beziehungen in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur gestärkt werden kann. Ferner geht es darum zu zeigen, wie Städte und Regionen Nutzen aus der gemeinsamen Ostsee-Identität und einer Ostsee-„Markenbildung“ ziehen können.

Die Landesregierung beteiligt sich darüber hinaus am **Flaggschiff-Projekt „Erkundung von Versenkungsstellen kontaminierter Wracks und chemischer Waffen in der Ostsee“** („Assess the need to clean up contaminated wrecks and chemical weapons“)².

Zu erwähnen ist auch, dass die Europäische Kommission auf ihrem Internetauftritt zur EU-Ostseestrategie auf das **Maritime Cluster Schleswig-Holstein** als Musterbeispiel verweist³. Auch im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft fördert das Land zahlreiche Projekte, die relevant sind für die Umsetzung der EU-Ostseestrategie (Näheres siehe Kapitel 1.5).

Die **Umsetzung des HELCOM Ostseeaktionsplans** ist zum Einen wesentlicher Bestandteil der EU-Ostseestrategie und zum Anderen der erste regionale Ansatz zur Umsetzung der EU-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie im Ostseeraum. Das Umweltministerium beteiligt sich an der Umsetzung auf nationaler Ebene im Rahmen des Bund-/Länder-Messprogramms, des Lenkungsausschusses Expertengruppe Meer

¹ Vgl. Kapitel 1.4 Mitgestaltung und Nutzung des EU-Ostseeprogramms

² Vgl. Seite 82 f.

³ Link: ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/baltic/projects_en.htm

sowie im Bund-/Länderausschuss Nord- und Ostsee¹ und auf internationaler Ebenen in relevanten Gremien der EU und der regionalen Meeresübereinkommen.

Daneben hat die Landesregierung im Konsultationsprozess die Notwendigkeit einer engen **Zusammenarbeit mit Drittstaaten**, insbesondere mit Russland und Norwegen, betont. Hiervon hängt das Gelingen der Strategie nicht unwesentlich ab. Diese Position wird die Landesregierung auch weiterhin in die Gremien der Ostseezusammenarbeit und in die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission über das Auswärtige Amt und den Ausschuss der Regionen einbringen.

Angesichts der Aussage der Europäischen Kommission, keine zusätzlichen Finanzmittel zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie vorzusehen, hat sich die Landesregierung erfolgreich über ihren Vorsitz im Deutschen Ausschuss und ihren Sitz im internationalen Monitoring Committee (Begleitausschuss) des EU-Ostseeprogramms (INTERREG IV B Ostsee) für eine enge **Verzahnung des EU-Ostseeprogramms mit der EU-Ostseestrategie** eingesetzt. Für die dritte Ausschreibungsrunde des Programms (Frist März 2010) findet im Hinblick auf die Umsetzung der EU-Ostseestrategie eine aktive Projektentwicklung und -begleitung durch die Landesregierung statt.²

Die EU-Ostseestrategie möchte die bestehenden transnationalen Aktivitäten im Ostseeraum unterstützen und ergänzen. Eigene EU-Mittel zur Umsetzung der Strategie sind nicht vorgesehen, vielmehr sollen vorhandene Förderprogramme genutzt werden, also auch das EU-Ostseeprogramm, das als einziges INTERREG-Programm den gesamten Ostseeraum umfasst (derzeit ohne Russland).

1.4. Mitgestaltung und Nutzung des EU-Ostseeprogramms (INTERREG B Ostsee)

Die transnationale Zusammenarbeit im Ostseeraum im Rahmen des **EU-Ostseeprogramms (INTERREG IV B Ostsee)** ist wichtiger Bestandteil der Kohäsionspolitik und wertvolles Instrument der projektbezogenen Ostseezusammenarbeit. Die INTERREG Förderprogramme sind zentrale Instrumente zur Umsetzung der Ziele der Landesregierung im Bereich der Ostseekooperation. Im EU-Ostseeprogramm steht für den Förderzeitraum 2007-2013 ein Programmvolumen von ca. 300 Mio. €

¹ Vgl. Kapitel 2.6

² Näheres siehe Kapitel 1.4

für Projekte zur Verfügung. 208 Mio. € sind europäische Strukturfondsmittel, 6 Mio. € steuert Norwegen aus staatlichen Mitteln bei, der Rest sind Kofinanzierungsmittel der Projektpartner.

Das EU-Ostseeprogramm 2007 - 2013 zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraums durch Förderung von Innovation, besserer Erreichbarkeit, nachhaltiger Entwicklung und Verringerung des West-Ost-Gefälles zu stärken. Im Ostseeraum spielen nach wie vor der Transfer von administrativen und marktwirtschaftlichen Komponenten in die neuen EU-Mitgliedstaaten sowie eine Fokussierung auf kleine und mittelständische Unternehmen eine bedeutende Rolle.

Förderprioritäten des EU-Ostseeprogramms 2007 - 2013:

Priorität 1: Innovationsförderung

Steigerung der Innovationskapazität, Erleichterung des transnationalen Technologietransfers, Verbesserung der gesellschaftlichen Akzeptanz für Innovationen, Cluster

Priorität 2: Externe und interne Erreichbarkeit

Transport, Informations- und Kommunikationstechnologien, Schaffung von strategischen Entwicklungszonen

Priorität 3: Management der Ostsee als gemeinsame Ressource

Wirtschaftliches Management von Meeresgebieten, nachhaltige Nutzung und Schutz von Meeresressourcen, Wassermanagement, Klimawandel, Integriertes Küstenzonenmanagement

Priorität 4: Förderung attraktiver und wettbewerbsfähiger Städte und Regionen

Stärkung von Metropolregionen, Städten und Stadtregionen als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung, integrierte Entwicklung des Ostseeraums und ihres sozio-ökonomischen und räumlichen Zusammenhalts

Das Programmgebiet umfasst die Staatsgebiete oder Teilgebiete der EU-Mitgliedstaaten Deutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin und Niedersachsen), Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen sowie der Nachbarstaaten Norwegen und Belarus. Die Förderquote für Projekte beträgt bis zu 75 % in Deutschland, 85% in den baltischen Staaten und Polen sowie 90 % in Belarus.

Ein neues und in der europäischen Förderlandschaft durchaus innovatives Element des EU-Ostseeprogramms 2007 - 2013 sollte das **integrierte Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI)** sein, das mit zusätzlichen 22,6 Mio. € Projekte mit Partnern aus dem gesamten nordwestrussischen Gebiet sowie Belarus fördert. Leider ist es nicht gelungen, das Finanzierungsabkommen mit Russland rechtzeitig auf den Weg zu bringen, so dass zum jetzigen Stand des Programms lediglich Partner aus Belarus durch die ENPI-Mittel gefördert werden können. Erfreulicherweise ist es einigen Projekten gelungen über andere Quellen dennoch russische Partner einzubinden. Die enge Integration der ENPI-Komponente in ein aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gespeistes Programm, der als einzigartiger und somit besonders hervorzuhebender Pilotversuch im Ostseeraum gelten sollte, ist somit in Bezug auf Russland vorerst gescheitert. Die am Programm beteiligten Mitgliedsstaaten, die Verwaltungsbehörde sowie die EU sind jedoch gemeinsam mit Russland kontinuierlich bemüht, hier doch noch eine Lösung zu finden. Von insgesamt zur Verfügung stehenden 20,3 Mio. € ENPI-Mitteln sind für Partner aus Belarus bisher lediglich 2,3 Mio. € bewilligt worden.

Die Entscheidungen über Projektbewilligungen werden im **Begleitausschuss** des Programms (Monitoring Committee) gefällt, in dem die Landesregierung als Vertreter der deutschen Bundesländer neben Vertretern vom Bund, den anderen EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und Belarus sowie der Europäischen Kommission über Entscheidungsbefugnis verfügt. Das Mandat hierzu erteilt der **Deutsche Ausschuss** des Programms, in dem die Landesregierung den ständigen Vorsitz innehat. Diese zentrale Rolle im Gefüge der Programmstrukturen verleiht dem Land Gestaltungsspielraum sowie ein hohes Maß an Verantwortung. Der Begleitausschuss hat in seinen ersten Sitzungen die Einrichtung der **Task Forces Strategische und Rechtliche Programmentwicklung** beschlossen. Schleswig-Holstein engagiert sich aktiv in beiden Gremien.

Die Landesregierung übernimmt darüber hinaus einen erheblichen Teil der Verantwortung bei der Umsetzung des Programms: Die **Investitionsbank Schleswig-Holstein** ist (zum dritten Mal in Folge, nach 1997 und 2000) von den Ostseeanrainerstaaten mit den Funktionen der **Verwaltungsbehörde** und der **Bescheinigenden Stelle** betraut worden. Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr nimmt für den Förderzeitraum 2007 - 2013 die Aufgaben der nationalen und transnationalen **Prüfbehörde** des Programms wahr. Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist daneben **Trägerin des Programmsekretariats** mit Standort in Rostock.

Ein zentrales neues Politikfeld ist die Wechselwirkung des EU-Ostseeprogramms mit der EU-Ostseestrategie. In der laufenden Ausschreibungsrunde (1. Hälfte 2010) werden Projekte, die entweder als Flaggschiff-Projekte der Ostseestrategie im Aktionsplan aufgeführt sind oder aber eine enge Verknüpfung mit der Strategie aufweisen, bei Einhaltung der erforderlichen Qualitätskriterien für Projekte prioritär bewilligt. Schleswig-Holstein hat sich für die starke **Verzahnung des Finanzierungsinstruments mit der EU-Ostseestrategie** eingesetzt.

Mittlerweile ist das EU-Ostseeprogramm bei der **Halbzeit der Förderperiode** angekommen: Bisher wurden in zwei Ausschreibungsrunden 46 Projekte mit einem EFRE-Volumen von rund 121 Mio. € bewilligt. Bei zehn dieser Projekte sind Partner aus Schleswig-Holstein mit einem EFRE-Volumen von insgesamt 3,7 Mio. € beteiligt. Die Projekte, in denen sich Schleswig-Holstein bisher engagiert, umfassen die Themen Integriertes Küstenzonenmanagement, Clusterentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Energie, Gesundheit, demographischer Wandel, Umwelt und Tourismus.

Beteiligung schleswig-holsteinischer Partner

Ein Projekt, in dem Schleswig-Holstein im Rahmen der neuen Förderperiode als Leadpartner (Projektfederführung) fungiert, ist „**Baltic Green Belt**“. Träger ist die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, weiter beteiligt sind der Bund für Umwelt und Naturschutz BUND/Landesverband Schleswig-Holstein sowie 13 weitere Partner. Ziel des Projektes ist es, die im südlichen Ostseeraum vorhandene Lücke des ‚Grünen Bandes Europa‘, ein Ökosystemkorridor entlang des gesamten ehemaligen Eisernen Vorhangs vom Eismeer bis ans Schwarze Meer, zu schließen. Das Projekt vernetzt Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservate sowie grenzüberschreitend geschützte Gebiete, um eine nachhaltige Entwicklung in den Küstenzonen zu garantieren (IKZM).

Ebenfalls federführend in Schleswig-Holstein durchgeführt wird das Projekt „**BaltFood**“¹ in Trägerschaft der Wirtschaftsförderung Lübeck GmbH und zwölf weiteren Partnern mit dem Ziel, bestehende ernährungswirtschaftliche Cluster im Ostseeraum zu einem ostseeweiten Cluster zu vernetzen.

Ein neues Feld an Aktivitäten im Rahmen des EU-Ostseeprogramms bereitet das Projekt „**Baltic Sea Labour Network**“ mit Beteiligung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB Nord) sowie insgesamt 26 Partnern. Ziel ist, das Management des transnationalen Arbeitsmarktes zu verbessern und gemeinsame Anpassungs-

¹ Vgl. Seiten 93 und 111

strategien, Pilotaktionen und Modelle unter Berücksichtigung des demographischen Wandels und von Migrationsprozessen zu entwickeln.

Als Fortführung des Projektes „E-Health for Regions¹“, das im INTERREG III B-Ostseeprogramm erfolgreich durchgeführt wurde und ein elektronisches Netzwerk im Bereich des Gesundheitswesens aufgebaut hat, wurde in der zweiten Ausschreibungsrunde das Projekt „**ICT for Health**“² bewilligt. Leadpartner ist die Fachhochschule Flensburg. Das Projekt hat es sich zum Ziel gesetzt, ostseeweit in Bevölkerung und Fachwelt Kapazitäten und Akzeptanz für eine vermehrte Anwendung von eHealth-Technologien bei Patienten mit chronischen Erkrankungen in den Bereichen Vorsorge und Behandlung zu schaffen.

Ein weiterer Wegbereiter für neue Elemente im Rahmen der INTERREG-Förderung ist das Projekt „**First Motion**“ unter Federführung der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein, das zum Ziel hat, die Rahmenbedingungen und das Kooperationspotenzial für Innovation im Bereich Kreativer Industrien/Audiovisueller Medien u.a. durch die Errichtung einer B2B und B2C Plattform (elektronische/virtuelle Handelsplattformen) im Ostseeraum zu verbessern.

Einen besonderen Status im Rahmen der Erreichung der Programmziele erhalten sog. **Strategische Projekte**, die der Begleitausschuss als solche deklariert und auswählt. Schleswig-Holstein ist an zwei Strategischen Projekten beteiligt: als Leadpartner an dem Projekt „**Best Agers**“ mit der Weiterbildungs-Akademie Schleswig-Holstein, hier geht es um die Mobilisierung von Menschen über 55 Jahren für den gezielten Einsatz in Gesellschaft und Wirtschaft als Wissens- und Leistungsträger, und als Projektpartner in dem Projekt „**Baltic COMPASS**“ mit dem Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, das den Aufbau eines Dialogs zwischen umwelt- und agrarwirtschaftlichen Akteuren und die Entwicklung von Modelllösungen zur Bekämpfung der Eutrophierung der Ostsee durch die Agrarwirtschaft zum Ziel hat.

Des Weiteren sind Partner aus Schleswig-Holstein an den Projekten **Urb.Energy**³, **PURE** und **AGORA 2.0** beteiligt (eine vollständige Liste der Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung ist dem Bericht als Anhang beigefügt).

¹ Homepage: www.ehealthforregions.net

² Vgl. Seiten 108 und 120

³ Vgl. Seite 94 f.

Für die **dritte Ausschreibungsrunde**, die im März 2010 geschlossen wurde, sind insgesamt 61 Projektanträge eingereicht worden. Schleswig-Holstein ist mit einer Beteiligung an zehn Projekten (eine Leadpartnerschaft) mit insgesamt 16 Projektpartnern gut im Wettbewerb vertreten. Insgesamt wurden aus Schleswig-Holstein in dieser Runde ca. 3 Mio. € EFRE-Mittel beantragt. Zentrale Projekte sind hierbei die von der Landesregierung besonders unterstützten Projekte Clean Baltic Sea Shipping zur Reduzierung schiffsbedingter Emissionen und zur Entwicklung innovativer Technologien in diesem Sektor¹, Baltic Sea Identity, das die Entwicklung des Ostseeraums zu einer attraktiven Wirtschafts- und Wissensregion durch die Stärkung gemeinsamer Identitätsfaktoren zum Ziel hat² sowie das Projekt Sub-Mariner zur nachhaltigen wirtschaftlichen Nutzung maritimer Rohstoffe.

Die **Halbzeitbilanz** für die Partizipation schleswig-holsteinischer Akteure an Projekten des EU-Ostseeprogramms fällt positiv aus. Sowohl thematisch als auch von den Institutionen her ist eine breite Beteiligung zu verzeichnen. Dies liegt zum einen sicherlich an der zunehmenden Vertrautheit mit dem Förderinstrument, zum anderen aber auch an der **kontinuierlichen Informationspolitik und Beratung** zum Programm und den Antragserfordernissen. Neben der regelmäßigen Distribution von Informationen (z.B. INTERREG-Newsletter, Eurobrief, Homepage) an die interessierte Fachöffentlichkeit wurde im Rahmen einer landesweiten Informationsveranstaltung der Landesregierung im Februar 2009 im Kieler Landeshaus Gelegenheit geboten, erste Projekte zu präsentieren und weitere Partner im Land zu suchen.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass der Wettbewerb um Projektbewilligungen im Rahmen des EU-Ostseeprogramms im Vergleich zur Vorgängerperiode an Härte gewonnen hat. Dies ist zum einen auf die hohe Förderquote, zum anderen aber auch auf die Integration der neuen Mitgliedstaaten Polen, Estland, Lettland und Litauen zurückzuführen.

Die **Vorbereitung der nächsten Förderperiode** für die Strukturfonds ab 2014 ist bereits angelaufen. Schleswig-Holstein beteiligt sich in den relevanten Gremien an Gesprächen und wirkt so auch aktiv an der Ausgestaltung des neuen Programms für den Ostseeraum mit, das wahrscheinlich in Zukunft noch stärker in den Zusammenhang der **EU-Ostseestrategie** gestellt werden wird. Vergleicht man Programmziel und Förderprioritäten des Ostseeprogramms mit den Zielen und Prioritäten der EU-Ostseestrategie, so ergeben sich hohe inhaltliche Übereinstimmungen. Das Zusam-

¹ Vgl. Kapitel 2.2

² Vgl. Kapitel 1.3

menwirken dieser beiden Instrumente ist dazu geeignet, Synergieeffekte zu erzeugen, die der nachhaltigen Entwicklung der Region zu Gute kommen werden. Eine Ausrichtung neuer Projektvorschläge auch an den Zielen der EU-Ostseestrategie ist im Sinne einer effektiven Verwendung europäischer Mittel zu begrüßen.

1.5. Nutzung der EU-Strukturfondsförderung

Die EU-Strukturfondsförderung nach dem Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (**Operationelles Programm EFRE Schleswig-Holstein 2007 - 2013**) in Schleswig-Holstein trägt zur Unterstützung der EU-Strategie für den Ostseeraum bei.

Die verschiedenen Maßnahmen und Projekte des Aktionsplans, der die Strategie begleitet, stimmen in vielen Bereichen mit den Zielen des OP EFRE überein. Dies kommt in der Kofinanzierung wichtiger Vorhaben mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zum Ausdruck (so ist das „Maritime Cluster Schleswig-Holstein“, das Beratungs- und Dienstleistungsinfrastrukturen für kleine und mittlere maritim orientierte Unternehmen unterstützt, von der Europäischen Kommission als best-practice-Beispiel veröffentlicht worden)¹.

Das OP EFRE wird unter dem Dach des **Zukunftsprogramms Wirtschaft (ZPW)** abgewickelt. Das ZPW verfügt in den Jahren 2007-2013 über ein ursprünglich geplantes Fördermittelvolumen in Höhe von 752 Mio. €, das sich aus Mitteln des EFRE (= 374 Mio. €), Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW = 203 Mio. €) und ergänzenden Landesmitteln (175 Mio. €) zusammensetzt.

Die EU-Strategie für den Ostseeraum wird in allen **vier Prioritätsachsen** des OP EFRE berücksichtigt, sodass gute Fördermöglichkeiten für Projekte mit Bezug zum Ostseeraum und somit zur Umsetzung der Strategie bestehen:

Prioritätsachse 1: Wissen und Innovation stärken (u.a. Investitionen in FuE-Infrastrukturen und Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft),

Prioritätsachse 2: Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhöhen und die unternehmerische Basis stärken,

¹ Link: ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/baltic/projects_en.htm

Prioritätsachse 3: Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung (u.a. Präventiver Hochwasser- und Küstenschutz),

Prioritätsachse 4: Entwicklung der spezifischen regionalen Potenziale (u.a. Entwicklung der Tourismuswirtschaft).

1.6. Nutzung regionaler Kooperationen

Schleswig-Holstein hat seit 1992 kontinuierlich ein beispielhaftes Netzwerk von Partnerschaften und partnerschaftlichen Beziehungen mit ausgewählten Regionen im Ostseeraum aufgebaut. Heute, rund zwanzig Jahre später, steht im Mittelpunkt, die Partnerschaften noch gezielter zur Gewinnung von Partnern für politische Initiativen und praktische Projekte zu nutzen.

Strategisch richtet sich die Ostseezusammenarbeit immer stärker auf die Regionen mit dem größten ökonomischen Potenzial für Schleswig-Holstein aus. Dazu zählen die Kooperation im südwestlichen Ostseeraum im Rahmen der Dänemark- und der STRING-Zusammenarbeit sowie die Kooperation mit Pommern und dem Nordwesten Russlands.

1.6.1 Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark

Dänemark ist der wichtigste politische und wirtschaftliche Partner Schleswig-Holsteins in Skandinavien und in der Ostseeregion. Traditionell konzentriert sich die Kooperation des Landes auf die Zusammenarbeit mit **Süd-Dänemark** (Jütlandroute). Aber auch auf der **Fehmarnroute** wird seit vielen Jahren kooperiert, nicht zuletzt im Rahmen der STRING-Partnerschaft. Schon im Vorfeld der Eröffnung der Fehmarnbelt-Querung (geplant 2018) wird die Achse über den Fehmarnbelt an Bedeutung gewinnen.

Zu den Triebfedern der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark zählen insbesondere:

- die Projektförderung im Rahmen des Europäischen Förderprogramms **INTERREG A**
- die Arbeit in der **Regionalversammlung Sønderjylland - Schleswig**; Partner der Vereinbarung sind auf deutscher Seite die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie die Stadt Flensburg und auf dänischer Seite die

Region Syddanmark sowie die grenznahen Kommunen Tønder, Sønderborg, Haderslev und Apenrade

- die **Partnerschaftserklärung zwischen der Region Syddanmark und Schleswig-Holstein** vom Juni 2007 sowie die daraus resultierenden jährlichen Arbeitspläne, die zu einer stärkeren Zusammenarbeit u.a. in den Bereichen erneuerbare Energien, Arbeitsmarkt, Tourismus, Gesundheit, Hochschulkooperation, Logistik und Landes- und Entwicklungsplanung geführt haben
- die **Infrastrukturvereinbarung** vom 20. Mai 2008, in der wichtige grenzüberschreitende Infrastrukturvorhaben des Landes Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark definiert worden sind
- die **Zusammenarbeit in der politischen Kooperation STRING**, die Schleswig-Holstein mit Hamburg, der Region Seeland, der Hauptstadtregion Kopenhagen und der schwedischen Region Skåne (Schonen) verbindet; durch den Bau der festen Fehmarnbelt-Querung (geplante Fertigstellung 2018) entsteht hier die Perspektive für die Entstehung einer für Wirtschaft, Wissenschaft und Bürger gleichermaßen attraktiven Großregion¹.

Für die Landesregierung ist die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark ein zentrales Anliegen. Sie wird noch in 2010 eine **Gesamt-Dänemarkstrategie** beschließen, die sowohl die Jütland- als auch die Fehmarnroute ins Auge fasst. Wirtschaftliches Wachstum, Abstimmung der Verkehrspolitik, grenzüberschreitender Arbeitsmarkt, Gesundheit und Gesundheitswirtschaft, Kooperation der Universitätsklinika, Energie und Klimaschutz zählen unverändert zu den Schwerpunktthemen, die das Land in Zusammenarbeit mit seinen dänischen Nachbarn voranbringen möchte. Detaillierte Informationen finden sich im Bericht der Landesregierung „Grenzüberschreitende Kooperation mit Süddänemark“ vom April 2008², ein aktualisierter Bericht 2010 wird dem Landtag im Juli 2010 vorgelegt.

Eine zentrale Rolle für den Ausbau eines grenzenlosen Wirtschafts- und Arbeitsmarktraums kommt auch weiterhin der projektorientierten Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark im Rahmen des **EU-Programms INTERREG A**³ zu. Auch in der aktuellen vierten EU-Förderperiode INTERREG IV A (2007 - 2013) wird die deutsch-dänische Zusammenarbeit durch die Europäische Union unterstützt. Mit Hilfe von INTERREG IV A soll das Potenzial der Grenzregionen noch besser

¹ Vgl. Kapitel 1.6.2

² Druckschrift im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung (September 2008)

³ Über INTERREG A fördert die EU die grenzüberschreitende Zusammenarbeit benachbarter Gebiete

ausgeschöpft werden. Aufbauend auf bereits erfolgreich arbeitenden Kooperationen und Netzwerken sollen neue Kooperationsfelder einbezogen und neue Akteure hinzu gewonnen werden.

Anstatt der bisherigen drei gibt es nunmehr nur noch zwei Programmräume: das **Programm „Syddanmark - Schleswig - K.E.R.N.“** entlang der Jütlandroute und das **Programm „Fehmarnbeltegiön“** entlang der Fehmarnroute. Zugleich haben sich die zur Verfügung stehenden EU-Fördermittel mehr als verdoppelt: gegenüber 33,6 Mio. € in der letzten Förderperiode (2000-2006) stehen nunmehr für die Jahre 2007 - 2013 insgesamt 67,2 Mio. € bereit.

Schleswig-holsteinisch/dänische Förderlandschaft INTERREG IV A (2007-2013)		
Programmgebiet	umfasste Gebiete	EU-Mittel
Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.	Region Syddanmark Stadt Flensburg Stadt Kiel Stadt Neumüster Kreis Rendsburg Eckernförde Kreis Nordfriesland Kreis Schleswig-Flensburg	44,3 Mio. €
Fehmarnbeltegiön	Region Seeland Kreis Plön Kreis Ostholstein Stadt Lübeck	22,9 Mio. €

Das „**Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.**“-Programm verfolgt drei inhaltliche Prioritäten:

- Stärkung und Konsolidierung der regionalen wissensbasierten Wirtschaft,
- Entwicklung der Rahmenbedingungen des Gebiets,
- Zusammenarbeit im Alltag und funktionale Integrität in der Grenzregion.

In bisher sechs Antragsrunden wurden 35 Kooperationsprojekte mit einem EU-Fördervolumen von insgesamt 22,2 Mio. € gefördert (Stand: Mai 2010). Die folgenden Projekte sind Beispiele für die Bandbreite der bisherigen Förderung:

- **Intelligente Robotik zur Handhabung flexibler Objekte**
DTI Teknologisk Institut Odense / CAU Kiel / Syddansk Universität

Ziel des Projektes ist die Entwicklung und Förderung hochtechnologischer Kompetenzen in den Bereichen der intelligenten Robotik und der Computer Vision (maschinelles „Sehen“). Es soll eine Roboter-Technologie entwickelt werden, die z.B. bei der Handhabung und Verpackung von natürlichen Erzeugnissen wie Lebensmitteln oder Kleidung eingesetzt werden kann. Durch die neu entwickelte Technologie können Produktionsstätten mit hoher Arbeitnehmerzahl in der Region gehalten werden.

- **SUCCESS – Gemeinsam die Zukunft gestalten**

Region Syddanmark / Entwicklungsagentur Nord GmbH / Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die Region Kiel, Rendsburg-Eckernförde und Plön mbH

Dieses Projekt soll dazu beitragen, dass sich die Grenzregion zu einer Wachstumsregion entwickelt. Durch eine systematisch aufgebaute Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Akteuren beiderseits der Grenze sowie mittels einer Palette von Marketingmaßnahmen sollen die grenzüberschreitenden Stärken der deutsch-dänischen Region sichtbar gemacht werden, die Schaffung wirkungsvoller und zukunftsgerichteter Projektideen erleichtert und Barrieren für Wachstum und Mobilität abgebaut werden. Auf deutscher Seite sind in dieses Projekt als Netzwerkpartner u.a. die Landesregierung Schleswig-Holstein, die Industrie- und Handelskammer zu Flensburg und die Wirtschaftsförderungsgesellschaften Kiel, Neumünster und Nordfriesland eingebunden.

- **Grenzüberschreitende Verbesserung der Situation von Osteoporosepatientinnen in der Grenzregion**

Universitätsklinikum Odense / Krankenhaus Kolding / Sydvestjysk Krankenhaus / Universitätsklinikum Schleswig-Holstein / Fachhochschule Kiel

Ziel des Projektes ist es, Strategien zu entwickeln, die entscheidend zur Bekämpfung der Osteoporose (Knochenschwund) beitragen. Die Erfahrungen aus diesem Projekt, z.B. im Bereich der Vorsorgediagnose-Programme, der Weiterentwicklung eines innovativen Ultraschallscanners zur direkten Messung des Knochengewebes am Oberschenkel sowie des Aufbaus eines systematischen Fortbildungsangebotes für praktizierende Ärzte und Ärzte in den Krankenhäusern sowie für technisches Personal, sollen in ein gezieltes Vorsorgeprogramm in Dänemark und Deutschland einfließen.

Das **Programm „Fehmarnbelt“** verfolgt **zwei inhaltliche Prioritäten:**

- Wirtschaft, Innovation, Maritimes & Umwelt
- Grenzüberschreitende Strukturen und Humanressourcen.

Hier wurden bis Mai 2010 14 Projekte mit einem EU-Fördervolumen von insgesamt 15,9 Mio. € gefördert. Zu diesen Projekten gehören z.B.:

- **Destination Fehmarnbelt**

Fonden Østdansk Turisme / Ostsee-Holstein-Tourismus e.V.

Das Projekt wird eine gemeinsame grenzüberschreitende Destination Fehmarnbelt mit dem Ziel entwickeln, die Attraktivität der Region Fehmarnbelt als Reiseziel zu stärken. Das Projekt führt Untersuchungen und Analysen zu gemeinsamem Marktpotential, gemeinsamer Identität und gemeinsamen Stärken durch. Auf den daraus resultierenden Erkenntnissen aufbauend wird eine Strategie zur Entwicklung und Organisation des weiteren Vorgehens ausgearbeitet. Gleichzeitig soll durch eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit die gemeinsame Arbeit an und mit der Vision mit den relevanten Akteuren auf beiden Seiten der Grenze sichergestellt werden, darunter Regionen, Kommunen und Tourismusorganisationen. Ferner soll das Projekt neue Kommunikationsplattformen entwickeln und konkrete Marketinginitiativen durchführen.

- **Ready for Femern Belt 2012 – Belt Trade**

IHK Lübeck / Wirtschaftsförderung Lübeck GmbH / Fonden Femern Belt Development

Zweck des Projekts ist es, den Unternehmen in der Fehmarnbelt-Region durch gezielte Qualifizierung bestmögliche Voraussetzungen für die Beteiligung am Bau der Fehmarnbelt-Querung sowie darüber hinaus an ähnlichen internationalen Projekten zu verschaffen. Das Projekt soll Beschäftigungs- und Wachstumsimpulse in der Region auslösen und dazu führen, dass möglichst viele Bau- und Dienstleistungsaufträge in der Region vergeben werden, also direkt den Unternehmen und Bürgern der Region zu Gute kommen.

- **Regionalmanagement Fehmarnbeltregion**

Kreis Ostholstein / Fonden Femern Bælt Forum

Mit Hilfe des Projektes ist der Aufbau jeweils eines "Regionsbüros" auf deutscher und dänischer Seite auf den Weg gebracht worden. Diese dienen als Beratungs- und Informationsstelle für Unternehmen, Grenzpendler, Bürger und andere Interessierte. Über eine gemeinsame Homepage werden die Informationen und Arbeitsinhalte aus dem "Regionsbüro" der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Mit Hilfe des Projektes ist es bereits gelungen, ein gemeinsames dänisch-deutsches Fehmarnbelt-Komitee nach dem Vorbild des Öresund-Komitees zu etablieren.

Insgesamt ist die Entwicklung beider INTERREG A-Programme weit fortgeschritten. Es ist bereits in der ersten **Halbzeit des Programms** gelungen, neue Kooperationen (z.B. im Bereich der Gesundheitswirtschaft oder im Bereich der Hochschulzusammenarbeit) aufzubauen und damit zugleich auch bisher noch nicht einbezogene Kooperationsfelder (z.B. Gesundheit, Innovation und Forschung) zu erschließen.

Die projektorientierte Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG A ist, wie auch die bisher geförderten Projekten deutlich machen, ein wichtiges Instrument der Regionalentwicklung. Im **Ausbau eines grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Arbeitsmarktraums**¹ liegen für beide Programmregionen wichtige Chancen. Um hier die aus der Fehmarnbelt-Querung resultierenden Chancen zu nutzen, bedarf es der Stärkung der strategischen und politischen Verbindung der Jütland-Achse mit der Fehmarnbelt-Achse. Dabei geht es auch um die Einbeziehung der beiden Metropolen Hamburg und Kopenhagen. Mit der Dänemark-Strategie, die die Landesregierung noch 2010 vorlegen wird, soll die **Entwicklung eines grenzüberschreitenden Verflechtungsraums** in der Mitte der beiden Metropolregionen unterstützt werden.

INTERREG A-Projekte werden auch bei der Umsetzung der geplanten Dänemark-Strategie eine wichtige Rolle spielen. Die Landesregierung setzt sich bereits jetzt dafür ein, dass grenzüberschreitende INTERREG-Projekte auch in der nächsten EU-Förderperiode nach 2013 eine Zukunft haben.

1.6.2 Intensivierung der Partnerschaft in der südwestlichen Ostseeregion (STRING)

Die seit 1999 bestehende STRING-Kooperation verbindet Schleswig-Holstein mit den Regionen Hamburg, Skåne (Schonen) und den beiden dänischen Regionen Seeland und Hauptstadtregion Kopenhagen. Die STRING-Kooperation ist zu einem wichtigen Bündnis für die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten in der **Wachstumsregion Südwestliche Ostsee** geworden. Die Themen Verkehrsplanung, Infrastruktur, Forschung und Wissenschaft, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Klimaschutz und erneuerbare Energien sowie Kultur stehen dabei im Zentrum der gemeinsamen Interessen und Aktivitäten. Strategisches Ziel der Kooperation ist es, die Stärken der einzelnen Mitgliedsregionen auf diesen Gebieten zu bündeln und weiterzuentwickeln, um gemeinsam auf aktuelle und globale Herausforderungen reagieren zu können.

¹ Vgl. Kapitel 2.7

Durch den Beschluss zum **Bau der Fehmarnbelt-Querung** hat die Kooperation zusätzliche Schubkraft bekommen. Vertreter von Wirtschaftsorganisationen aus Schweden, Dänemark, Schleswig-Holstein und Hamburg haben sich im „**Fehmarnbelt Business Council**“ (FBBC)¹ zusammengeschlossen und suchen einen engen Kontakt zur STRING Kooperation, um dort ihre Interessen einzubringen. Ziel des FBBC ist die Bildung grenzüberschreitender Netzwerke zwischen Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen entlang der Wachstumsachse Hamburg - Lübeck - Øresund bereits während der Planungs- und Bauphase. Daneben haben sich im „**Fehmarnbelt Committee**“ (FBC) Vertreter der Fehmarnbeltregion aus Seeland, Ostholstein und Lübeck² zusammengeschlossen.

Ein wichtiger Meilenstein der STRING-Kooperation war die von Schleswig-Holstein organisierte internationale **Konferenz „Building new bridges in the South Western Baltic Sea Region“** im Juni 2009 in Lübeck. Mehr als 300 Teilnehmer diskutierten die durch den Bau einer festen Fehmarnbelt-Querung eröffneten Perspektiven für die Entwicklung einer wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Großregion, die auf der Achse Hamburg - Lübeck - Kopenhagen/Malmö Unternehmensansiedlungen und damit neue Arbeitsplätze generieren wird. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die "**Lübecker Erklärung**", die von den fünf STRING-Regionen verabschiedet wurde und vom FBBC und FBC unterstützt wird. Die Erklärung sieht eine **Zusammenarbeit in sieben Schlüsselfeldern** vor:

- Entwicklung eines integrierten Verkehrssystems für die grenzüberschreitende Region
- Schaffung einer weltweit führenden Wissensregion
- Unterstützung von gemeinsamen Marketingaktivitäten für den Tourismus
- Bildung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes
- Einnehmen eines Spitzenplatzes beim Klimaschutz und der nachhaltigen Entwicklung in Europa
- kultureller Brückenschlag über den Fehmarnbelt
- Intensivierung der Kooperation und des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs.

Die „Lübecker Erklärung“ soll jetzt durch konkrete Aktivitäten und Projekte mit Leben gefüllt werden. Das **Politische Forum STRING** wird im Juni 2010 in Malmö ein „**Ak-**

¹ Homepage: de.fbbs.eu

² Weitere Informationen im Internet: www.fehmarnbelt-portal.de

tionsprogramm STRING“ diskutieren , das von den fünf „STRING“-Regionen verabschiedet werden soll.

Die Kontakte innerhalb der Kooperation werden darüber hinaus von allen Mitgliedern intensiv für die Partnersuche für Projekte im Rahmen des **EU-Ostseeprogramms** (INTERREG IV B Ostsee) genutzt.

1.6.3 Stärkung der Partnerschaft mit der Wojewodschaft Pommern

Die Partnerschaft Schleswig-Holsteins mit der Wojewodschaft Pomorskie (Pommern) bleibt ein Schwerpunkt der regionalen Zusammenarbeit. Sie ist die älteste unter den regionalen Partnerschaften Schleswig-Holsteins im Ostseeraum. Ziel der Bemühungen der Landesregierung ist der weitere **Ausbau und die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen** zu beiderseitigem Nutzen, der Abbau von Hindernissen in der Zusammenarbeit und die Schaffung neuer Absatzmöglichkeiten für schleswig-holsteinische Unternehmen.

Polen wird im Zeitraum 2007-2013 mehr als 60 Mrd. € aus europäischen Strukturfondsmitteln erhalten. Davon fließen rund 5 Mrd. € in die Region Pommern. Das sind potenzielle Absatzmärkte für kleine und mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein, die es zu gewinnen gilt.

Gemeinsames Ziel ist es, die Kooperation im Rahmen des **EU-Ostseeprogramms** (INTERREG IV B Ostsee)¹ weiter zu stärken und auszubauen. Erfreulich ist das starke Interesse der Partner in Pommern an maritimen Projekten für die laufende Förderperiode des EU-Ostseeprogramms. In der dritten Antragsrunde eingereichte Projekte mit Partnern aus Pommern sind das vom Danziger Maritimen Institut geleitete **Projekt „Submariner“**, an dem das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, das IFM-Geomar sowie der Danziger Wissenschafts- und Technologiepark der Sonderwirtschaftszone beteiligt sind, und das von der Staatskanzlei unterstützte **Projekt „Clean Baltic Shipping“**² mit Beteiligung des Danziger Maritimen Instituts.

Beide Partner haben Anstöße für eine **integrierte Europäische Meerespolitik** gegeben, die große Chancen für die Küstenregionen des Nordens bietet. Die Zusammenarbeit beider Regionen im Ausschuss der Regionen innerhalb der Ostseegruppe ist intensiv und produktiv.

¹ Zum EU-Ostseeprogramm siehe Kapitel 1.4

² Vgl. Kapitel 2.2

Im Februar 2010 hat der Sejmik (Parlament) Mieczysław Struk zum neuen Marschall der Wojewodschaft Pomorskie gewählt: Er hat Jan Kozłowski als wichtigen Ansprechpartner für Kontakte auf politischer Ebene abgelöst.

Auch im Berichtszeitraum haben sich polnische Lehramtsanwärter an dem von der Deutschen Auslandsgesellschaft in Zusammenarbeit mit dem pommerschen Bildungskuratorium veranstalteten „**Mini-Referendariat**“¹ beteiligt. Organisatorisch wird diese Fortbildungsmaßnahme durch das von Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam betriebene Hanse-Office Danzig² unterstützt. Die angehenden Lehrer werden im Unterrichtsfach Deutsch an schleswig-holsteinischen Schulen eingesetzt und durchlaufen ein Rahmenprogramm zur Landeskunde.

Auf kommunaler Ebene fanden gegenseitige Besuche zwischen dem **Kreis Pinneberg** und der **Gemeinde Pruszcz Gdański** statt. Die Kreisverwaltung Pinneberg führte Gespräche mit dem Landratsamt Pruszcz Gdański und dem Marschallsamt der Wojewodschaft. Ergebnis war die Ausarbeitung eines Programms für die weitere Zusammenarbeit. Im Rahmen der Gegenbesuche wurde ein Partnerschaftsvertrag zwischen den Gartenschulen der Kreise unterzeichnet. Daneben fand auf kommunaler Ebene ein berufliches Praktikum in pommerischen Unternehmen für zehn Jugendliche aus Lübeck statt.

Den 50. Jahrestag des Erscheinens des Romans „Die Blechtrommel“ hat die Stadt Danzig im Oktober 2009 zum Anlass genommen, Günter Grass, der in Danzig geboren wurde und heute in Schleswig-Holstein lebt, zu ehren. Im Rahmen des Festivals Grassmanie wurde die „**Galerie 4g - Gdańska Galeria Günthera Grassa**“ eröffnet. Günter Grass war bei der Eröffnung der Galerie, die eine ständige Ausstellung mit Bildern und Dokumenten über das literarische Schaffen des Literaturnobelpreisträgers beherbergt, persönlich anwesend. Die Idee zur Gründung einer Günther Grass gewidmeten Galerie stammt vom ehemaligen Marschall Kozłowski, der 2007 bei seinem Besuch in Lübeck das dortige Grass-Haus als Vorbild für eine vergleichbare Einrichtung in Danzig bezeichnete.

Die Künstlergruppe der „**Norddeutschen Realisten**“ plant im September 2010 mit Unterstützung der Stadtbibliothek Łeba einen Arbeitsaufenthalt auf der Düne Łeba

¹ Vgl. Seiten 69 und 106

² Zum Hanse-Office Danzig siehe auch Seite 22

nordwestlich von Danzig. Die Vermittlung des Kontakts erfolgte mit Hilfe der Landesregierung und des Hanse-Office in Danzig.

Für 2010 plant die Landesregierung in enger Abstimmung mit der IHK Schleswig-Holstein eine **Wirtschafts-Präsentation** der Wojewodschaft Pommern in Schleswig-Holstein. Dies bietet auch für kleine und mittlere Unternehmen in Schleswig-Holstein gute Chancen, Kontakte zu Unternehmen in Pommern aufzunehmen.

1.6.4 Ausbau der Zusammenarbeit mit Nordwest-Russland

Auch die Zusammenarbeit mit Nordwest-Russland ist für Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung, stellt der Nordwesten Russlands für Schleswig-Holstein doch gewissermaßen das **Tor zum russischen Kernland** dar. Neben den historisch gewachsenen Verbindungen ist die Russische Föderation auch deswegen von besonderem Interesse in der Ostseekooperation, weil sie trotz Krisenjahr immer noch auf **Platz zwei der deutschen Exportdestinationen unter den Schwellenländern** steht (nach China und vor der Türkei). Darüber hinaus hat sich die Russische Föderation das Ziel gesetzt, in den nächsten zehn bis 15 Jahren ihren technologischen Rückstand aufzuholen und ist daher vor allem an Technologieinnovation in den Bereichen Nanotechnologie, Informationstechnologien, Energieeffizienz und Pharmazie interessiert. Insbesondere bei den Technologien für Energieeffizienz (nach dem im März 2010 vorgestellten Entwurf eines staatlichen Programms für Energieversorgung und Energieeffizienz soll bis 2020 die Energieeffizienz öffentlicher Gebäude, von Produktionsstätten, Kraftwerken und Stromnetzen erhöht und vermehrt alternative Energien eingesetzt werden), aber auch im Umweltbereich (Recycling, Müllverbrennung, Wasserversorgung, Klärwerksbau) und in der Pharmazie könnte schleswig-holsteinisches Know-how eingesetzt werden. Darüber hinaus fördert die russische Regierung die Produktion von innovativen medizinischen Geräten und Arzneimitteln mit 1 Mrd. Rubel (ca. 26 Mio. €), wobei **Deutschland als Modernisierungspartner** gesehen wird. Der russische Präsident Medwedew hat im Februar 2010 die Regierung beauftragt, die gesetzlichen Regelungen für Investitionstätigkeiten ausländischer Unternehmen mit dem Ziel zu überarbeiten, ein **besseres Investitionsklima** zu schaffen (u.a. Vereinfachung von Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen sowie Zollbestimmungen, Schaffung von Steueranreizen für ausländische Unternehmen). Daneben fördert die **Bundesregierung** das Engagement deutscher Firmen sowohl über die **Exportinitiative** als auch über Fördermittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ausdrücklich in den Bereichen Gesundheitswirtschaft, Energieversorgung und -effizienz, Pharma- und Biotechnologie, Medizin- und Umwelttechnik.

Damit besteht für schleswig-holsteinische Unternehmen die Möglichkeit, den russischen Markt mit Unterstützung der Bundesregierung zu entdecken oder das Geschäft auszubauen.

Im russischen Nordwesten leben 13 Mio. Einwohner auf einer Fläche von 1,6 Mio. km², allein in St. Petersburg gibt es rund 120 Universitäten und Hochschulen. Der Wissenschafts- und Bildungssektor gehört mit 600.000 Beschäftigten zu den größten Arbeitgebern.

Im Laufe der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hat die rasante wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Nordwest-Russland einen nachhaltigen Dämpfer erhalten. Die Handlungsspielräume, insbesondere des Gebiets (Oblast) Kaliningrad, dessen produzierendes Gewerbe von der Nachfrage in Kernrussland wirtschaftlich abhängig ist, beschränkten sich im Laufe des Jahres 2009 zunehmend. Eine leichte Erholung konnte zwar gegen Ende 2009 festgestellt werden, umso drängender stellt sich derzeit die Frage, welche Lösungen die regionale Politik auf die Probleme am Arbeitsmarkt, im Ausbildungsbereich und bezüglich einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung finden wird.

Die in das **EU-Ostseeprogramm** 2007 - 2013 (INTERREG IV B Ostsee)¹ gesetzten Erwartungen für die Projektbeteiligung von nordwest-russischen Institutionen und Einrichtungen haben sich nicht erfüllt, da die Unterzeichnung des Finanzierungsabkommens zwischen der EU und der Russischen Föderation in letzter Minute scheiterte. Damit bleibt den russischen Partnern nur noch die Beteiligung auf eigene Kosten sowie eine geringfügige Erstattung von Reisekosten. Die russischen Regionen sind damit sowohl gegenüber weißrussischen Projektbeteiligten schlechter gestellt als auch im Vergleich zur vorangegangenen Finanzierungsperiode, die eine Projektbeteiligung zumindest über das EU-Förderprogramm TACIS² möglich machte. Welche nachteilige Wirkung dies für die Umsetzung des EU-Ostseeprogramms auch im Hinblick auf die EU-Ostseestrategie hat, wird sich mit Ablauf der Förderperiode zeigen.

Zusammenarbeit mit der Stadt St. Petersburg

Die Zusammenarbeit mit der Stadt St. Petersburg erfolgt im Rahmen von lose verabredeten Themenschwerpunkten. Unabhängig vom Engagement der Landesregierung bestehen traditionell gute Kontakte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel sowohl in der Meereswissenschaft (Otto-Schmidt-Labor in St. Petersburg) als auch im juristi-

¹ Siehe Kapitel 1.4

² TACIS= Technical Aid to the Commonwealth of Independent States

schen Bereich¹. Der Schleswig-Holsteinische Verband für soziale Strafrechtspflege e.V. hat 2009 gemeinsam mit der St. Petersburger Organisation „New Social Solutions“ EU-Mittel aus dem Institution Building Partnership Programme beantragt.

Die 2007 und 2008 durch die Reisen des Europaministers angestoßene Kooperation im Rahmen von INTERREG-Projekten konnte aufgrund der fehlenden Förderung durch das EU-Ostseeprogramm 2007 - 2013 nicht wie geplant umgesetzt werden. Dennoch haben einige schleswig-holsteinische Projektträger die Einbeziehung russischer Partnerorganisationen zum Zwecke des Erfahrungsaustausches möglich gemacht. Dies gilt zum einen für das Projekt „**Baltic Green Belt**“², das mit den St. Petersburger Partnern CEI (Centre for Environmental Initiatives), Baltic Fund for Nature und Green World aus dem Leningrader Gebiet zusammenarbeitet. Zum anderen ist es dem Projekt „**ICT for Health**“³ gelungen, die größte medizinische Klinik St. Petersburgs, die Staatliche Medizinische Pavlov-Universität, als Partner zu gewinnen.

Seit 2009 gibt es vermehrt Anfragen aus der St. Petersburger Stadtverwaltung zur Einbindung von Know-how aus Schleswig-Holstein in Veranstaltungen. Dies betrifft zum einen die Umweltbildung, die in der stadt eigenen Wassergesellschaft „Vodokanal“ mit angeschlossenem Umweltbildungszentrum stattfindet, aber auch das schleswig-holsteinische Engagement während der jährlich stattfindenden **Deutschen Woche in St. Petersburg**.

Die für April 2010 geplanten Beiträge Schleswig-Holsteins im Rahmen der Deutschen Woche in St. Petersburg konnten wegen der Flugverbote im Zusammenhang mit einem Vulkanausbruch auf Island nicht durchgeführt werden: Anlässlich einer Reise des Staatssekretärs für Europa- und Bundesangelegenheiten nach St. Petersburg sollte die Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein mit Kurzfilmbeiträgen präsentiert werden. Darüber hinaus sollten gemeinsam mit der Lehrerfortbildungsakademie St. Petersburg, dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) und der Universität Flensburg Lehrerfortbildungen und ein Schülerprojekttag zum Thema Gesundheit und Verbraucherbildung veranstaltet werden. Die vom Staatssekretär für Europa- und Bundesangelegenheiten geplanten Gespräche mit dem Komitee für Auswärtige Angelegenheiten und dem Komitee für Gesundheit sowie geplante Besuche bei der staatlichen Medizinischen Pavlov-Universität und dem medizintechnischen Unternehmen „Elektron“ werden nun voraussichtlich im Ok-

¹ Vgl. Kapitel 2.8

² Vgl. Seite 33

³ Ziel des Projektes ist es, die Erreichbarkeit medizinischer Versorgung auch über Entfernungen hinweg zu verbessern und dies mit Hilfe des Einsatzes von telemedizinischen Mitteln zu gewährleisten. Geleitet wird das Projekt durch die Fachhochschule Flensburg (vgl. Seiten 108 und 120).

tober 2010 nachgeholt. Die Landesregierung will damit ihr Profil in der Gesundheitswirtschaft und im Life Science-Bereich schärfen und international bewerben.

Durch die Zusammenarbeit von Norgenta (Norddeutsche Life Science Agentur) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung gelang es im März 2010 eine St. Petersburger Delegation der maßgeblichen Entscheidungsträger aus dem medizinischen Sektor nach Hamburg und Schleswig-Holstein einzuladen. Neben einem Besuch bei Olympos Surgical Technologies in Hamburg informierten die Delegationsmitglieder sich bei Dräger in Lübeck über neueste Entwicklungen in der Medizintechnik. An diesen Besuch gilt es für den Gesundheitswirtschaftsstandort Schleswig-Holstein bei weiteren Delegationsreisen anzuknüpfen.

Partnerschaft mit dem Gebiet (Oblast) Kaliningrad¹

Die seit 1999 bestehende **Partnerschaft der Landesregierung mit dem Gebiet Kaliningrad**, die seit 2000 durch eine **Parlamentpartnerschaft zwischen Landtag und Gebietsduma** erweitert wird, hat im Berichtszeitraum vor allem in der fachpolitischen Zusammenarbeit neue Impulse bekommen.

Die Kaliningrader Gebietsregierung stellte das Jahr 2009 unter das Motto "Negative Folgen der Finanzkrise für die Durchführung von wichtigen Plänen des Kaliningrader Gebiets vermeiden". Schon im Dezember 2008 wurde der Haushalt des Gebietes an die Auswirkungen der Finanzkrise angepasst und im Februar 2009 war bereits das **Antikrisen-Programm** ausgearbeitet. Das Programm beinhaltet fünf Maßnahmenbereiche:

- Stärkung der Einnahmen für einen konsolidierten Haushalt (Verkauf von staatlichen Grundstücken und ihre Neubewertung, Verfolgung von Steuerschuldnern und Betrieben, die Gehälter bar auszahlen);
- Reduzierung von laufenden Kosten (Zielprogramme des Gebietes wurden bis auf 50 % reduziert, Indexierung von Sozialleistungen und von Gehältern der Beschäftigten im öffentlichen Dienst);
- Bau von Infrastruktur für die weitere Entwicklung des Gebietes (Atomkraftwerk Neman, Autobahnbau, Gasversorgung, Hafen und Segel-Marina in Pionersk, Tiefwasserhafen);
- Unterstützung von wichtigen Wirtschaftsbereichen (Unterstützung des Mittelstandes, Bernsteinindustrie und Tourismus; Veröffentlichung der Ausschrei-

¹ Siehe auch Landtagsbericht „Kooperation mit Kaliningrad“ vom 3. März 2009 (Landtags-Drucksache 16/2517)

bung für die Industriezone „Gurjewskaja“, Subventionierung des Zinssatzes für Kredite von Kleinunternehmen und Landwirten);

- Förderung des Konsumbedarfs und Abfangen der Krisenfolgen auf die Bevölkerung (Umschulung, öffentliche Beschäftigung für die Arbeitslosen).

Bis zur Krise meldete das Gebiet Kaliningrad Vollbeschäftigung, 2010 ist die Arbeitslosenzahl eine der höchsten in der Russischen Föderation.

Nach wie vor bemüht sich die Regierung des Gebiets Kaliningrad, den **Tourismus** zu fördern. Dazu gehört insbesondere die touristische Nutzung der Kurischen Nehrung. Geplant ist eine Entwicklung der Gästezahlen bis 2012 von 550.000 auf 2 Mio. Besucher pro Jahr. Erschwerend wirken sich die verschärften Bedingungen für die Ausstellung von Einreisegenehmigungen in grenznahe Zonen des Gebiets aus. Negativ beeinflussten die Tourismusedwicklung im Berichtszeitraum sowohl die Schließung der Fluglinie KD-Avia mit Direktflügen in mehrere deutsche Städte, die Einstellung der Eisenbahnverbindung Berlin-Kaliningrad sowie die geltenden Visabestimmungen für die EU-Länder.

Das Jahr 2009 stand im Zeichen des **zehnjährigen Jubiläums der Partnerschaft** Schleswig-Holsteins mit dem Gebiet Kaliningrad, das in Anwesenheit des damaligen Europaministers mit einem Empfang für Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft gefeiert wurde. Im Rahmen der Feierlichkeiten wurde eine **Erklärung über die regionale Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung und Ausbildung sowie der präventiven Jugendarbeit** unterzeichnet. Anlässlich des jährlich stattfindenden Forums der Partnerregionen des Kaliningrader Gebiets reiste im Oktober 2009 eine Delegation unter Leitung des damaligen Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa nach Kaliningrad. Das Programm des Forums erlaubte einen Blick auf die mühsamen Entwicklungen eines wirtschaftsfreundlichen Ansiedlungsklimas und die tatsächlichen und rechtlichen Hindernisse für die Tourismusedwicklung.

Für das Jahr 2010 ist der Entwurf eines **Arbeitsprogramms** erstellt worden, der sich zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses des vorliegenden Berichts noch in der Abstimmung befand.

Die bereits durch den „**Runden Tisch für berufliche Bildung und Ausbildung Kalinin-grad - Schleswig-Holstein**“ 2007 initiierte Zusammenarbeit beginnt Früchte zu tragen: Die Jahre 2008 und 2009 waren vorrangig von Besuchen und Gegenbesu-

chen, aber auch ersten Praktika Auszubildender geprägt. In 2010 wird die Umsetzung gemeinsamer Projekte, wie beispielsweise die Sanierung eines Parks und eine Ausbilderqualifizierung im Vordergrund stehen.

Mit Erlass vom 27.02.2010 wurde die **Gebietsregierung neu strukturiert**. Sie besteht nun aus elf Ministerien, Agenturen und Diensten. Die Zuständigkeit für Außenwirtschaft und internationale Zusammenarbeit wurde einer Regierungsagentur übertragen, deren Leiter im Range eines Ministers ernannt wurde. Welche Auswirkungen diese Umbildung auf die Zusammenarbeit haben wird, bleibt abzuwarten.

Im **Juni 2010** wird eine kleine Delegation aus Kaliningrad unter der Leitung von **Gouverneur Boos nach Schleswig-Holstein** kommen.

Zusammenarbeit mit dem Archangelsker Gebiet

Im Berichtszeitraum ist die Zusammenarbeit mit dem Archangelsker Gebiet im **Bereich sozialer Strafrechtspflege** institutionell und territorial ausgeweitet und stabilisiert worden: Das im vorangegangenen Bericht erwähnte ENPI¹ -**Projekt zur Haftvermeidung** führte zu einer institutionellen Schwerpunktverlagerung von der Justizverwaltung in die Sozialverwaltungen des Oblast Archangelsk sowie in die kommunale Ebene der Städte Archangelsk, Novodvinsk und Severodvinsk. Zusätzlich konnte eine verstärkte Zusammenarbeit auf kriminologischem Gebiet mit der Pomoren-Universität Archangelsk und dem Institut für Recht und Ökonomie in Wologda - einer Hochschule der föderalen Strafvollzugsverwaltung (FSIN) - entwickelt werden. Fachlich war das wesentliche Entwicklungsergebnis allerdings der gemeinsame **Aufbau einer auf Jugendliche spezialisierten Gerichtsbarkeit** mit einer dazugehörigen Jugendgerichtshilfe in kommunaler Trägerschaft der Stadt Archangelsk zur Erprobung in einem Gerichtsbezirk. Jugendgerichtshilfe ist eine bis heute in Russland nicht gekannte und vorhandene Institution. Sowohl im Herbst 2008 als auch im Frühjahr 2010 hat sich der jeweilige Justizminister des Landes Schleswig-Holstein in Archangelsk vom erfolgreichen Abschluss der Projekte überzeugen können und festgestellt, dass derartige Projektarbeit förderlich für gutnachbarliche Beziehungen ist.

1.6.5 Partnerschaft mit Ost-Norwegen

Seit 1998 besteht eine Partnerschaft mit dem **Eastern Norway County Network** (ENCN), einem regionalen Zusammenschluss der „Fylkeskommuner“ (Counties) Akershus, Buskerud, Hedmark, Oppland, Østfold, Vestfold, Telemark und der Stadt

¹ Zu ENPI siehe Seite 32

Oslo mit insgesamt rund 2,2 Mio. Einwohnern. Die Region um den Oslo-Fjord stellt rund die Hälfte der norwegischen Bevölkerung und bildet das wirtschaftliche Zentrum Norwegens.

Die Zusammenarbeit konzentrierte sich im Berichtszeitraum auf die Themen maritime Wirtschaft, regenerative Energien, Umwelttechnologien, Klimaschutz, saubere Schifffahrt, Tourismus und Kultur. Die Nutzung des EU-Ostseeprogramms¹ hat bei der Projektdurchführung für beide Seiten hohe Priorität.

Im Bereich **maritime Wirtschaft** veranstaltete das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Maritime Technik e. V., dem VDMA (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau) sowie dem Maritimen Cluster Schleswig-Holstein im November 2009 einen **deutsch-norwegischen Workshop** auf der zwischen Oslo und Kiel verkehrenden Fähre „Color Line“. Ziel war es, Anbieter und Käufer von maritimer Technik zu einem Interessenaustausch zusammenzubringen. Das Sekretariat des ENCN war bei der Vermittlung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern behilflich.

Norwegen betreibt intensive Forschung im Bereich **regenerativer Energien**, neuerdings vor allem auf dem Gebiet der Windenergie und der Biomasse. Die Kompetenz schleswig-holsteinischer Unternehmen auf dem Gebiet der Energieerzeugung aus Wind und der Standort Schleswig-Holstein für entsprechende Anlagen soll zukünftig noch stärker als bisher in die Partnerschaft mit Ost-Norwegen eingebracht und beworben werden.

Darüber hinaus sind die norwegischen Partner am Themenkomplex „**Green Technologies**“ interessiert. So wird in Norwegen z.B. intensiv an Lösungen für energieeffizientes Bauen gearbeitet. Auch hier soll zukünftig versucht werden, den Markt Ost-Norwegen für Unternehmen aus Schleswig-Holstein, z.B. über eine entsprechende Präsenz auf Baumessen in Norwegen, weiter zu erschließen.

Beim Thema **saubere Schifffahrt** stoßen die Bemühungen Schleswig-Holsteins bei den norwegischen Partnern auf große Sympathie. Dank der Unterstützung des ENCN ist der Hafen Oslo Partner des Antrages zur Umsetzung der schleswig-holsteinischen Initiative „Clean Baltic Shipping“ im Rahmen des EU-Ostseeprogramms.

¹ Zum EU-Ostseeprogramm siehe Kapitel 1.4

Im **kulturellen Bereich** sind vor allem die Ausstellungen norwegischer bzw. schleswig-holsteinischer Künstler hervorzuheben, die abwechselnd in Schleswig-Holstein und Ost-Norwegen zu sehen sind. Filme aus Norwegen sind regelmäßiger Beitrag im Rahmen der Nordischen Filmtage in Lübeck. Im November 2009 besuchte die Kulturabteilung des norwegischen Außenministeriums auf Vermittlung des Sekretariats des ENCN die Kunsthalle Kiel.

Die Partnerschaft mit Ost-Norwegen wird auch genutzt, um gemeinsame Interessen im Ostsee- und Nordseeraum miteinander zu verbinden und um die politische Zusammenarbeit im Rahmen der **KPKR Nordseekommission**¹ zu befördern. Hierfür ist die enge Zusammenarbeit mit den Akteuren der Partnerregion Eastern Norway County Network hilfreich, da Vorsitz und Sekretariat der Nordseekommission von der Partnerregion Telemark gestellt werden.

1.6.6 Partnerschaft mit West-Finnland

Die Partnerschaft mit den drei westfinnischen Regionalverbänden - Ostrobothnien, Zentral-Ostrobothnien und Süd-Ostrobothnien - besteht seit 1998. Sie ist Nachfolgerin der 1994 begründeten Partnerschaft mit der ehemaligen finnischen Provinz Vaasa. Sowohl in bilateralen Projekten zwischen Einrichtungen der Partnerregionen als auch im Rahmen von multilateralen **INTERREG-Projekten** konnte die Zusammenarbeit in den letzten Jahren intensiviert werden. Hierzu zählt zum Beispiel die Beteiligung am Projekt „**BaltFood**“² zur Entwicklung eines ostseeweiten Ernährungsclusters oder des Projekts „**Baltic Sea Virtual Campus**“ (Virtuelle Hochschule im Ostseeraum), an dem die Universität Vaasa und die Fachhochschule Lübeck beteiligt sind. Die finnische Partnerregion unterstützt die schleswig-holsteinische Projektinitiative zur Förderung der Ostsee-Identität und eines Ostseegeschichtsbuchs³.

Seit 2008 ist die Zusammenarbeit informell auf die sog. **West Finland Alliance** ausgedehnt worden, um der Partnerschaft geografisch und wirtschaftlich mehr Substanz zu verleihen. Zu den gemeinsamen Interessenschwerpunkten von Schleswig-Holstein und Westfinnland zählen die Meerespolitik, der Einsatz erneuerbarer Energien, die Entwicklung ländlicher Räume, die Kooperationsperspektiven des Ostseeraums, Projektkooperationen im Bereich des EU-Ostseeprogramms, die Kooperation

¹ Gremium der Nordseekooperation unter dem Dach der Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas (KPKR)

² Vgl. Seiten 93 und 111

³ Vgl. Seite 28

im Ausschuss der Regionen und nicht zuletzt die Zusammenarbeit der regionalen Brüsseler Vertretungen.

Auf Bitten der finnischen Partner organisierte das damalige Europaministerium für eine 17-köpfige **Delegation der Westfinnischen Allianz** 2008 einen Besuch in Schleswig-Holstein. Beteiligt waren Referenten der Landesregierung und nachgeordneter Behörden zu den Themen Maritimes Cluster Schleswig-Holstein, Erneuerbare Energien und Klima (Windenergie) sowie Entwicklung ländlicher Räume. Die Delegation besuchte darüber hinaus das Lehr- und Versuchszentrum Futterkamp der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein und die Pilotanlage für Landstrom im Lübecker Hafen.

Beim **Gegenbesuch des damaligen Europaministers** im Oktober 2008 wurden weitere Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen eines Besuchs der Universität Vaasa, des Unternehmens Wärtsilä (Schiffsantriebstechnik und Energietechnologie), des Energietechnik-Clusters und des Maritimen Clusters, des Seinäjoki Science Parks und des Technologiezentrums Foodwest, Mitglied im nationalen Kompetenz-Cluster für Nahrungsmittelentwicklung, ausgelotet.

Im Hinblick auf die EU-Ostseestrategie gibt es aus Sicht Finnlands vor allem zwei Punkte, die von besonderem Interesse sind: der sichere Schiffsverkehr in der Ostsee und die Verringerung der Schadstoffeinträge in die Ostsee durch die Landwirtschaft. Hier bieten sich Anknüpfungspunkte für die weitere Zusammenarbeit.

Anlässlich der Internationalen Grünen Woche 2010 in Berlin fand ein **Gespräch der Landwirtschaftsministerinnen** über Wege der ländlichen Regionalentwicklung statt. Ein Besuch der finnischen Ministerin in Schleswig-Holstein ist für Herbst 2010 geplant.

1.6.7 Partnerschaft mit Südschweden

Die seit 1995 bestehende Partnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und dem Zusammenschluss der sechs südschwedischen Regionen (läns) im **Verband SydSam** hatte in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. Der Regionenverbund wurde mittlerweile aufgelöst.

Dagegen wird die gute Zusammenarbeit mit der ehemals zu SydSam gehörenden **Region Skåne** (Schonen) schon seit einigen Jahren im Rahmen der **STRING-**

Kooperation¹ sowie im Rahmen des Netzwerks der Subregionen des Ostseeraumes **BSSSC** (Baltic Sea States Subregional Cooperation)² intensiver genutzt, um gemeinsame Interessen in die politischen Gremien dieser Organisationen und in konkrete Projekte einfließen zu lassen.

Die schleswig-holsteinische Initiative für die **Umsetzung der Europäischen Meerespolitik im Ostseeraum** bildet inzwischen einen der Schwerpunkte der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Südschweden. Gemeinsam werden politische Initiativen zu diesem Thema im Rahmen von BSSSC getragen. Ein Vertreter der Region Skåne ist Mitglied in der BSSSC-Arbeitsgruppe Meerespolitik, in der Schleswig-Holstein den Vorsitz führt.

1.6.8 Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten

Zwischen Schleswig-Holstein und den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen bestehen mit Ausnahme des Agrarbereichs keine formellen Partnerschaften. Gestützt durch die Initiative einzelner Institutionen, Organisationen und Verbände sind die partnerschaftlichen Beziehungen zu diesen Ländern überwiegend nicht-staatlich. Kontakte zu Organisationen und Behörden werden von schleswig-holsteinischer Seite durch die drei Schleswig-Holstein-Büros unter dem Dach der Deutsch-Baltischen Handelskammer mit Sitz in Tallinn, Riga und Vilnius hergestellt und gepflegt. Mit Unterstützung der Büros vor Ort konnten Partner aus den baltischen Staaten für Projektvorhaben im Rahmen des EU-Ostseeprogramms (INTERREG IV B Ostsee)³, die von besonderer Bedeutung für die Landesregierung sind, gewonnen werden. So beteiligen sich beispielsweise mehrere Partner aus den baltischen Ländern an der Projektinitiative Clean Baltic Shipping⁴.

Regelmäßig werden gemeinsame Erklärungen der Landesregierung mit den drei baltischen Staaten über die **Zusammenarbeit im Agrarbereich** sowie bilaterale Protokollvereinbarungen im Bereich der **polizeilichen Zusammenarbeit** geschlossen. Die Grüne Woche in Berlin wird regelmäßig für einen Austausch auf Ministerebene zur EU-Agrarpolitik und möglichen Kooperationsfeldern genutzt.

¹ Zur STRING-Kooperation siehe Kapitel 1.6.2

² Zu BSSSC siehe Seiten 16 ff.

³ Zum EU-Ostseeprogramm siehe Kapitel 1.4

⁴ Zu Clean Baltic Shipping siehe Kapitel 2.2

2. Fachpolitische Leitziele

Neben der fachübergreifenden politischen Ostseezusammenarbeit engagieren sich die Ressorts der Landesregierung in eigener Zuständigkeit im Rahmen fachbezogener Kooperationen und Projekte unter folgenden Leitzielen:

- Ausbau kultureller Begegnung und Zusammenarbeit im Ostseeraum
- Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas
- Ostseezusammenarbeit im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung
- Entwicklung der Ostseeregion zu einer Region ziviler Sicherheit
- Entwicklung der Ostsee zum weltweit sichersten Seeverkehrsgebiet
- Profilierung der Ostseeregion als Modell nachhaltiger Entwicklung
- Gezielte Nutzung wirtschaftlicher Chancen im Ostseeraum
- Nutzung der Hochschulkooperation zum Ausbau der „Wissensregion Ostsee“
- Positionierung Schleswig-Holsteins als Transportdrehscheibe im Ostseeraum
- Stärkung der Ostseezusammenarbeit im Bereich Gesundheitswirtschaft und Verbraucherschutz
- Stärkung der Jugendbegegnung im Ostseeraum

Im Folgenden sind die wesentlichen hieraus resultierenden Arbeitsergebnisse im Berichtszeitraum dargestellt.

2.1. Ausbau kultureller Begegnung und Zusammenarbeit im Ostseeraum

Die kulturelle Zusammenarbeit im Ostseeraum steht im Fokus der überregionalen Kulturpolitik der Landesregierung. Sie fördert damit seit vielen Jahren das Zusammenwachsen der Menschen im Ostseeraum. Unbestreitbar ist davon auszugehen, dass gemeinsame kulturelle Projekte in den unterschiedlichsten Sparten das Verständnis für die jeweils andere Kultur herstellen und vertiefen. Diese Kooperationen verbinden Länder und Regionen, sie bereichern das kulturelle Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger und eröffnen den Blick auf eine gemeinsame, überregionale und friedliche Zukunft.

Ars Baltica-Netzwerk

Die in den 90er Jahren ins Leben gerufene Kulturinitiative Ars Baltica stellt den grenzüberschreitenden Kulturaustausch unter den Ostseestaaten her. Ihm gehören Vertreterinnen und Vertreter der nordischen und baltischen Staaten sowie aus Polen

und Deutschland an. Ein besonderes Anliegen von Ars Baltica ist es, den Mitgliedsländern und damit ihren Künstlerinnen und Künstlern Gelegenheit zu geben, ihre kulturellen Ideen gemeinsam zu entwickeln und im Verbund zu realisieren. Dieser Austausch mündet bis heute in multilaterale Formen der Kooperation ein. Herausragende Veranstaltungen wie **folkBaltica** und die **Nordischen Filmtage Lübeck** sind fester Bestandteil des regionalen und internationalen Kulturkalenders. folkBALTICA ist seit 2005 in der deutsch-dänischen Grenzregion ein Festival, das Künstlerinnen und Künstler nahezu aller Staaten des Ostseeraumes einbezieht. Sie bieten den Kulturschaffenden Möglichkeiten der professionellen Entfaltung und Präsentation. Für das Land Schleswig-Holstein bleibt es von Bedeutung, dazu beizutragen, das bestehende Netzwerk Ars Baltica weiterzuentwickeln, Bewährtes fortzuführen und sein Bestehen zu sichern. Der kulturbezogene Diskurs schafft damit ein kulturelles Fundament, dem ein Bewusstsein gemeinsamer regionaler Identität zugrunde liegt.

Nach zehn Jahren hat Schleswig-Holstein 2008 erneut den **Vorsitz im Ars Baltica Organisationskomitee** übernommen. Zwischenzeitlich lag der Vorsitz in den Händen Norwegens, Finnlands, Schwedens und Litauens. Seit dem 1. Januar 2010 ist das **Ars Baltica Sekretariat im Landeskulturzentrum Salzau** angesiedelt.

Zusammenarbeit mit den Partnerregionen

Schleswig-Holstein pflegt den Kulturaustausch auch im Rahmen seiner verschiedenen regionalen Partnerschaften. Ein Projekt, das die Zusammenarbeit mit Kulturpartnern aus sämtlichen Regionalpartnerschaften im Bereich Kunsthandwerk herstellt und vertieft, ist das **Project "Connecting" des Berufsverbandes Kunsthandwerk Schleswig-Holstein**. Geplant ist, gemeinsam mit den Verbänden aus Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden im Zeitraum 2011 - 2012 eine Wanderausstellung in allen beteiligten Ländern zusammenzustellen und zu präsentieren. Mehr als 40 Künstlerinnen und Künstler aus den Partnerregionen und aus Schleswig-Holstein werden daran beteiligt sein.

Ost-Norwegen

Im Rahmen der Partnerschaft mit der Region Ost-Norwegen¹ besteht im kulturellen Bereich eine enge Kooperation, die seit 2001 intensiv gepflegt und unterstützt wird. Etabliert hat sich z.B. die Kooperation des Bundesverbandes Bildender Künstler Landesverband Schleswig-Holstein mit dem Verband aus der Partnerregion. Seit 2005 werden im Wechsel die "**Østlandutstillingen**" bzw. die "**Landesschau**" im

¹ Vgl. Kapitel 1.6.5

jeweiligen Gastland präsentiert. So wurde die Landesschau Schleswig-Holstein am 26. Februar 2010 in Oslo (Rathaus) eröffnet.

In der Sparte Film gibt es seit vielen Jahren eine Einbeziehung Norwegens in die **Nordischen Filmtage Lübeck**. Im Jahr 2009 war der norwegische Beitrag „Orangemädchen“ der Eröffnungsbeitrag der Filmtage. Der "Film-Market" bildete ein zusätzliches Modul der Nordischen Filmtage, der insbesondere den norwegischen Produzentinnen und Produzenten Gelegenheit bot, Partner für Koproduktionen zu suchen, und Projekte mit deutschen Produzentinnen und Produzenten zu erörtern.

Südschweden

Die Kooperation mit dem ehemaligen Verband der sechs südschwedischen Regionen Sydsam¹ wird im kulturellen Bereich im Wesentlichen von den Aktivitäten des **Berufsverbandes Kunsthandwerk** getragen. Zuletzt stellten 2008 Kunsthandwerkerinnen und -handwerker aus der Partnerregion gemeinsam mit den Künstlerinnen des Berufsverbandes in der Ausstellung "Blickwechsel" in Kiel aus. An den Festivals **folkBALTICA** und **JazzBALTICA** nehmen regelmäßig Musikerinnen und Musiker aus der Partnerregion teil.

West-Finnland

Mit der Region West-Finnland (Ostrobothnien) sind von 2005 bis 2008 gemeinsame Projekte in den Sparten Film, Kunsthandwerk, Literatur, Tanz und Musik initiiert und organisiert worden. Einen besonderen Schwerpunkt bildete 2007/2008 der Austausch im Bereich Tanz. In den Bereichen Musik und Kunsthandwerk setzen sich die Kooperationen fort.

Dänemark

Die Zusammenarbeit mit Dänemark gestaltet sich seit vielen Jahren intensiv und nachhaltig. In verschiedenen Sparten wie etwa Theater, Film, Musik, Bildende Kunst, Kunsthandwerk und Literatur finden nennenswerte grenzüberschreitende Projekte statt. Die Kooperation basiert auf der "**Gemeinsamen Erklärung über regionale Zusammenarbeit**" aus dem Jahre 2001, die zuletzt 2007 erneuert wurde.

Die Kooperation findet zwischen Kulturschaffenden wie auch Institutionen beider Regionen statt. Im Fokus der Projekte steht die Grenzregion, aber auch landesweit aktive Institutionen und Kulturschaffende aus anderen Teilen des Landes kooperieren

¹ Vgl. Kapitel 1.6.7

miteinander. Seit 2008 werden diese Projekte durch das **INTERREG IV A-Projekt¹ "Kulturbrücke / Kulturbrø"** unterstützt, das vom Regionskontor in Sønderjylland/-Schleswig in Padborg beantragt wurde. Die "Kulturbrücke" fördert zahlreiche kleine und „kleinere“ deutsch-dänische Projekte (sog. Mikro-Projekte) in den Bereichen Kultur, Jugend und Sport. Insgesamt fünf Projekte wurden 2008 mit einem Gesamtvolumen von 112.715 € gefördert (Beginn der Projekte 2009), 2009 wurden weitere 39 Projekte mit insgesamt 284.405 € gefördert, 2010 waren es 13 Projekte, die mit einer Fördersumme von insgesamt 124.505 € aus europäischen INTERREG-Mitteln bezuschusst worden sind. Eine grenzüberschreitende deutsch-dänische Kulturarbeitsgruppe mit Vertretern der Region Syddanmark sowie der Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, der Stadt Flensburg und des Ministeriums für Bildung und Kultur ist maßgeblich an der Umsetzung beteiligt.

Unter den zahlreichen Projekten ist das **deutsch-dänische Kindertheaterfestival** in besonderer Weise zu würdigen, das diesseits und jenseits der Grenze in verschiedenen Veranstaltungsorten biennial stattfindet. Bei den Kunsthandwerkerinnen und Kunsthandwerkern ist es die **Ausstellung "Blick-Kontakt"**, die im April 2010 in Hadersleben gezeigt wurde, nachdem die dänischen Künstlerinnen und Künstler im September 2009 ihre Kunst in Kiel präsentierten.

Weiterer Schwerpunkt der Kooperation mit der Partnerregion wird die **Entwicklung eines kulturellen Begleitprogrammes im Rahmen des Baus der Fehmarnbelt-Brücke** werden. Das Ministerium für Bildung und Kultur begleitet gemeinsam mit der Deutschen Botschaft in Kopenhagen und der Dänischen Botschaft in Berlin die Projektentwicklungsphase. Ein erstes vorbereitendes Treffen fand im Frühjahr 2009 in Fuglsang/Seeland statt. Im September 2010 folgt ein Workshop auf Einladung des Ministeriums für Bildung und Kultur im Landeskulturzentrum Salzau. Dieses Treffen soll potenzielle Partner aus beiden Regionen zusammenführen und den Start für ein INTERREG-IV A Projekt bilden, das die zukünftige Zusammenarbeit in diesem Sektor auch finanziell unterstützen soll.

Des Weiteren steht die **Unterstützung der Bewerbung der Kommune Sonderburg als Europäische Kulturhauptstadt 2017** auf der Tagesordnung. Die Landesregierung wird die Bewerbung unterstützen. Es ist geplant, Kulturprojekte und Kulturschaffende im Landesteil Schleswig in die Bewerbung mit einzubeziehen.

¹ Über INTERREG A fördert die EU die grenzüberschreitende Zusammenarbeit benachbarter Gebiete

Polen

Die kulturellen Beziehungen zu Polen beziehen sich im Wesentlichen auf die Unterstützung und Durchführung von kulturellen Gemeinschaftsprojekten innerhalb des **Ars Baltica**-Netzwerkes. Dazu gehören die Mitwirkung bei JazzBaltica, folkBaltica, den **Nordischen Filmtagen Lübeck** und bei der **Ars Baltica Fototriennale**. Polen ist seit der Gründung des Ars Baltica Kulturnetzwerkes Teil dieser Kooperation im Ostseeraum und hat die Initiative maßgeblich mitgeprägt. Von 2004 bis 2009 war das **Ars Baltica-Sekretariat in Danzig** angesiedelt.

Im Jahr **2010** ist Polen mit dem Motto "Polen im Puls" der Länderschwerpunkt des **Schleswig-Holstein Musik Festivals (SHMF)**¹. Ein vielfältiges Programm mit bedeutenden Solisten, Orchestern, Dirigenten und Komponisten sowie vielversprechenden Nachwuchsmusikern wird im Rahmen von 136 Konzerten erwartet.

Begleitet und ergänzt wird das SHMF wie jedes Jahr mit Veranstaltungen des **KulturSommers**². In rund 100 Veranstaltungen steht Polens Kultur im Mittelpunkt des diesjährigen KulturSommers. So thematisieren Ausstellungen, Filme und Vorträge das Leben des Künstlers Frederic Chopin. Zahlreiche polnische Künstler präsentieren ihre Werke in den Museen und Galerien Schleswig-Holsteins. Die aus Landesmitteln unterstützte Ausstellung der Kieler Stadtgalerie "Die kleine Improvisation - Polnische Kunst heute" ist eine von zahlreichen Ausstellungen. Weitere Ausstellungen über polnische Architektur und polnisches Kunsthandwerk, Exkursionen, Filmvorführungen, zweisprachige Lesungen und Theateraufführungen, Projekte für Kinder und Jugendliche, Klezmer und polnischer Jazz stehen außerdem auf dem Programm.

Russland

2008 war Russland Länderschwerpunkt des **Schleswig-Holstein Musik Festivals (SHMF)**. Unter dem Motto "Russisch gestimmt" brachte das SHMF im Juli und August die große russische Musiktradition in all ihren Facetten nach Norddeutschland. 153 Veranstaltungen an insgesamt 86 Spielstätten in 47 Orten präsentierten renommierte Ensembles und Solisten. Unter anderem drei russische Spitzenorchester kamen nach Schleswig-Holstein: das St. Petersburg Philharmonic, das Mariinsky Theatre Symphony Orchestra und das Orchester des Bolschoi-Theaters.

¹ Das SHMF im Internet: www.shmf.de

² Homepage: www.kultursommer-kiel.de

Ebenfalls 2008 besuchte eine 22-köpfigen **Delegation aus Kaliningrad** Schleswig-Holstein. Die Delegation setzte sich aus Führungsvertretern und -vertreterinnen von Kultureinrichtungen aus Kaliningrad zusammen. Die Gäste des Landes hatten Gelegenheit, Kultureinrichtungen in Schleswig-Holstein sowie deren Arbeitsweise und Rahmenbedingungen kennenzulernen. Darüber hinaus wurden Kooperationsfelder ausgelotet. Unter den Gästen war auch die Leiterin der Graphischen Sammlung Kaliningrads. Die seit 1990 stattfindende „Graphic Art Biennial of the Baltic Sea Countries ‚Kaliningrad/Königsberg‘“ (**Grafik-Biennale der Ostseestaaten**) wird seit 2008 als Ars Baltica Projekt durchgeführt, die Landesregierung unterstützt den deutschen Ausstellungsbeitrag.

2009 unternahm der stellvertretende Leiter der Stadtgalerie Kiel gemeinsam mit der Kuratorin der Ars Baltica Triennale der Fotokunst eine Studienreise nach Kaliningrad. Ein geplantes Ausstellungsprojekt mit Beiträgen moderner russischer Künstlerinnen und Künstler konnte aufgrund fehlender Finanzausstattung nicht zustande kommen.

Das **Projekt "Kaliningrad - die Bewohner - Einwanderer sind Auswanderer"** wurde 2009 aus Landesmitteln unterstützt. Im Mittelpunkt des Projektes der schleswig-holsteinischen bildenden Künstlerin Gudrun Wassermann steht ein multimediales Portrait der heutigen Bewohnerinnen und Bewohner in der Region Kaliningrad. Die Künstlerin thematisiert damit die Themen Migration und Assimilation. Das Projekt wird in 2010 fortgesetzt.

2008 besuchte die Abteilungsleiterin für Internationale und Überregionale Beziehungen der Kulturbehörde in **Archangelsk** Schleswig-Holstein. Erörtert wurden Kooperationsmöglichkeiten in den Bereichen Theater, Musik, Museen und Film.

Baltische Staaten

Die Kulturkooperation Schleswig-Holsteins im baltischen Raum findet unter anderem in den Projekten der **Ars Baltica** Initiative wie z.B. folkBALTICA und JazzBALTICA statt. 2008 war der Schwerpunkt des folkBALTICA-Festivals Estland, 2009 Dänemark, 2010 ist es Lettland.

Zusammenarbeit der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen

Die Kontakte der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen in den Ostseeraum sind vielfältig und qualitativ. Mit Dänemark, Schweden, Litauen, Lettland und Polen sind zahlreiche Forschungsvorhaben etabliert, andere geplant.

Die **Ausstellung "Lettlands viele Völker"** präsentierte 2009 im Landesmuseum Schloss Gottorf spektakuläre Funde aus dem Nationalhistorischen Museum Riga.

Von zentraler Bedeutung ist das vom Archäologischen Landesamt Schleswig-Holstein getragene **Projekt zur Eintragung des Danewerk und Haithabus in die Liste der UNESCO-Weltkulturerbestätten**, an dem Dänemark, Island, Norwegen und Schweden beteiligt sind. Ein entsprechender länderübergreifender Antrag wurde gestellt. Die Finanzierung des schleswig-holsteinischen Teils muss noch abgesichert werden.

Eine wichtige Rolle spielt auch die historische Verknüpfung der Gottorfer Herzöge mit Russland, die sich in zahlreichen Kontakten - etwa in Publikationen oder mit dem Besuch hochrangiger Delegationen und Einzelpersonen widerspiegelt. Nicht zuletzt befindet sich das letzte noch erhaltene Fragment des Gottorfer Riesenglobus in St. Petersburg.

Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie

Im September 2008 wurde das Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie (ZBSA) als Abteilung der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloß Gottorf gegründet. Das ZBSA befasst sich als außeruniversitäre Forschungseinrichtung mit der archäologischen Forschung im Nord- und Ostseeraum sowie in Skandinavien. Die Schleswiger Archäologen forschen unter anderem im Kaliningrader Gebiet, im Ural und auf Kamtschatka.

Hierdurch wird die in Schleswig-Holstein seit Jahren erfolgreich betriebene archäologische Forschung weiter gestärkt und zu einem herausragenden Schwerpunkt in der Wissenschaftslandschaft Schleswig-Holsteins weiterentwickelt. Das Zentrum ist geeignet, eine Leuchtturmfunktion in der archäologischen Forschung im baltischen und skandinavischen Raum einzunehmen. Das Vorhaben steht im unmittelbaren Kontext **zum Projekt „Human Development in Landscapes“ (Entwicklung menschlicher Gesellschaften in Landschaften)**, einer 2007 gegründeten Graduiertenschule der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, deren Finanzierung im Rahmen der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern gesichert wurde. Das ZBSA steht im Kontext der transnationalen seriellen Nominierung von Dannewerk und Haithabu für die UNESCO-Welterbe-Liste.

2.2. *Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas*

Auf Initiative der Landesregierung fand im September 2006 in Kiel die **Konferenz des Ostseeraums zum Grünbuch Europäische Meerespolitik** der Europäischen Kommission statt. Teilnehmer aus allen EU-Ostseeanrainerstaaten und Norwegen haben in der **Schlussklärung**¹ die Erwartungen des Ostseeraums an eine Europäische Meerespolitik formuliert und sich für die Entwicklung des Ostseeraums zur **maritimen Modellregion Europas** bis zum Jahr 2015 ausgesprochen. Verschiedene Ostseeorganisationen haben sich dieser Forderung in der Folge angeschlossen. Ziel ist es, die Ostsee bis 2015 zum saubersten und sichersten Meer Europas zu entwickeln und den Ostseeraum zum Modell der Vereinbarkeit von prosperierender maritimer Wirtschaft und nachhaltigem Schutz der marinen Ökosysteme fortzuentwickeln.

Die Deklaration wurde zur Grundlage der meerespolitischen Zusammenarbeit im Rahmen des Netzwerks der Subregionen des Ostseeraums BSSSC (Baltic Sea States Subregional Cooperation) und des Ostseerates.

Über die Deklaration wurde der **Ostseerat** gebeten, die Initiative der Konferenz aufzugreifen und die Umsetzung zu koordinieren. Diese schleswig-holsteinische Initiative wurde von den norddeutschen Ländern, der Bundesregierung und Ostseegremien wie dem Parlamentsforum Südliche Ostsee, der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) und der Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC) mitgetragen und unterstützt.

Auf Initiative der Landesregierung hat das Auswärtige Amt das Anliegen in die Gremien des Ostseerates getragen und letztendlich erreichen können, dass der Ostseerat eine **Expertengruppe Meerespolitik** eingesetzt hat. Die konstituierende Sitzung der Expertengruppe fand im November 2009 in Vilnius statt. Den Vorsitz führt das jeweilige Vorsitzland im Ostseerat (bis Juni 2010 Litauen), den Ko-Vorsitz hat Deutschland als Initiator der Expertengruppe inne.

In den **Terms of Reference** (Zielvorgaben) hat sich die Expertengruppe zwei übergeordnete Ziele gesetzt:

- Die Verbesserung der internationalen **Wettbewerbsfähigkeit**;
wobei konstatiert wird, dass die Region auf Grund ihres hohen Integrationsgrades

¹ Schlussklärung im Internet über www.maritimeconference2006.com/Presentations/Schlusserklaerung_german.pdf

bereits einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Meeresräumen hat, welcher ausgeweitet und genutzt werden sollte.

- Positionierung der Ostseeregion als **maritime Modellregion Europas** und als Modellregion für eine gleichgewichtige Koexistenz erfolgreicher maritimer Wirtschaft und einem adäquaten Schutz der marinen Ökosysteme.

Auch über das Netzwerk der Subregionen des Ostseeraums **BSSSC**¹ engagiert sich die Landesregierung für gemeinsame meerespolitische Initiativen und Aktivitäten im Ostseeraum.

Schleswig-Holstein hat den **Vorsitz** in der 2007 gegründeten **BSSSC Arbeitsgruppe Meerespolitik**² übernommen, der nach derzeitigem Stand (Mai 2010) Vertreter aus Dänemark, Finnland, Norwegen, Polen, Schweden sowie Hamburg und Schleswig-Holstein angehören. Die Arbeitsgruppe sieht ihre Aufgabe darin, gemeinsame meerespolitische Interessen der Regionen des Ostseeraums zu bündeln und im Rahmen politischer Initiativen und Modellprojekte (z.B. über das EU-Ostseeprogramm³) voranzubringen und hiermit einen Beitrag zur Umsetzung des Ziels maritime Modellregion Ostseeraum zu leisten.

Die **BSSSC Jahreskonferenz im September 2008 in Kaunas** wurde in Abstimmung mit der Europäischen Kommission als Beitrag der Regionen **zur EU-Ostseestrategie**⁴ genutzt. Die Landesregierung hat einen **Workshop** zum Thema **Meerespolitik** ausgerichtet und die Konferenz für die weitere Konkretisierung der Ziele einer gemeinsamen Meerespolitik des Ostseeraums genutzt. Die Konferenz hat sich für Pilotprojekte im Rahmen der EU-Ostseestrategie ausgesprochen, die den Mehrwert einer integrierten Meerespolitik illustrieren und Konzepte in den Bereichen Sauberer Hafen und Sauberes Schiff unterstützen. Besondere Bedeutung wurde dem Thema Energieversorgung von Land für Schiffe in allen Ostseehäfen zur Verminderung der Schiffsemissionen während der Liegezeiten beigemessen. Gleiche Relevanz wurde in der ostseeweiten Einführung umweltbezogener Hafengebühren gesehen, mit dem Ziel, Anreize für die Nutzung schwefelarmer Kraftstoffe, den Einsatz umweltfreundlicher Technologien und andere Maßnahmen einer sauberen Schifffahrt zu setzen. Die Vorschläge der Konferenz wurden der Europäischen Kommission übermittelt.

¹ Zu BSSSC siehe Seiten 16 ff.

² Im Internet über www.bsssc.com/section.asp?id=1559&pid=91

³ Zum EU-Ostseeprogramm siehe Kap. 1.4

⁴ Zur EU-Ostseestrategie siehe Kapitel 1.3

Wesentliche meerespolitische Initiative der Landesregierung im Rahmen der Kooperation mit BSSSC war die **Initiative für eine Saubere Ostseeschifffahrt („Clean Baltic Shipping“)**. Das Projekt Clean Baltic Shipping ist als **Fünf-Punkte-Aktionsplan** konzipiert und umfasst die Komponenten

- Landstromanschluss für Schiffe und
- umweltbezogene Hafen-/Fahrweggebühren in allen relevanten Ostseehäfen
- saubere Kreuzschifffahrt (freiwilliger Verzicht auf Abwassereinleitungen auf Hoher See)
- ostseeweite Label für umweltverträgliche Schifffahrt und nachhaltiges Hafenmanagement
- Preisverleihung für best practice in den genannten Bereichen.

Ziel war es, im Konsultationsprozess dafür zu werben, die **EU-Ostseestrategie** für die regionale Umsetzung der Europäischen Meerespolitik zu nutzen und das Projekt „Clean Baltic Shipping“ im Aktionsplan zur EU-Ostseestrategie zu verankern. Hiermit soll ein Beitrag zur Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas bis 2015 geleistet werden.

Um dieser Forderung Gewicht zu verleihen, hat die Landesregierung die Gremien der Ostseezusammenarbeit genutzt: Über die Mitgliedschaft im Vorstand des Netzwerks der Ostseeregionen BSSSC konnte zunächst die **Unterstützung von BSSSC und in der Folge von fünf weiteren Ostseeorganisationen** (Baltic Development Forum, CPMR Baltic Sea Commission, Union of Baltic Cities, Euroregion Baltic, B7 Baltic Islands Network) eingeworben werden. Auch das **Parlamentsforum Südliche Ostsee**, der **Deutsche Bundestag** und der **Bundesrat** haben sich in ihren Beschlüssen zur EU-Ostseestrategie für das Projekt „Clean Baltic Shipping“ ausgesprochen.

Darüber hinaus hat die Landesregierung für das Projekt im Rahmen von Veranstaltungen und Gesprächen mit der Europäischen Kommission geworben. Die Lobbyarbeit war erfolgreich: **Priorität 4 des Aktionsplans zur EU-Ostseestrategie lautet „To become a model region for clean shipping“ („Modellregion für saubere Schifffahrt werden“)**, alle fünf Komponenten des Fünf-Punkte-Aktionsplans sind in diese Priorität aufgenommen worden.

Die Landesregierung wird sich an der Umsetzung über den Vorsitz in der BSSSC Arbeitsgruppe Meerespolitik beteiligen. Über diesen Vorsitz ist die Landesregierung

zum Beispiel in die Koordinierungsgremien zur Umsetzung der Priorität 4 der EU-Ostseestrategie (Federführung liegt bei Dänemark) eingebunden.

Zur Umsetzung des Projekts „**Clean Baltic Shipping**“ unterstützt die Landesregierung auch die Entwicklung eines **INTERREG-Projekts**, das sich im Rahmen der 3. Ausschreibungsrunde (Abgabefrist März 2010) um Mittel aus dem EU-Ostseeprogramm bewirbt.¹ Die Landesregierung wird sich bei Genehmigung über den Vorsitz in der BSSSC Arbeitsgruppe Meerespolitik im Politischen Beirat des Projektes engagieren. Weitere schleswig-holsteinische Partner sind die Stadtwerke Lübeck und die Stadt Lübeck.

Dieses Projekt war auch zentrales Thema des von der Landesregierung organisierten **maritimen Workshops** im Rahmen der **BSSSC Jahreskonferenz** in Ringsted/Dänemark im Oktober **2009**.

Auch über die 2007 gegründete **Ostseegruppe im Ausschuss der Regionen** (Inter-regional Group Baltic Sea Regions)² engagiert sich die Landesregierung für eine gezielte Vertretung von Ostsee-Interessen im Bereich Meerespolitik auf Brüsseler Ebene.

Im Rahmen der vom Ausschuss der Regionen veranstalteten **Open Days**³ im Oktober **2009** hat die Staatskanzlei einen **Workshop** zum Thema **Clean Baltic Shipping** durchgeführt. Im Hinblick auf die EU-Ostseestrategie hat die Landesregierung gemeinsam mit Vertretern der Europäischen Kommission, der Kreuzschifffahrtsindustrie, Hafenwirtschaft und Stadtwerken das Thema saubere Schifffahrt, insbesondere die Möglichkeiten der Energieversorgung von Schiffen in Häfen diskutiert.

2.3. Ostseezusammenarbeit im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung

Austauschmaßnahmen im Bildungsbereich und Schulpartnerschaften

Schulen aller Schularten und Kindertagesstätten sowie Schulbehörden und andere Akteure mit einer Funktion in der Schulbildung nehmen an den Aktionen innerhalb des **EU-Bildungsprogramms für lebenslanges Lernen** teil. Hierzu gehören:

¹ Vgl. Kapitel 1.4

² vgl. Seiten 25 f.

³ Vgl. Seite 25

- **Comenius-Schulpartnerschaften:** Bei dieser für die Schulen wichtigen Aktion wurden in 2008 insgesamt 15 Schulpartnerschaftsprojekte mit 29 Partnern im Ostseeraum genehmigt, in 2009 waren es acht Projekte schleswig-holsteinischer Schulen mit 15 Partnern in der Ostseeregion. Alle Projekte haben eine zweijährige Laufzeit und es werden pauschale Zuschüsse gewährt, die sich an der Anzahl der Mobilitäten orientieren.
- **Comenius-Assistenzzeiten:** Im Schuljahr 2008/2009 konnten zwei schleswig-holsteinische Studentinnen eine Assistenzzeit in Finnland und Dänemark verbringen, in 2009/10 konnten zwei Studentinnen nach Finnland vermittelt werden. Im Schuljahr 2009/10 ist eine finnische Assistentin an einer Beruflichen Schule in Schleswig-Holstein eingesetzt. Die Teilnehmerinnen erhalten ein monatliches Stipendium sowie einen Zuschuss zu den Fahrtkosten.
- **Comenius-Lehrerfortbildung:** Im Jahr 2008 konnten sieben Lehrkräfte aus Schleswig-Holstein an Kursen in Dänemark, Finnland, Estland und Litauen teilnehmen. Im Jahr 2009 haben insgesamt 13 Lehrkräfte sowie Referendare an einem mehrwöchigen Kurs bzw. dem sogenannten „Job-Shadowing“ zur individuellen Fortbildung im Ostseeraum teilgenommen. Fahrt- und Aufenthaltskosten wurden aus EU-Mitteln finanziert.
- **Studienbesuche:** Finanziert aus Mitteln der Europäischen Union nehmen im Schuljahr 2009/10 zwei Bildungs- und Berufsbildungsfachleute an fünftägigen Studienbesuchen in Dänemark und Polen teil.

Weitere Austauschmaßnahmen über den Pädagogischen Austauschdienst

Auch über den Pädagogischen Austauschdienst erhalten Austauschprojekte zwischen Schleswig-Holstein und den Ostsee-Anrainerstaaten Unterstützung. Die Art der Förderung ist bei den Vorhaben unterschiedlich, sie reicht von der Übernahme von Reisekosten bis zu einer pauschalen Bezuschussung. Ebenso verschieden sind Art und Dauer der Austauschprogramme.

2008 und 2009 wurden vom Pädagogischen Auslandsdienst insgesamt sieben **Schüleraustausche** zwischen Russland und Schleswig-Holstein mit 112 teilnehmenden Schülerinnen und Schülern gefördert. Auch die **Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch** hat in den Jahren 2008 und 2009 Schüleraustauschprojekte zwischen Schulen aus Schleswig-Holstein und Russland, beispielsweise aus St. Petersburg, unterstützt. Im Rahmen einer solchen Partnerschaft muss der Aufenthalt mindestens acht Tage an der Partnerschule und in Familien dauern. Zudem unterstützte die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch in den Jahren 2008 und 2009 Schüleraustauschprojekte zwischen Schulen aus Schleswig-Holstein und Russland.

Einige Schulen pflegen darüber hinaus Kontakte zu Schulen, aber auch anderen Institutionen, in Kaliningrad

An gegenseitigen bilateralen Schüleraustauschen im Ostseeraum wurden darüber hinaus 2008 ein Austausch mit Litauen und ein weiterer mit Lettland gezählt, 2009 waren es drei Austausche mit Litauen. Im Rahmenprogramm zur Förderung der Ausbildung ausländischer Schüler in der deutschen Sprache wurde 2009 ein Kurs aus Polen in Kiel zur deutschen Sprache und Landeskunde vom Pädagogischen Austauschdienst unterstützt. Ein derartiger Kurs dauert 2 bis 4 Wochen.

Schulpartnerschaften im Ostseeraum

Schulart	DK	EST	FIN	ISL	LET	LIT	POL	NOR	RUS	SWE
Förderzentren	1	0	0	0	0	0	4	0	0	0
Grundschulen	1	0	2	0	0	0	0	0	0	1
Grund-/Hauptschulen	2	0	0	0	0	0	4	0	0	0
Realschulen	0	0	4	0	1	0	1	0	0	0
Gymnasien	10	5	5	0	0	2	31	6	11	11
Gesamtschulen	4	0	1	0	0	1	8	3	0	7
Regionalschulen	1	0	0	0	0	0	1	1	0	0
Gemeinschaftsschulen	4	3	3	0	1	0	13	3	3	5
Berufliche Schulen	15	0	2	1	0	0	0	4	0	6
Gesamt	38	8	17	1	2	3	62	17	14	30

Stand: März 2010

Insgesamt **192 Schulpartnerschaften** werden derzeit vom Ministerium für Bildung und Kultur (MBK) unterstützt. Die meisten Schulpartnerschaften im Ostseeraum gibt es mit polnischen, gefolgt von Partnerschaften mit dänischen, schwedischen sowie finnischen und norwegischen Schulen. Da Schulpartnerschaften statistisch nicht abgefragt werden, sind nur jene Partnerschaften bekannt, die im Rahmen eines gegenseitigen Besuches einen Reisezuschuss erhalten haben. Das MBK konnte in den vergangenen Jahren jährlich 60.000 € für die Durchführung von Schulpartnerschaften weltweit an allen schleswig-holsteinischen Schulen zur Verfügung stellen. Damit werden vor allem die Reisekosten der beteiligten Lehrkräfte im Rahmen des Schulpartnerschaftsprojektes bezuschusst. Da die Mittel begrenzt sind, können nur zwei Fahrten pro Schule bei der Verteilung der Haushaltsmittel Berücksichtigung finden. In welcher Höhe Reisekosten pro Besuch tatsächlich aufgewendet werden, ist von der

Gesamtzahl der Partnerschaftsbesuche abhängig. Als Faustregel können 200 EUR Zuschuss pro Partnerbesuch angenommen werden.

Projekte der Bildungszusammenarbeit im Ostseeraum

Flensburg - Linköping Inclusion Project FLIP (Comenius Regio)

Innerhalb des **EU-Bildungsprogramms Comenius Regio** wurde im Schuljahr 2009 erstmals ein Projekt des Schulamtes Flensburg mit der Universität Linköping und mit schulischen sowie universitären Partnern zum Thema Inklusion für eine zweijährige Laufzeit genehmigt. Antragsteller erhalten Zuschüsse zu den Projekt- sowie Mobilitätskosten auf Grundlage von Pauschalen.

Im Mittelpunkt steht der Austausch von Erfahrungen und **best practice-Modellen** zwischen schleswig-holsteinischen und schwedischen Projektpartnern bezüglich folgender **Leitthemen**:

- Prozesse der Inklusion in unterrichtliche und schulische Arbeitsstrukturen,
- Förderung selbständiger und individualisierter Unterrichtsformen,
- Unterstützungsstrukturen für Unterrichts - und Schulentwicklung.

Ziel ist es, Entwicklungsstrategien bezüglich der Schul- und Unterrichtsentwicklung unter Berücksichtigung von einschlägigen Erfahrungen in den Partnerregionen zu entwickeln. In der Zusammenarbeit mit Schulaufsicht, Schulverwaltung und Lehreraus- und fortbildung sollen stabile internationale Kooperationsstrukturen geschaffen werden, die diesen Prozess unterstützen. Projektpartner sind die EULE (Einrichtung der Universität Flensburg und des IQSH1 für Unterrichtsentwicklung, Lernkultur und Evaluation), das Schulamt Flensburg, die Kommune Linköping, die Grundschule Adelby, die Volksschule Linköping und die Universität Linköping.

„Mini-Referendariat“ für schwedische und polnische Deutschlehrkräfte

Das Projekt „Mini-Referendariat“ ist langfristig angelegt und soll in den kommenden Jahren gemeinsam mit verschiedenen Partnerinstitutionen in Deutschland sowie mit Hochschulen in Nord- und Nordosteuropa weiterentwickelt werden. Ziel ist es, die Attraktivität eines Lehramtsstudiums mit dem Fach Deutsch deutlich zu erhöhen und somit möglichst viele motivierte, engagierte und sprachlich wie fachlich gut ausgebildete junge Deutschlehrkräfte als Multiplikatoren für Deutsch in den Nachbarländern zu gewinnen. Im Jahr 2009 haben zehn Deutschstudierende aus Polen und Schweden teilgenommen. Es wird derzeit geprüft, ob Deutschstudierende aus Haderslev (Dänemark) und Kaliningrad mit in das Programm aufgenommen werden können.

¹ Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein

Grenzüberschreitende schulische Kooperation mit Süddänemark

Im Bereich der grenzüberschreitenden schulischen Kooperation steht die Institutionalisierung der „**Europaklasse Niebüll/Tøndern**“ als ständiger deutsch-dänischer Zweig der Oberstufe an der Friedrich-Paulsen-Schule in Niebüll und dem Gymnasium Tøndern weiterhin im Vordergrund.

Im Jahr 2007 hat die erste Projektklasse den Durchlauf mit dem Abitur erfolgreich beendet. Das Modell einer gemischten Klasse mit deutschen und dänischen Schülerinnen und Schülern, mit Deutsch und Dänisch als verpflichtenden Fremdsprachen, weiteren Unterrichtsfächern auf Englisch und einem Abitur, das zum Studium in Deutschland und Dänemark berechtigt, ist gut angenommen worden und erfreut sich reger Nachfrage. Die verbindende Wirkung der Klasse reicht weit über das schulische Geschehen hinaus und vermittelt beiden Seiten weit reichende Einblicke in die jeweilige Kultur. Die mit dem Schuljahr 2007/08 angelaufene zweite Europaklasse wurde im Schuljahr 2009/10 durch eine dritte Europaklasse erweitert und soll die Institutionalisierung als ständigen Zweig der Oberstufe herbeiführen.

Probleme aus der ersten Phase wurden bearbeitet und führten zu inhaltlichen Anpassungen. Änderungsbedarfe im Hinblick auf die Verkürzung des Gymnasiums auf acht Jahre wurden realisiert. Weiterhin ist eine intensive Begleitung notwendig, um die Anpassungsprozesse im Sinne beider Seiten zu steuern. Akteure auf deutscher Seite sind das Ministerium für Bildung und Kultur, der Kreis Nordfriesland bzw. das Amt Südtøndern und die Friedrich-Paulsen-Schule; auf dänischer Seite das Gymnasium Tøndern. Die nächsten drei Jahre sind als Institutionalisierungsphase anzusehen. Nach Ablauf von dann insgesamt fünf Jahren soll eine Bewertung erfolgen.

Grenzüberschreitende berufsbildende Kooperation mit Süddänemark

Auch weiterhin ist es das Ziel der Landesregierung, für einen stärkeren grenzüberschreitenden **Auszubildendenaustausch** Impulse zu geben, um die Mobilität und Qualifizierung zu erhöhen.

Es bestehen im Land verschiedene Kooperationen hiesiger berufsbildender Schulen mit mehreren Schulen in Dänemark. Hierbei sind insbesondere die Aktivitäten in den Kreisen Nordfriesland und der kreisfreien Stadt Flensburg sowie der Beruflichen Schule Wirtschaft in Kiel zu nennen.

Die gemeinsamen Aktivitäten im Bereich Ausbildung und Arbeitsmarkt werden im Rahmen des dänisch-deutschen Forums „**Grenzüberschreitende Ausbildung und Arbeitsmarkt**“ geplant und koordiniert. Seit 2004 hat das Forum verschiedene Pro-

jekte entworfen, die seitdem weiter entwickelt wurden. Unter anderem ist eine Fachgruppe speziell um das Projekt „Grenzüberschreitende Berufsbilder“ entstanden. Ein wesentlicher Arbeitsinhalt ist das im Rahmen von INTERREG III A¹ geförderte Projekt „**NetBS Netzwerk der Berufsschulen Sønderjylland - Schleswig**“. Dieses Projekt dient dem Aufbau und der Vertiefung einer zukunftsorientierten Struktur in der Zusammenarbeit der beruflichen Schulen in der Region Sønderjylland/Schleswig. In über sechs Einzelprojekten sind auf der deutschen Seite alle sechs beruflichen Schulen der Kreise Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und der Stadt Flensburg und auf der dänischen Seite vier berufliche Schulen an der Projektarbeit beteiligt. Das Projekt zielt unter anderem auf den Abbau sprachlicher und kultureller Barrieren auf beiden Seiten der Grenze bereits während der Ausbildung.

Ein weiteres Projekt zielt darauf ab, drei grenzüberschreitende Ausbildungsgänge zu schaffen. Ausgewählt hierfür sind die Ausbildungsgänge Mechatronik, Industriekaufmann und Restaurantservice. Zur gemeinsamen Abstimmung und Vorbereitung wurde eine Fachgruppe aus Vertretern der Wirtschaft und den Beruflichen Schulen gebildet.

Grenzüberschreitende Kooperation mit dem Gebiet (Oblast) Kaliningrad im Bereich beruflicher Bildung und Ausbildung

Der auf Initiative der Landesregierung 2007 in Anwesenheit der Bildungsministerin des Gebiets (Oblast) Kaliningrad gegründete „**Runde Tisch für Berufliche Bildung und Ausbildung Schleswig-Holstein - Kaliningrad**“² findet zweimal jährlich unter Beteiligung der Akteure beider Partnerregionen und unter Leitung des Europaresorts der schleswig-holsteinischen Landesregierung statt. Die schleswig-holsteinischen Teilnehmer kommen sowohl von beruflichen Schulen als auch von Bildungsträgern wie den Jugendaufbauwerken und der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein. Beteiligt sind darüber hinaus die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch³ sowie das Lübecker Unternehmen Habotec GmbH.

Das von den Teilnehmern erarbeitete **Konzept für die Zusammenarbeit** im Bereich Berufliche Bildung und Ausbildung Schleswig-Holstein und Kaliningrad sieht eine **Kooperation in drei Säulen** vor:

- Ausbilderqualifizierung und Fachkräfteaustausch,

¹ Über INTERREG A fördert die EU die grenzüberschreitende Zusammenarbeit benachbarter Gebiete

² Vgl. Kapitel 1.6.4

³ Die Stiftung im Internet: www.stiftung-drja.de

- Theoretische und praktische Maßnahmen für Kaliningrader Jugendliche in Schleswig-Holstein, auch unter Berücksichtigung der Bedarfe schleswig-holsteinischer Unternehmer,
- Projekte für schleswig-holsteinische Jugendliche in Kaliningrad, die hiermit zur Stärkung ihrer interkulturellen Kompetenz beitragen.

Das Konzept ist mit dem Bildungsministerium Kaliningrad abgestimmt und bildete die Grundlage für die im Juni 2009 unterzeichnete **Erklärung über die regionale Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung und Ausbildung sowie der präventiven Zusammenarbeit**.

Im Mai 2008 fand eine **Delegationsreise** von schleswig-holsteinischen Vertretern des Runden Tisches auf Einladung der Kaliningrader Bildungsministerin unter Leitung des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa statt. Die Reise vermittelte einen ersten Eindruck, welche Unterschiede in den Ausbildungssystemen, aber auch beim Stand der Ausbildungsqualität zu überwinden sind. Besichtigt wurden Berufsschulen in den Fachbereichen Kfz- und Bautechnik, Sozialpädagogik, Hotelfach und Gastronomie sowie Landwirtschaft.

Es gibt intensive Bemühungen auch der Kaliningrader Seite zur Fortsetzung der Kooperation, deren Hintergrund ein ehrgeiziges Modernisierungsprogramm für den Ausbildungssektor ist, das die Kaliningrader Bildungsministerin durchgesetzt hat. Gestützt wird die Reform durch ein nationales Programm zur Verbesserung der Bildung und Ausbildung. Die maßgeblichen Ziele der Reform sind:

- Verbesserung der Qualität der Ausbildung und Anpassung an die Markterfordernisse
- Qualifizierung und Verjüngung des Fachpersonals
- Zentralisierung der Bildungseinrichtungen und Schaffung von sog. Ressourcen-Zentren, die neben beruflicher Bildung und Ausbildung auch Weiterbildungsangebote und Umschulungen anbieten können
- Verbesserung der Ausstattung der Bildungseinrichtungen.

Zu den Ergebnissen der Delegationsreise kann der Abschluss mehrerer **Kooperationsvereinbarungen** in den Jahren 2008 und 2009 in folgenden Ausbildungssparten gezählt werden:

- **Kfz, Sanitär, Heizung, Klima, Dacharbeiten**
Ziel: Qualifizierung Kaliningrader Lehrkräfte
Beteiligte: Emil-Possehl-Schule Lübeck, Berufsbildungsstätte Travemünde der Handwerkskammer Lübeck, Firma Habotec (Lübeck) sowie je zwei Kalining-

rader Berufsschulen und Lyzeen

Leider konnte diese Kooperationsvereinbarung über einen formalen Austausch nicht weiterentwickelt werden.

- **Technik, insbesondere Kühlanlagen**

Ziel: Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen

Beteiligte: Regionales Bildungszentrum Kiel, Berufsschule Technik und Kaliningrader Staatliches College für Technik

Maßnahmen: gegenseitige Besuche von Lehrkräften in 2009, erster Schüleraustausch nach Kiel 2010. Finanziert wird die Maßnahme aus Mitteln der Landesregierung und der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch.

- **Gastronomie – Tourismus - Kultur**

Ziel: Entwicklung eines gemeinsamen Projektes mit europäischer Finanzierung. Beteiligte: Berufsvorbereitungs- und Ausbildungszentrum Lübeck-Innenstadt, Berufsausbildungs- und Qualifizierungsagentur Lübeck GmbH, Jugendaufbauwerk der Wirtschaftsakademie und Staatliches Kollege für Tourismus und Restaurant- und Hotelservice, Lyzeum für Handel und Technologien Nr. 12 in Sowetsk

Maßnahmen: Praktikumswochen 2008 und 2009; für 2010 und 2011 ist die gemeinsame Planung und Durchführung einer Modenschau in Vorbereitung. Aufgrund der fehlenden Bereitstellung von Mitteln für die Zusammenarbeit im EU-Ostseeprogramm¹ konnte eine EU-Finanzierung für diese Partnerschaft nicht gefunden werden. Bisherige Maßnahmen wurden aus Mitteln des Landes und der Hansestadt Lübeck finanziert.

- **Sozialpädagogik**

Ziel: Schüler- und Lehreraustausch, Aufbau einer gemeinsamen Website

Beteiligte: Elly-Heuss-Knapp-Schule Neumünster und Regionales Staatliches Kollege für Sozialpädagogik in Tschernjachowsk

Maßnahmen: Praktikumswochen und –tage in Neumünster und in Tschernjachowsk 2008 und 2009, für 2010 in Planung; Besuche durch Lehrkräfte in Tschernjachowsk zum Austausch in methodischen Fragen.

Finanziert wurden die Maßnahmen aus Mitteln des Landes und der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch.

- **Handel**

Ziel: Aufbau einer gemeinsamen Übungsfirma über das Internet, Lehrer- und Schüleraustausch

Beteiligte: Bildungszentrum Mortzfeld Lübeck und Lyzeum für Technologie und Handel Kaliningrad

¹ Zum EU-Ostseeprogramm siehe Kapitel 1.4

Maßnahmen: Aus organisatorischen Gründen ist das Projekt noch nicht angelaufen (Stand: Mai 2010).

- **Landwirtschaft**

Ziel: Ausbilderqualifizierung

Beteiligte: DEULA Schleswig-Holstein GmbH und Technikum für Landwirtschaft Gusew

Maßnahmen: Zwei Lehrgänge bei der DEULA in Rendsburg in 2009, finanziert aus Mitteln des Kaliningrader Technikums.

- **Gartenbau, Landwirtschaft**

Ziel: Qualifizierung und Ausbildung benachteiligter Jugendlicher im landwirtschaftlichen Bereich im Rahmen von produktionsschulähnlichen Bedingungen

Beteiligte: Berufsvorbereitungs- und Ausbildungszentrum Lübeck-Innenstadt, Berufsausbildungs- und Qualifizierungsagentur Lübeck GmbH und Lyzeum Nr. 3 (Nisowje)

Maßnahmen: Mehrfache Besuche der Fachkräfte in 2009 und 2010. Für 2010 ist eine Projektarbeit im Park des ehemaligen Schloss Waldau (Nisowje) mit schleswig-holsteinischen und Kaliningrader Jugendlichen in Lübeck geplant. Finanzielle Mittel werden von der Landesregierung bereitgestellt.

Eine weitere Kooperation im Bereich Gastronomie auf Berufsschulebene wird von Kaliningrader Seite mit der Gewerbeschule II in Lübeck angestrebt.

Unabhängig von den Kooperationsvereinbarungen setzen sich auch die Emil-Possehl-Schule und die Berufsbildungsstätte Travemünde der Handwerkskammer Lübeck erfolgreich für die bessere Ausstattung eines in Planung befindlichen **Ressourcen-Zentrums für Kfz-Technik** bei der Berufsschule Nr. 5 in Kaliningrad ein. Die Berufsbildungsstätte Travemünde der Handwerkskammer Lübeck bietet kostenpflichtig die Qualifizierung der Multiplikatoren der Partnereinrichtung an. Ein Antrag bei der Robert-Bosch-Stiftung ist gestellt. Eine Kooperation mit den Bayerischen Motorenwerken ist zugesagt.

Grundsätzlich gilt für diesen Bereich der Zusammenarbeit, dass er im Vergleich zu EU-Kooperationen oder auch zum Deutsch-Französischen oder Deutsch-Polnischen Jugendwerk ständig unterfinanziert ist. Die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch kann dem auch nur bedingt abhelfen, da sie für Austauschmaßnahmen in der beruflichen Bildung keine Mittel von den Stiftern erhält und daher vor allem Mittel für den Austausch von Berufsschulen zur Verfügung stellt.

Kooperationen im Bereich der Lehreraus- und -fortbildung

Zusammenarbeit des Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) mit der Viikki Teacher Training School der Universität Helsinki:

- Zusammenarbeit bei der Neukonzipierung des Projekts „STILE - Strengthening Individualised Learning in Europe“ als Multilaterales Comenius-Projekt im Rahmen des EU-Programms „Lebenslanges Lernen“ ab Oktober 2008, das bedauerlicherweise von der Europäischen Kommission für Bildung und Kultur nicht angenommen wurde.
- Zusammenarbeit im Comenius-Projekt INCLUDEME (Intercultural learning in mentoring and student teacher training in Europe) seit September 2009: Im Rahmen von INCLUDEME Mobility in Europe findet ein Austausch von Lehrkräften in der zweiten Ausbildungsphase mit Finnland (Teacher Training School der Universität Helsinki) statt. Die Leitung und Koordinierung hat das IQSH.
- Teilnahme einer Lehrkraft im Vorbereitungsdienst aus Schleswig-Holstein im Februar 2010 an der Viikki Teacher Training School, finanziert durch den Pädagogischen Auslandsdienst. Die Zusicherung für finnische Austauschpartner in 2011 liegt vor.

2.4. Entwicklung der Ostseeregion zu einer Region ziviler Sicherheit

Polizeiliche Zusammenarbeit

Der Ostseebericht 2008¹ thematisiert unter anderem die polizeiliche Zusammenarbeit und den regelmäßigen Austausch von Informationen. Erwähnung findet dabei auch die **deutsch-dänische „Bürogemeinschaft Padborg“** als gemeinsame Dienststelle der Landes- und Bundespolizei und deutschem und dänischem Zoll, die einen „schnellen und unbürokratischen“ Service für anfragende Dienststellen leistet.

In diesem Arbeitsfeld hat sich im Berichtszeitraum Entscheidendes getan, da das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein (LKA) seit Oktober 2008 personell mit einer Mitarbeiterin in der Bürogemeinschaft vertreten ist. Die offizielle **Beteiligung des LKA** hat zur Folge, dass nun nicht mehr lediglich in minder schweren polizeilichen Fällen geholfen wird, sondern nunmehr ein wesentlicher Anteil der Rechtshilfetätigkeiten zwischen LKA und allen nordischen Staaten – inkl. Finnland und Island – über diese Stelle in der Bürogemeinschaft abgewickelt wird.

¹ Landtags-Drucksache 16/2132 vom 17. Juni 2008

Bedeutsam ist dies deshalb, weil die Rechtshilfestelle im LKA damit einen Teil ihrer Aufgaben „unbürokratisch“ schlank und von einer fließend Dänisch kommunizierenden Mitarbeiterin in Padborg vornehmen lässt.

Der Ostseerat¹ hat bereits 1996 die **Baltic Sea Task Force on Organized Crime (BSTF)** eingesetzt, deren Mandat zunächst bis Ende 2010 gültig ist. Über die Verlängerung des Mandats bis 2016 soll im Juni 2010 entschieden werden. Ziel der BSTF ist die Vereinfachung der Zusammenarbeit der Vollzugsbehörden.

Ein Vertreter des Landeskriminalamtes nimmt an den Sitzungen des 1998 gebildeten **Operativen Ausschusses** (Operative Committee - OPC) sowie der **Expertengruppe Drogen** der BSTF teil. Er hat daneben den Vorsitz in der **Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung des Rauschgifthandels Nord-Ost**, die bereits 1978 unter Federführung des LKA Schleswig-Holstein gegründet wurde. Ihr gehören Mitglieder aus Dänemark, Finnland, Lettland, Litauen, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und Deutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Brandenburg, Bundeskriminalamt, Zollkriminalamt) an.

Mit den Polizeibehörden aller Ostseeanrainerstaaten findet fall- und anlassbezogen ein regelmäßiger Austausch von Informationen und Lagebildern statt, um auch zukünftig Maßnahmen enger abzustimmen und zu koordinieren. Insbesondere bei der Bekämpfung der Rockerkriminalität gibt es regelmäßige Kontakte zu den Polizeibehörden in Dänemark und Schweden.

Austausch im Bereich der Polizeiausbildung

Im Rahmen des im Mai 2007 stattgefundenen Besuchs des Innenministers bei den Innenministern und den **Polizeien der drei baltischen Staaten** wurden die Protokollvereinbarungen zur polizeilichen Zusammenarbeit aktualisiert und vereinheitlicht. Ferner wurden Aktionspläne vereinbart, deren Inhalte sich mit konkreten polizeilichen Schwerpunkten beschäftigen und jährlich aktualisiert und evaluiert werden. Die Aktionspläne umfassen ferner die Möglichkeit von Hospitationen, die Bildung gemeinsamer Ermittlungsgruppen und eine engere Zusammenarbeit.

Die in den Jahren 2004 bis 2007 sehr intensiv betriebene Zusammenarbeit mit der Polizeiakademie Riga in Lettland konnte ab 2008 nicht fortgesetzt werden. Nach einem Wechsel in der Leitung und deutlich veränderten Rahmenbedingungen (der Finanzkrise geschuldet), konnten keine Austauschprogramme mehr durchgeführt

¹ Zum Ostseerat siehe Seiten 11 ff.

werden. Kontakte zu einer möglichen Nachfolgeorganisation bestehen noch nicht. Festzustellen ist aber, dass durch die vierjährige Begleitung der Entwicklung des Landes eine positive Veränderung in der Polizeikultur verzeichnet werden konnte. Hierzu haben neben dem fachlichen Austausch zu hohen Anteilen die persönlichen Kontakte beigetragen. Es bleibt zu hoffen, dass neue Kontakte geprüft werden können.

Für die Polizei Estlands wurden im Juni 2008 Einsatztrainer durch die Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei ausgebildet. Diese Angehörigen der Polizeischule Estlands hatten die Aufgabe, in der Folge die Angehörigen der estnischen Polizei im Einsatztraining zu unterweisen.

Ende des Jahres 2008 wurde sehr intensiv mit der **Polizei Finnlands** zusammen gearbeitet. Nach einem erneuten Amoklauf im Herbst 2008 besuchten Angehörige des finnischen Innenministeriums mehrere Bundesländer. Nach Prüfung wurde entschieden, die Amok-Konzeption des Landes Schleswig-Holstein umzusetzen. Durch Einsatztrainer der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei wurden in einem einwöchigen Lehrgang in Finnland Multiplikatoren für die finnische Polizei ausgebildet.

Auf Grund der im Juni 2006 aktualisierten Protokollvereinbarung im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen der Landespolizei Schleswig-Holstein und der **Polizei im Gebiet (Oblast) Kaliningrad** haben sich die bestehenden Kontakte vertieft.

Die im Berichtszeitraum umfangreichsten Kontakte bestanden zum **Juristischen Institut Kaliningrad**. Jeweils im Februar und September 2008 besuchten **Delegationen** aus Kaliningrad die Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei (PD AFB) in Schleswig-Holstein. Dabei wurden auf Leitungsebene mögliche Formen der künftigen konkreten Zusammenarbeit erörtert. Darüber hinaus waren bei diesen Besuchen auch Kadetten anwesend, denen ein unmittelbarer Eindruck in die Ausbildung der schleswig-holsteinischen Landespolizei ermöglicht wurde. Im August 2009 erfolgte der **Gegenbesuch** einer Delegation der PD AFB in Kaliningrad. Hierbei waren neben der Leitung der Behörde und der Ausbildungsdienststellen ebenfalls Auszubildende anwesend, um die geknüpften Kontakte aus dem Jahre 2008 zu vertiefen. Im Oktober 2009 erfolgte der bisher letzte Besuch einer Delegation aus Kaliningrad bei der PD AFB. Hier wurden weitere Arbeitsschritte für den

Austausch und die Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Fortbildung für die Folgejahre konkretisiert und vereinbart.

Konkretisiert wurden diese Ziele auch bereits für 2010. So ist für den Mai 2010 eine Delegation aus Kaliningrad eingeladen. Im Juni 2010 erfolgt der Gegenbesuch. Ziel ist hierbei die Umsetzung der vereinbarten, fachlichen Arbeit mit einem parallelen Austausch von Auszubildenden.

Auf der Grundlage **der Zusammenarbeitsvereinbarung des Innenministeriums mit dem Juristischen Institut Kaliningrad** haben weitere Studierendenaustausche zwischen dem Fachbereich der Polizei der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung (FHVD) und dem Juristischen Institut stattgefunden. Daneben werden Studienfahrten nach Polen und Litauen sowie Hospitationen in Schweden, Polen, Litauen, Estland und Lettland durchgeführt.

Im Mittelpunkt stand für den Fachbereich Polizei in den Jahren 2008 bis 2010 jedoch der **Austausch von Lehrkräften und Studierenden mit Angehörigen der dänischen Polizei**. Ziele waren hier insbesondere Kopenhagen, Aarhus, Esbjerg und Padborg. Den Höhepunkt bildete ein **gemeinsames Sprachprojekt** mit der Erstellung des Lehrbuches für Polizeiausbildung in Schleswig-Holstein „Taler du dansk?“.

Justizielle Zusammenarbeit

Im Bereich der Justiz besteht zwischen der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Flensburg und Dänemark eine enge Zusammenarbeit. So ist der Leitende Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Flensburg seit Jahren Mitglied der sogenannten "Kooperationsgruppe Schengen-Nord", die bisher zweimal jährlich, zuletzt im September 2009, getagt hat, und an der alle „Politimester“ Südjütlands - nach der Reform in Dänemark in 2007 der "Politidirektor" nebst Vertretern und der "Chefanklager" mit Sitz in Esbjerg -, sowie die Chefs der deutschen und dänischen Zoll-, Bundes- und Landespolizeibehörden teilnehmen. Dort werden alle anstehenden Probleme erörtert und auch gravierende Handlungsmaßnahmen, etwa bei grenzüberschreitender Geiselnahme, angesprochen und verbindlich festgelegt. Entsprechende gemeinsame Übungen wurden und werden geplant und durchgeführt. Es gab mehrere gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen in Deutschland und Dänemark.

13. Treffen der Generalstaatsanwälte der Ostsee-Anrainerstaaten

Zentraler Baustein in den Anstrengungen der Landesregierung zur Effektivierung der Zusammenarbeit in der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität im Ostseeraum war im Jahre 2009 das 13. Treffen der Generalstaatsanwälte der Ostsee-Anrainerstaaten vom 30. September bis 2. Oktober 2009 in der Hansestadt Lübeck.

Die Tagung fand auf Einladung des damaligen Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa, des Bundesministeriums der Justiz und des Justizministeriums Mecklenburg-Vorpommern statt. Teilnehmer waren neben den Staatssekretären der Ministerien die Generalstaatsanwälte und weitere Vertreter und Vertreterinnen aus Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, der Russischen Föderation und Schweden sowie der Vertreter des Rates der Ostseeanrainerstaaten und der Vertreter von Eurojust. Die Tagung wurde moderiert durch den Generalstaatsanwalt des Landes Schleswig-Holstein.

Es wurden intensiv Schritte erörtert und Maßnahmen beschlossen, die der Intensivierung der strafrechtlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Ostseeregion dienen. In der gemeinsamen Presseinformation vom 2. Oktober 2009 heißt es hierzu:

„Die Teilnehmenden sind sich einig, dass der effektiven Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität für die Wahrung des Rechtsfriedens eine besondere Bedeutung zukommt. In Anbetracht der neuen Herausforderungen ist eine gute Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden insbesondere bei der Bekämpfung der internationalen Organisierten Kriminalität, des internationalen Terrorismus und auch der Piraterie unverzichtbar. Es wurde erörtert, wie die Instrumente der internationalen Zusammenarbeit, wie etwa die Rechtshilfe - dazu gehört auch die Bildung gemeinsamer Ermittlungsgruppen oder der Einsatz von Videovernehmungen -, verbessert werden können. Der Austausch wird weitergeführt werden. Es wurde beschlossen, dass die nächste Sitzung in Finnland stattfinden wird.“

2.5. *Entwicklung der Ostsee zum weltweit sichersten Seeverkehrsgebiet*

Zusammenarbeit zum Schutz der Meere

Die **internationalen Kooperationen zum Schutz der Ostsee**, an denen auch Schleswig-Holstein beteiligt ist, fordern die Umsetzung von Maßnahmen zur Entwicklung der Ostsee zum sichersten bzw. saubersten Seeverkehrsgebiet und zu einem ausreichend geschützten und ökologisch intakten Meeresgebiet. Um diesen Zustand

zu erreichen, müssen die im Hinblick auf den steigenden Seeverkehr ergriffenen Maßnahmen geeignet sein, negativen Umweltauswirkungen durch die Schifffahrt vorzubeugen. Zu diesen Maßnahmen und Zielen zählen:

- schnellstmögliche nationale Ratifizierung und Umsetzung von internationalen Regelwerken
- sicherer Schiffsverkehr ohne unfallbedingte Verschmutzungen oder illegale Einleitungen
- effektive Notfallkonzepte und -kapazitäten
- Minimierung der Verschmutzung durch Schiffsabwässer
- keine Einschleppung von gebietsfremden Arten durch Schiffe
- Minimierung der Luftverschmutzung durch Schiffe
- keine Einträge von Offshore-Plattformen
- Minimierung der Umweltgefährdung durch Bauwerke im Meer.

Maßgeblich für die Erarbeitung dieser Forderungen und Maßnahmen sind auf globaler Ebene die **Internationale Seeschifffahrtsorganisation IMO** (International Maritime Organisation), auf europäischer Ebene die einschlägigen Regelwerke der EU (z.B. die EG-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie) und auf regionaler Ebene die Helsinki Kommission (Kommission für den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets - **HELCOM**)¹. Das Umweltministerium ist in verschiedenen Gremien u.a. dieses Übereinkommens vertreten, die sich mit der Überwachung und Bewertung des Zustands der Ostsee sowie dem nachhaltigen Arten- und Habitatschutz befassen, und wird sich hier auch weiterhin für die oben genannten Ziele einsetzen.

Zusammenarbeit im Bereich des Transportes gefährlicher Güter

Im Rahmen des Transports gefährlicher Güter mit RoRo-Schiffen existiert seit vielen Jahren ein „**Memorandum of Understanding**“ (**MoU**) zur Erleichterung des Gütertransports mit Straßen- und Schienenfahrzeugen über die Ostsee. Mitgliedstaaten sind derzeit Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen, Schweden und Deutschland. Diesem MoU liegt die Idee zugrunde, dass die internationalen Transportvorschriften für gefährliche Güter auf Schiene und Straße weitestgehend auch für die Passage mit RoRo-Schiffen über die Ostsee zur Anwendung kommen sollen. Zur Vermeidung unverträglicher Sicherheitslücken sind ergänzende Vorschriften, z.B. bezüglich erhöhter technischer Anforderungen an die Schiffe, die Gütertransporte nach dem MoU durchführen wollen, geschaffen worden.

¹ zu HELCOM siehe Seiten 19 f.

Ferner wurde zwischen den Mitgliedstaaten ein **abgestimmtes Überwachungsregime** vereinbart, nach dem bestimmte Zeiträume als gemeinsame Kontrollschwerpunkte („Joint Checks“) ausgewiesen und deren Ergebnisse im Anschluss durch eine koordinierende Stelle zusammengetragen, aufbereitet, ausgewertet und schließlich wieder an die Mitgliedstaaten zurück übermittelt werden. In Deutschland werden diese Kontrollen vornehmlich durch die Wasserschutzpolizeien durchgeführt. Bis zur 31. MoU Konferenz im August 2007 lag die Aufgabe des Kontroll-Koordinators bei Deutschland und wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung durch das Innenministerium Schleswig-Holstein durchgeführt. Für die Zeit danach ging diese Aufgabe auf Schweden über. Nunmehr werden daher die Kontrollergebnisse der Wasserschutzpolizei Schleswig-Holstein über das Innenministerium Schleswig-Holstein direkt an die Schwedische Küstenwache gemeldet.

Internationale Zusammenarbeit im Bereich Zivil- und Katastrophenschutz im Ostseeraum

Seit 2002 finden **jährlich Treffen der Zivilschutzgeneraldirektoren** der Ostseeanrainerstaaten statt. Neben den Vertretern der Ostseeanrainerstaaten nahmen auch Vertreter Norwegens, der EU-Kommission und des Ostseerates teil. Die norddeutschen Länder sind seit 2007 durch die Freie und Hansestadt Hamburg an diesen Treffen beteiligt.

Die Konferenzen wurden vor dem Hintergrund der gemeinsamen Verantwortung für die Bewältigung großer, **grenzüberschreitender Katastrophenlagen** durchgeführt. Es wurde die Notwendigkeit der Organisation der Überwachung und der Vorhersage von gefährlichen natürlichen und technologischen Ereignissen zum Schutz der Bevölkerung und zur Minderung ökologischer Auswirkungen unterstrichen. Insbesondere wurde die **Beseitigung von Alt-Chemikalien und von konventioneller Munition in der Ostsee** thematisiert. In diesem Zusammenhang versprechen die Gemeinschaftsprojekte, die im „Kyoto-Protokoll“ festgeschrieben sind, den Beginn der Marktannäherung und der Zusammenarbeit zur Lösung der internationalen Umweltprobleme.

Des Weiteren wurde die Notwendigkeit der **gegenseitigen Hilfeleistung** der Länder in praktischen Angelegenheiten, insbesondere bei grenzüberschreitenden Ereignissen, betont. Spezifisches nationales Wissen, Kenntnisse und Praktiken im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes sollen künftig allen Anrainerstaaten zugänglich gemacht werden. Gemeinsame Ausbildungsveranstaltungen und Übungen könnten dieses Anliegen unterstützen.

Einen weiteren Schwerpunkt der Zusammenarbeit bildet der **internationale Terrorismus**. Da dieses Thema auch für die Länder der Ostseeregion aktuell ist, gilt es, die Arbeit in der Vorsorge und zur Verhinderung von Terrorakten zu intensivieren.

Die Konferenzen sind ein wichtiges Instrument für die multilaterale Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit im Rahmen von Erfahrungsaustauschen wird bereits seit neun Jahren erfolgreich praktiziert.

Katastrophenschutz

Schleswig-Holstein beteiligte sich im Berichtszeitraum gemeinsam mit Dänemark am **Projekt SAFECOAST**. Das Projekt wurde durch das INTERREG-Nordseeprogramm¹ gefördert, zu dessen Fördergebiet ganz Schleswig-Holsteins gehört, so dass die Aktivitäten auch auf die Ostseeküste ausgedehnt werden konnten.

SAFECOAST zielt als strategisch ausgerichtetes Projekt auf die Schaffung der Grundlagen für eine langfristige Sicherung der Küsten (Zeithorizont 2050) auf der Basis von Risikoermittlung, Risikomanagement und Risikokommunikation. Das Projekt knüpft unmittelbar an das unter schleswig-holsteinischer Federführung durchgeführte Projekt COMRISK mit vergleichbarer Zielsetzung an.

Ziel des von Schleswig-Holstein verantworteten Teilprojektes ist die Risikominimierung durch Risikokommunikation, z.B. durch Hinweise zum vorbeugenden Hochwasserschutz und zur Verhaltensvorsorge der Bevölkerung. Konkrete Maßnahmen waren die Erarbeitung und der pilotmäßige Einsatz von zielgruppenorientierten Informationen über das Sturmflutrisiko.

Kampfmittelbeseitigung

In enger Zusammenarbeit von Behörden, Umweltverbänden und Firmen werden **alternative Bergungsmethoden** für versenkte Munition erarbeitet und Techniken zur Verringerung der Umweltauswirkungen von unumgänglich notwendigen Vernichtungssprengungen entwickelt. Die Dämpfung der Schockwellen, einem besonderen Risikofaktor für den streng geschützten Schweinswal, durch den Einsatz von Blasen-schleiern bildet dabei einen Schwerpunkt.

Unter der Federführung des Landes Schleswig-Holstein ist darüber hinaus eine **Bund-/Länderarbeitsgruppe** gegründet worden, die sich mit der Erfassung und Be-

¹ EU-Programm zur Förderung der transnationalen Zusammenarbeit im Nordseeraum

wertung der gegenwärtigen Munitionsbelastung in Nord- und Ostsee befasst. Auf Basis dieser Zusammenarbeit können die Schwerpunkte zukünftiger Beseitigungsmaßnahmen nach objektiven Kriterien gesetzt werden und tragen so ganz gezielt zu einer Verringerung von Gefahren sowohl für die Meeresumwelt als auch für den Seeschiffsverkehr bei.

Die Arbeitsgruppe ist an dem **Projekt „Erkundung von Versenkungsstellen kontaminierter Wracks und chemischer Waffen in der Ostsee“ im Rahmen der EU-Ostseestrategie** (Flagship Project „Assess the need to clean up contaminated wrecks and chemical weapons“)¹ beteiligt. Die Federführung für das Projekt hat Polen übernommen, Initiator war Schweden im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft.

Automatisches Schiffsidentifizierungssystem (AIS) Ostsee

Alle verkehrlich relevanten Bereiche in der Ostsee sind durch AIS (Automatic Identification System), ein automatisches Schiffsidentifizierungssystem, abgedeckt. Für alle Schiffe über 300 BRZ existiert eine AIS-Ausrüstungspflicht entsprechend der Vorschriften der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO). AIS ist ein zusätzliches Hilfsmittel und dient der Vermeidung von Kollisionen auf See, dem automatischen Informationsaustausch zwischen Schiffen untereinander und mit Landstationen sowie mit den Verkehrszentralen an der Küste als ergänzendes Mittel zur maritimen Verkehrssicherung. Erfasst ist zwischenzeitlich das gesamte deutsche Hoheitsgebiet sowie die Ausschließliche Wirtschaftszone.

Mit Hilfe von AIS wird der Schiffsverkehr in der Ostsee überwacht und entsprechende Daten zwischen den beteiligten Staaten ausgetauscht. AIS trägt wesentlich zur Sicherheit der Navigation, von Leben auf See, dem Schutz der maritimen Umwelt und damit des Schiffsverkehrs insgesamt bei. Zur Unterstützung der Schiff/Schiff und Schiff/Land Navigation und damit zur Verbesserung der Schiffssicherheit hat das AIS-System einen deutlichen Beitrag geleistet.

Nicht zu vergessen ist jedoch, dass AIS lediglich ein Ergänzungssystem zu den Instrumentarien der Kollisionsverhütung (z. B. Radar, Funk, elektronische Seekarten, Satellitennavigation, Verkehrszentralen) an Bord der Schiffe darstellt. Trotz aller unterstützenden Überwachungs-, Beobachtungs- und Informationssysteme bleibt die Schiffsführung verantwortlich.

¹ Vgl. Kapitel 1.3 Mitgestaltung der EU-Ostseestrategie

Notliegeplätze

Die Bund-Küstenländer-Vereinbarung über die Zuweisung eines Notliegeplatzes im Rahmen der Maritimen Notfallvorsorge wurde im Gesetz vom 12. Februar 2005 in Schleswig-Holstein umgesetzt. Durch die Vereinbarung wird sichergestellt, dass insbesondere bei komplexer Schadenslage die Entscheidung über das Anlaufen eines Notliegeplatzes zügig unter sorgfältiger Abwägung der Interessen aller Beteiligten getroffen werden kann. Das **Havariekommando in Cuxhaven** (gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Küstenländer) wendet im Fall einer komplexeren Schadenslage oder auf Ersuchen eines Küstenlandes die Notliegeplatzvereinbarung unter Zugrundelegung der gemeinsamen Verfahrensregelungen im Rahmen der Maritimen Notfallvorsorge an und übernimmt die Einsatzleitung.

Das Havariekommando hält im Einsatzfall u.a. intensiven Kontakt zu den örtlich zuständigen Hafenbehörden, den Wasser- und Schifffahrtsämtern, der zuständigen Wasser- und Schifffahrtsdirektion und der für das Revier zuständigen Lotsenbrüderschaft sowie dem Kapitän, Berger und Versicherer des Havaristen. Durch diese intensive Zusammenarbeit ist gewährleistet, dass die lokalen Gegebenheiten des erforderlichen Notliegeplatzes in ihrem jeweils aktuellen Zustand sowie alle notwendigen und verfügbaren Lageinformationen zum aktuellen Notfall ausgetauscht und abgewogen werden können.

Notschlepper Ostsee

Zum maritimen deutschen Unfallmanagement zählt ein **Notschleppkonzept**, das ein Gesamtkonzept zur Ausrüstung und zum Einsatz von Notschleppern in Nord- und Ostsee beinhaltet und die gesamten deutschen Küsten abdeckt. Für die Ostsee sind in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern drei Schlepper und zwei Mehrzweckschiffe stationiert und wie folgt eingesetzt:

Kiel	1 Schlepper	Kieler Förde
Kiel	1 Mehrzweckschiff	Fehmarnbelt
Warnemünde	1 Schlepper	westlicher Teil Kadetrinne
Sassnitz	1 Schlepper	Pommersche Bucht
Sassnitz	1 Mehrzweckschiff	östlicher Teil Kadetrinne

Ab Juli 2010 soll ein neuer, in Spanien gebauter Notschlepper den bisher in Sassnitz stationierten Notschlepper ablösen. Kiellegung für den neuen Schlepper war im April 2009, die Ablieferung erfolgte im April 2010. Nach Einweisung der Besatzung sowie diverser Erprobungen soll das Schiff ab 1. Juli 2010 eine zehnjährige Charter im

Rahmen des Notfall-Vorsorgekonzepts für Nord- und Ostsee antreten. Das unter deutscher Flagge fahrende und speziell auf den Einsatz in der Ostsee zugeschnittene Schiff wird ein vierköpfiges „Boarding-Team“ (Einsatzteam, das an Bord havarierter Schiffe übergesetzt werden kann) an Bord haben und zusätzlich als Ausbildungsschiff für Schiffsmechaniker dienen.

Tiefwasserweg / Verkehrstrennung in der Ostsee

Das seit dem 1. Juli 2006 eingerichtete neue Wegeföhrungssystem für große, tiefgehende Schiffe in der westlichen Ostsee zwischen der Kadetrinne und Bornholm hat sich in der Schifffahrt bewährt. Die Gefahr von Kollisionen in diesem Seegebiet ist merklich zurückgegangen.

Verkehrslenkung im Fehmarnbelt

Die Errichtung der festen Verbindung über den Fehmarnbelt (Feste Fehmarnbelt Querung – FBQ) wird auch Auswirkungen auf die Schifffahrt im Fehmarnbelt haben. Auf Grund genügender Wassertiefe besteht derzeit im Fehmarnbelt für die Schifffahrt keine Pflicht, bestimmte Fahrtrouten zu benutzen. Lediglich für tiefgehende Schiffe werden Passageempfehlungen der Internationalen Schifffahrtsbehörde IMO (International Maritime Organization) gegeben.

Schon im Rahmen der Baumaßnahmen der Querung werden Verkehrsföhrungsmaßnahmen erforderlich sein, um den Schiffen sichere Passagen des Gewässers zwischen Fehmarn und Lolland zu ermöglichen. Nach Fertigstellung der Querung (Brücke oder Tunnel) wird der östliche bzw. westliche Schiffsverkehr in besonderen **Verkehrstrennungsgebieten** passieren müssen.

Deutsche und dänische Schifffahrtsbehörden haben eine große Anzahl von **Risikoanalysen und Sicherheitsbewertungen** verlangt, die bisher noch nicht alle abgeschlossen sind. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch Simulationsuntersuchungen zum Test der von den Experten vorgeschlagenen Verkehrsföhrungen bei einem Brückenbauwerk. Hauptziel dieser Maßnahmen ist es, die Gefahren von Havarien im Fehmarnbelt auf ein Minimum zu reduzieren.

2.6. Profilierung der Ostseeregion als Modell nachhaltiger Entwicklung

Übergeordnetes Ziel der Zusammenarbeit im Ostseeraum ist die Stärkung des Standortes Schleswig-Holstein. Wirtschaftliche Chancen im Ostseeraum sollen ge-

zielt genutzt und gleichzeitig die marine Umwelt nachhaltig geschützt und erhalten werden. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Kooperation der Ostseerainerstaaten im Rahmen der **Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresumwelt (HELCOM)**¹ zu nennen. Das Umweltministerium ist in verschiedenen Fachgremien dieses Übereinkommens vertreten, die sich mit der Überwachung und Bewertung des Zustands der Ostsee sowie dem nachhaltigen Arten- und Habitatschutz befassen.

Von besonderer Bedeutung für den Ostseeraum ist die Verabschiedung des **Ostseeaktionsplans (Baltic Sea Action Plan) im November 2007** durch die Vertragsstaaten der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseeraums (HELCOM) sowie die Umsetzung der Richtlinie 2008/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt (**Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie - MSRL**).

Zusammenarbeit im Bereich Meeresschutz

Der **HELCOM Baltic Sea Action Plan** beinhaltet eine Selbstverpflichtung der Vertragsstaaten, bis spätestens 2021 den guten Umweltzustand der Ostsee zu erreichen und dazu konkrete Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Meeresumwelt zu ergreifen. Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur Minimierung der Nährstoffeinträge und des Eintrags gefährlicher Stoffe, zur umweltfreundlichen Seeschifffahrt und zum Schutz der Biodiversität. Diese Maßnahmen müssen nun von den Unterzeichnerstaaten umgesetzt werden. Die gleichberechtigte Beteiligung der Russischen Föderation gibt dem Aktionsplan eine besondere politische Bedeutung.

Die **MSRL** fordert von den EU-Mitgliedstaaten, bereits bis zum Jahr 2020 den guten Umweltzustand und damit auch den nachhaltigen Schutz mariner Ressourcen in allen europäischen Meeresgebieten sicherzustellen. Das Ziel gilt für festgelegte Meeresregionen, zu denen auch die Ostsee zählt. Um dies zu erreichen, gibt die Richtlinie terminierte Teilschritte vor.

Die MSRL ist auf europäischer Ebene die rechtsverbindliche übergeordnete Handlungsgrundlage zum Meeresumweltschutz, in die Aktivitäten und Anforderungen der HELCOM sowie anderer internationaler Vereinbarungen einbezogen werden.

Da die HELCOM Kooperation neben EU-Mitgliedstaaten auch Russland und damit das gesamte Ostseegebiet umfasst, ist sie auch für die ostseeweit kohärente Umset-

¹ Zu HELCOM siehe Seiten 19 f.

zung der Richtlinie auf regionaler Ebene ausschlaggebend. Der HELCOM Ostseeaktionsplan kann folglich wegen seiner inhaltlichen und räumlichen Überschneidungen mit der MSRL als erster regionaler Ansatz zur Umsetzung dieser Richtlinie im Ostseeraum angesehen werden. Gleichzeitig ist die Umsetzung des HELCOM Ostseeaktionsplans **wesentlicher Bestandteil der EU-Ostseestrategie**.¹ Die MSRL stellt außerdem die **Umweltsäule der Europäischen Meerespolitik** dar und fordert einen europäischen Meeresumweltschutz nach einheitlichen Grundsätzen und Kriterien.

An der Entwicklung dieser Europäischen Meeresstrategie war das Umweltministerium seit Oktober 2003 mit offiziell benannten Ländervertretern beteiligt und wirkte in den entscheidenden Fachgremien mit. Das Umweltministerium setzt diese Mitarbeit jetzt bei der Umsetzung der Richtlinie auf EU-Ebene fort. Auf nationaler Ebene kooperiert das Umweltministerium im Ostseeraum mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Bund. Diese Kooperationen finden im Rahmen des so genannten **Bund-Länder-Messprogramms (BLMP)**, des **Lenkungsausschusses Expertengruppe Meer** sowie dem **Bund-Länder-Ausschuss Nord- und Ostsee (BLANO)** statt. Die nationale Zusammenarbeit wird derzeit zur Umsetzung der MSRL neu strukturiert. Dazu wird z. B. die Einrichtung eines nationalen Sekretariats geprüft, das u.a. Maßnahmen zur Umsetzung nationaler und internationaler Verpflichtungen zum Meeresumweltschutz bündeln, bzw. weitest möglich harmonisieren und damit auch die optimale Ausnutzung von Synergien sicherstellen soll.

Zusammenarbeit im Bereich Klimaschutz

Das Thema Klimaschutz ist weiterhin Schwerpunkt der **Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark**. Die Zusammenarbeit zielt auf die Entwicklung gemeinsamer Projekte in den Themenfeldern Offshore Windenergie, Elektromobilität, Nahwärmenetze, Solarenergie und Nutzung von organischem Abfall für die Energieerzeugung. Als Plattform für die Entwicklung von Projekten wird das **INTERREG IV A-Projekt² „FURGY“** genutzt, das der Entwicklung konkreter Kooperationsansätze dient. Im Rahmen einer schleswig-holsteinisch/süddänischen Konferenz am 31. August 2010 in der IHK Flensburg sollen die Kooperationsansätze vertieft werden.

Die Zusammenarbeit zielt darüber hinaus auf einen grenzüberschreitenden Austausch der Politikansätze zum Klimaschutz und auf eine Sondierung ggf. weiterführender Kooperationsansätze, etwa im Rahmen der Ostseezusammenarbeit.

¹ Vgl. Kapitel 1.3

² Über INTERREG A fördert die EU die grenzüberschreitende Zusammenarbeit benachbarter Gebiete

Das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein (LLUR) ist an den folgenden Projekten zum Themenkomplex **Anpassung an den Klimawandel** beteiligt:

RADOST

Das LLUR beteiligt sich am Projekt „RADOST (Regionale Anpassungsstrategien für die deutsche Ostseeküste)“, das im Rahmen des Förderprogramm KLIMZUG - Klimawandel in Regionen des Bundesforschungsministeriums läuft. **Übergeordnete Ziele** sind:

- die Minimierung der durch die Klimaerwärmung verursachten Schäden für Natur, Gesellschaft und Wirtschaft
- die optimale Nutzung der mit dem Wandel verbundenen Chancen
- der Aufbau eines dauerhaften regionalen Akteursnetzwerks und
- die Erarbeitung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel für die deutsche Ostseeregion.

Projektlaufzeit ist von Juli 2009 bis voraussichtlich Juni 2014.

Das LLUR ist als regionales Verwaltungsorgan und Akteur vor Ort Abnehmer und zentraler Umsetzungspartner für die Ergebnisse dieses Projektes. Das Landesamt ist auch direkt an Forschungsarbeiten und Anwendungsprojekten beteiligt. Aufgrund der Mitwirkung des LLUR in nationalen und internationalen Gremien wird dafür gesorgt, dass die Projektergebnisse auch über die RADOST-Netzwerke hinaus überregionale Verwendung finden.

Zum 01.04.2010 konnte ein promovierter Biologe am LLUR für das RADOST-Projekt eingestellt werden. Im Rahmen des Projektes werden so die eigenen Untersuchungen und die Kooperationen mit universitären Partnern und privaten Firmen vorangetrieben. Ein Treffen mit der Fa. MariLim - Gewässeruntersuchung konkretisierte und aktualisierte die geplante Zusammenarbeit und das Angebot zur Kartierung mariner Pflanzenbestände in der Lübecker Bucht. Auch gab es ein erstes bilaterales Treffen zwischen dem Institut für Angewandte Ökologie (IfAÖ) und dem LLUR mit dem Ziel einer einheitlichen Herangehensweise an die Aufgaben.

Das Projekt RADOST wurde bei einem Koordinierungstreffen von Umweltministerium und LLUR vorgestellt, wodurch erste Verteiler und Vernetzungsknotenpunkte geschaffen wurden. Weiter hat das LLUR beim KlimaBündnis Kieler Bucht (KBKB), einer weiteren RADOST-Initiative, den schleswig-holsteinischen Schulterschluss gesucht und sich fachlich eingebracht. LLUR Mitarbeiter beteiligen sich an den Treffen und engagieren sich in den Arbeitsgruppen des KBKB zu verschiedenen Themenschwerpunkten. Thematische und fachliche Verknüpfungspunkte wurden in einem

Treffen mit Vertretern von „KLIMZUG-NORD“¹ (Metropolregion Hamburg) erörtert und so Quervernetzungen zur benachbarten Modellregion geschaffen.

CLIWAT

Das LLUR ist außerdem am **INTERREG IV B-Projekt CLIWAT** beteiligt. **CLIWAT (Climate & Water)** will den **Einfluss des Klimawandels auf das Grundwassersystem** und die Folgewirkungen auf das Oberflächenwasser sowie die Wasserversorgung insgesamt untersuchen. Es sollen dabei in sechs Pilotgebieten in Belgien, Dänemark, Deutschland und den Niederlanden beispielhaft die Konsequenzen auf die Grundwasserquantität und -qualität abgeschätzt werden sowie Anpassungsstrategien für die Land- und Wasserwirtschaft sowie Infrastruktur-Planungen entwickelt werden. Die Projektlaufzeit umfasst den Zeitraum September 2008 bis August 2011. Das LLUR bearbeitet im Rahmen des Projektes zusammen mit dänischen und deutschen Partnern ein grenzübergreifendes Pilotgebiet, das den südlichen Teil Jütlands und den Norden des Landesteils Schleswig auf einer Fläche von etwa 5.000 km² beiderseits der Grenze umfasst. Das Untersuchungsgebiet schließt die Küstenbereiche an der Nord- und Ostsee sowie die Inseln Föhr und Alsen mit ein. Derzeit werden in mehreren Teilen des Gebietes geophysikalische und hydrogeologische Untersuchungen durchgeführt, die dazu dienen, den geologischen Kenntnisstand weiter zu verbessern und ein aktuell im Aufbau befindliches grenzübergreifendes geologisches 3-D-Modell zu optimieren. Dieses geologische 3-D-Modell wird die Basis für die Simulation der Auswirkungen von prognostizierten Szenarien des Klimawandels auf die Oberflächen- und Grundwassersystem der Region sein.

Zusammenarbeit im Bereich Naturschutz

Auf Anregung des Regionskontors Sønderjylland-Schleswig war im Herbst 2005 das **INTERREG A-Projekt „Naturerlebnis Flensburger Außenförde“** initiiert worden. Ziel war die **Verbesserung des Lebensraumes auf beiden Seiten der Förde** durch die Schaffung von Kleingewässern und die Verbesserung der Erlebbarkeit der Natur sowie die zweisprachige Information über die Natur und ihre Zusammenhänge. Zusammen mit der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Schleswig-Flensburg, den Ämtern Gelting, Steinbergkirche und Langballig, der Stadt Glücksburg und der Stiftung Naturschutz wurde ein Projekt entwickelt, das auf deutscher Seite ein Volumen von 335.000 € hatte. Die Gesamtlaufzeit des Projektes war von Januar 2006 bis zum Oktober 2008. Kooperationspartner auf dänischer Seite waren die Kommune Sønderburg und die dänische Forstverwaltung in Grasten (Gravenstein). Das Ge-

¹ Ein Projekt zur Entwicklung strategischer Anpassungsansätze zum Klimawandel in der Metropolregion Hamburg

samtvolumen auf dänischer Seite betrug ca. 4 Mio. DKK (ca. 540 000 €). Dieses grenzüberschreitende Naturschutzprojekt war von sehr guter und vertrauensvoller Zusammenarbeit der deutschen und dänischen Partner geprägt, die wesentlicher Garant für den Erfolg des Projekts war und weiter gepflegt und optimiert werden soll.

Die LIFE -Naturschutzinitiative der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein „**BaltCoast**“ (Rehabilitation of the Baltic Coastal Lagoon Habitat Complexes) befasst sich mit dem **Schutz und der Wiederherstellung von Küstenlagunen-Dünen-Komplexen**. In 34 Projektgebieten in Dänemark, Estland, Litauen, Schweden und Deutschland werden hierzu konkrete Maßnahmen zur Habitatverbesserung durchgeführt. Vorbereitet und begleitet werden die Maßnahmen durch intensiven Fach-Austausch der internationalen Experten mit den Stakeholdern und Managern vor Ort. Ergebnis wird u.a. die Erarbeitung eines Leitfadens zur Renaturierung von Lagunen-Dünenkomplexen sein. Das gesamte Projekt hat eine Laufzeit bis Ende 2011.

Die **LIFE-Naturschutzinitiative** der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein „**Bombina**“ (Baltic conservation strategy for *Bombina bombina*) hat sich die **Erhaltung der vom Aussterben bedrohten Rotbauchunke** zum Ziel gesetzt. Partner aus Dänemark, Schweden, Lettland und Schleswig-Holstein beschrieben im Rahmen einer Verbesserung der Managementsysteme die Gefährdungen detailliert und erarbeiteten ein „best practice“-Programm für ein Artenschutzsystem. Anschließend wurden die notwendigen Maßnahmen eingeleitet, um einen Artenrückgang aufzufangen und die genetische Variabilität der Populationen zu stabilisieren. Die genetischen Untersuchungen werden von der Universität Potsdam koordiniert, auf deren Ergebnissen ein spezielles Programm zur Unterstützungsaufzucht besonders gefährdeter Populationen stattfindet. Das Projekt hatte eine Laufzeit bis Ende 2009.

Umweltzusammenarbeit mit Syddanmark

Der im Rahmen der **Vereinbarung mit Syddanmark** zur Erarbeitung der jährlichen Arbeitspläne eingerichtete **Koordinierungskreis Umwelt** konnte aufgrund zahlreicher Umstrukturierungen und damit einhergehender Personalfuktuation auf dänischer Seite seine Funktion nur mit abnehmender Effektivität wahrnehmen. Bis jetzt wurden einige Anregungen für grenzüberschreitende Maßnahmen gegeben, z.B. im Rahmen einer Unterarbeitsgruppe Klimaschutz/Energie begleitend zu den Vorbereitungen der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009, zum Aal-Monitoring oder auch im Bereich von Natur- und Landschaftsführerausbildungen.

Zusammenarbeit im Bereich Raumplanung

Bereits kurz nach der Überwindung der politischen Teilung begann Anfang der 1990er Jahre die Zusammenarbeit zu Raumordnung und -entwicklung in der Ostseeregion, die darauf angelegt war und ist, diesem Raum ein Leitbild und konkrete Entwicklungsimpulse zu geben.

Im Jahr 1994 nahm die 3. Konferenz der für Raumordnung und -entwicklung zuständigen Minister von elf Ostseeanrainer- und -nachbarstaaten ein solches gemeinsames Leitbild unter dem Namen „**Vision and Strategies around the Baltic Sea 2010 - VASAB 2010**“ an. Es stellte gleichzeitig das erste Leitbild zur Raumentwicklung eines großen staatenübergreifenden Kooperationsraumes weltweit dar. Die Umsetzung dieses Leitbildes wurde danach durch gemeinsame Aktionen und Projekte vorangebracht. Die Bezeichnung „VASAB 2010“ steht seitdem als Synonym für diese Zusammenarbeit.

Im Herbst 2009 hat die Raumordnungsministerkonferenz der Ostseestaaten eine langfristige Strategie zur Raumentwicklung für die Ostseeregion (**Long-Term Perspective**) verabschiedet. Schwerpunkte dieser bis ins Jahr 2030 gerichteten Strategie sind die Förderung der Zusammenarbeit und bessere Erschließung der Innovationspotentiale der Städte und Regionen, effizientere Formen der räumlichen Organisation, insbesondere der Stadt-Land-Zusammenarbeit, die Verkehrsintegration und Verbesserung der Erreichbarkeit sowie die nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen und Förderung einer integrierten Entwicklung der Meeres- und Küstenregionen. Damit wird auch ein Beitrag zur Anwendung der Territorialen Agenda der Europäischen Union und der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ geleistet.

Raumordnerische Zusammenarbeit mit Dänemark

Die bereits mit der früheren Amtskommune Sønderjylland begonnene Kooperation der Landesplanung wurde auch mit der Region Syddanmark fortgesetzt und vertieft.

Die in den jährlichen Arbeitsplänen vereinbarte gegenseitige **Beteiligung bei der Aufstellung der jeweiligen Entwicklungspläne** ist durchgeführt worden. Die Landesplanung Schleswig-Holstein hat im Januar 2008 zur süddänischen Entwicklungsplanung eine positive Stellungnahme abgegeben. Dasselbe haben sowohl die Region Süddänemark als auch die großen Kommunen im südlichen Grenzbereich Dänemarks im Sommer/Herbst 2008 bezüglich des schleswig-holsteinischen Landesentwicklungsplans (LEP) getan.

Die Grundzüge des inzwischen in Kraft getretenen süddänischen Entwicklungsplanes wurden Vertretern aus der Staatskanzlei sowie dem Innen- und dem Wirtschaftsministerium Anfang Dezember 2008 im Rahmen eines Arbeitsgespräches erläutert.

Die gegenseitige Beteiligung an den jeweiligen Entwicklungsplanungen (Inkraftsetzung LEP; Initiativen aus dem süddänischen Entwicklungsplan) wird fortgesetzt. Darüber hinaus wird die begonnene Zusammenarbeit im Rahmen des **MORO¹-Projektes „Großräumige Partnerschaft“** mit Partnern aus der Region Syddanmark sowie der Informations- und Erfahrungsaustausch in Planungsangelegenheiten weitergeführt. Hierzu haben mehrere gemeinsame Workshops, in denen diverse für beide Seiten interessante und relevante Punkte - wie z.B. grenzüberschreitende Transport- und Logistikthemen unter Beteiligung auch der anderen in Schleswig-Holstein zuständigen Ressorts - behandelt wurden, stattgefunden.

Im gemeinsamen Arbeitsplan 2009/2010 ist als neues Projekt der Aufbau einer **grenzübergreifenden Statistikdatenbank** aufgenommen worden. Diese Datenbank soll als Grundlage für wirtschaftliche und politische Entscheidungen dienen und z.B. harmonisierte Daten zu Pendlerverflechtungen und Arbeitsmarktdaten enthalten. Vom dänischen Statistikamt, dem Statistikamt Nord und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sind für diese Datenbank bereits Vorarbeiten geleistet worden, die einen Stand erreicht haben, der es mittelfristig möglich machen wird, einen Antrag für ein grenzüberschreitendes INTERREG A²-Projekt auszuarbeiten. Hierfür werden zurzeit auf beiden Seiten der Grenze mögliche Partner gesucht.

2.7. Gezielte Nutzung wirtschaftlicher Chancen im Ostseeraum

Die Übersichten zur Einfuhr und Ausfuhr Schleswig-Holsteins (s. Anhänge 2 und 3) belegen eindrucksvoll die enge Verflechtung des Landes mit dem Ostseeraum. Sowohl der Anteil der **Einfuhr** als auch der **Ausfuhr** des Landes Schleswig-Holstein aus dem Ostseeraum hat sich in den Jahren 1999 bis 2009 **kontinuierlich erhöht**. Diese Aussage schließt auch das Krisenjahr 2009 mit ein, in dem die absoluten Zahlen nicht nur bundesweit sondern auch in Schleswig-Holstein stark zurückgegangen sind. Die Bedeutung unserer **Verflechtung mit dem Ostseeraum** wird im Jahre 2009 insofern eindrucksvoll bestätigt, als in diesem Jahr sowohl in der Einfuhr

¹ „MORO - Modellvorhaben der Raumordnung“ ist ein Bundesprogramm zur Unterstützung der Erprobung und Umsetzung innovativer raumordnerischer Handlungsansätze

² Über INTERREG A fördert die EU die grenzüberschreitende Zusammenarbeit benachbarter Gebiete

(33,6 %) als auch in der Ausfuhr (20,8 %) die höchsten Anteile des betrachteten Zeitraumes erreicht wurden.

Das **Wachstum auch in jüngster Zeit** bestätigt einmal mehr - unabhängig von den Schwankungen der Wirtschafts- und Finanzkrise - welche Bedeutung diese dynamische Wirtschaftsregion insgesamt für die Wirtschaft unseres Landes hat. Schleswig-Holstein konnte seine Rolle als Drehscheibe zwischen den Märkten West- und Nordosteuropas somit nutzen.

Die unter Kapitel 1.1 beschriebene Präsenz der Landesregierung im Ostseeraum dient ganz wesentlich auch der gezielten Nutzung wirtschaftlicher Chancen in dieser Region. Als weitere Aktivität sind das von der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH) betreute **Gemeinschaftsbüro in Moskau** sowie das von der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein unterhaltene **Firmengemeinschaftsbüro im Haus der Deutschen Wirtschaft in St. Petersburg** hervorzuheben.

Zusammenarbeit im Bereich Ernährungswirtschaft

Die **Nahrungsmittelindustrie** zählt im Ostseeraum zu den stärksten Branchen. Sie ist gekennzeichnet durch stabile Strukturen und birgt insbesondere mit Blick auf die Entwicklung des osteuropäischen Marktes erhebliche Potentiale.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie in der Ostseeregion zu fördern, haben sich unter Federführung der Wirtschaftsförderung Lübeck insgesamt 13 Partner (Netzwerke, Behörden und Hochschulen) aus Dänemark, Finnland, Litauen, Polen, Schweden und Deutschland zu der Kooperation „**Baltfood**“¹ zusammenschlossen. Die Kooperation ist zunächst ein auf drei Jahre (Oktober 2008 - Januar 2012) angelegtes Projekt im Rahmen des EU-Ostseeprogramms². Übergeordnetes Ziel ist es, das im Bereich der Ernährungsindustrie im Ostseeraum vorhandene Wissen zu vernetzen. Innerhalb der operativen Projektlaufzeit finden diverse Aktivitäten in den Schwerpunktbereichen Wissenschaft, Wirtschaft und regionale Vernetzung statt.

Im Wissenschaftsbereich „**baltscience**“ wird ein EDV-gestützter Forschungs- und Entwicklungsverbund für die Durchführung von länderübergreifenden Produkttests eingerichtet. Eine weitere Vertiefung mit der Bezeichnung „**baltregion**“ widmet sich

¹ Vgl. Seite 111

² Zum EU-Ostseeprogramm siehe Kapitel 1.4

der Identifizierung und Analyse von Schwerpunktbereichen und Verflechtungen der Ernährungsindustrie mit dem Ziel der Erarbeitung eines ‚Place Branding Konzeptes‘ für die Ernährungswirtschaft im Ostseeraum. „**baltbusiness**“ wiederum ist orientiert an den Bedürfnissen der Unternehmen und hat u.a. das Ziel, transnationale Ernährungstrends zu identifizieren.

Zusammenarbeit im Bereich Energie

Schleswig-Holstein wird für gezielte wirtschaftliche Aktivitäten im Ostseeraum auch weiterhin EU-Fördermöglichkeiten nutzen, um seine technologischen Kompetenzen einzubringen. Dabei wird das Konzept „Energiepolitik für Schleswig-Holstein“ (Energiekonzept der Landesregierung, März 2010) Leitschnur für wirtschaftliche Aktivitäten im Energiebereich werden.

U.a. folgende Betätigungsfelder bieten sich für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit im Ostseeraum an:

- verstärkte Nutzung der Windenergie on- und offshore
- Umsetzung von Energieeinspar- und Energieeffizienzmaßnahmen und Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung
- Nutzung von Bioenergie
- Zusammenarbeit bei der Energiespeicherung
- Energiemanagement in Kommunen und Unternehmen sowie
- Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit.

Multilaterale Projekte, die z.B. aus den INTERREG-Programmen (EU-Ostseeprogramm¹, INTERREG A²) gefördert werden, greifen gezielt einzelne Betätigungsfelder auf. Hierfür steht beispielsweise das folgende Projekt:

Urb.Energy (Energy Efficiency and Integrated Urban Development)

Das im Januar 2009 gestartete Projekt mit einer dreijährigen Laufzeit stellt die **Energieeffizienz** im Rahmen von integrierten Stadtentwicklungsmaßnahmen bzw. in Stadtteilen in den Vordergrund. Es baut auf Erkenntnissen des Vorläuferprojektes BEEN auf, das Ziele, Strategien und Instrumente zur Energieeinsparung im Wohnungsbestand der Ostseeregion entwickelt hatte.

Beteiligt an Urb.Energy sind 15 Partner aus den baltischen Staaten, Polen, Weißrussland und Deutschland. Aus Schleswig-Holstein ist das Wirtschaftsministerium

¹ Zum EU-Ostseeprogramm siehe Kapitel 1.4

² Über INTERREG A fördert die EU die grenzüberschreitende Zusammenarbeit benachbarter Gebiete

unter Einbeziehung der ARGE für zeitgemäßes Bauen, der Energieagentur Schleswig-Holstein, der Hansestadt Lübeck und des Lübecker Bauvereins beteiligt. Das Projekt wird aus dem **EU-Ostseeprogramm** gefördert.

Agrarfachliche Zusammenarbeit

Im Januar 2006 waren auf der Internationalen Grünen Woche neue **Memoranden** zwischen dem schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministerium und den Landwirtschaftsministerien von **Estland** und **Lettland** unterzeichnet worden. Ziel ist der Austausch von agrarpolitischen Positionen, von Fachleuten der Agrarverwaltung und der Agrarwirtschaft sowie der grenzüberschreitende Austausch von Jugendlichen aus dem ländlichen Raum.

Auf dieser Grundlage erfolgte im Sommer 2008 ein Besuch von 10 Verwaltungsbeamtinnen aus Estland, die über Personalmanagement und -entwicklung informiert wurden. Weitere Maßnahmen dieser Art sind in Vorbereitung (Innenrevision, Qualitätssicherungssysteme Ernährungswirtschaft).

Die Kooperation mit dem Gebiet **Kaliningrad** in den Bereichen Landwirtschaft, und (Hochschul-)Bildung ist stabil. Dazu gehört die Durchführung eines **Praktikantenprogramms** durch das Ministerium für Umwelt und ländliche Räume (MLUR), aus dem sich verschiedenste Kooperationen entwickelt haben (Vernetzung von mittlerweile vier Kaliningrader Ausbildungseinrichtungen mit seit 1999 jährlich ca. zwölf Teilnehmenden, Firmenkontaktbörse zusammen mit dem Hansebüro Kaliningrad¹, Hospitationen von Deutschlehrkräften aus Kaliningrad in Schleswig-Holstein und Einbeziehung junger Deutschlehrkräfte in den Deutschunterricht zur Vorbereitung der Bewerberinnen und Bewerber in Kaliningrad, in Schleswig-Holstein Einbindung von mehr als 20 Betrieben, der DEULA, des Lehr- und Versuchszentrums Futterkamp und des Landjugendverbandes). Anlässlich des **Partnerforums in Kaliningrad** Anfang Oktober 2009 wurde das MLUR durch APOLLO e.V., der die Agrarpraktika organisiert, vertreten.

Ein weiteres **Beratungsprojekt** unter Beteiligung der Kieler Agrarfakultät („Wertschöpfungskette Milch Kaliningrad“, Laufzeit bis 2011) ist im universitären Bereich zu nennen.

Anlässlich eines Treffens der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministerin mit ihrem neuen dänischen Kollegen im März 2010 wurde ein **Veterinärabkommen** un-

¹ Zum Hansebüro Kaliningrad siehe auch Seite 22

terzeichnet, in welchem sich beide Seiten Verbesserungen im Umgang mit Infektionskrankheiten von Haustieren zusichern (gegenseitige Information, gemeinsame Kontrolle, gemeinsame Übungen).

Arbeitsmarkt bezogene Zusammenarbeit mit Dänemark

Grenzüberschreitende Arbeitsmärkte sind von besonderer Bedeutung für die Entwicklung von Grenzregionen und neuer und größerer Wirtschaftsräume. Im Vordergrund steht für Schleswig-Holstein aufgrund der Nähe zu Dänemark die gezielte **Fortentwicklung des gemeinsamen Arbeitsmarktes** mit dem nördlichen Nachbarland. Der gemeinsame Arbeitsmarkt bietet eine Vielzahl von Chancen sowohl für Betriebe, als auch für Arbeitnehmer und Arbeitssuchende diesseits und jenseits der Grenze. Es gilt daher, gemeinsam mit den dänischen Partnern die Rahmenbedingungen des gemeinsamen Arbeitsmarktes so zu gestalten, dass diese Chancen genutzt werden können.

Die Zusammenarbeit der arbeitsmarktpolitischen Akteure beiderseits der Grenze ist im Rahmen des 2007 gegründeten **Deutsch-Dänischen Arbeitsmarktforums** deutlich intensiviert worden. Dieses Gremium hat sich bereits mit verschiedenen Problemstellungen auseinandergesetzt. Es wird auch weiterhin in gemeinsamen Treffen arbeitsmarktpolitische Themen begleiten und fortentwickeln.

Die Fortentwicklung des grenzüberschreitenden deutsch-dänischen Arbeitsmarktes wird durch die **Zunahme der Grenzpendler** belegt. Ging man im Jahr 2000 noch von insgesamt ca. 2.500 Pendlern aus (davon etwa zwei Drittel von Deutschland nach Dänemark), ist seitdem aufgrund einer stark angestiegenen Arbeitskräftenachfrage in Dänemark die Pendlerzahl in Richtung Norden erheblich gestiegen. Nach Angaben des Regionskontors Sønderjylland/Schleswig belief sich die Grenzpendlerzahl von Deutschland nach Dänemark gegen Ende des Jahres 2008 auf rund 18.100, in der Gegenrichtung waren es rund 1.200. Im Zuge der Wirtschaftskrise sind die Zahlen nach diesem Höchststand allerdings wieder zurückgegangen. Die letzte Schätzung nach dem Stand vom Dezember 2009 weist rund 12.900 Grenzpendler gen Norden aus, in der Gegenrichtung sind es rund 1.000 Pendler.

Eine der wesentlichen Einrichtungen ist das beim Regionskontor Sønderjylland/Schleswig in Padborg angesiedelte „**Infocenter Grenze**“. Ziel des Infocenters ist es, die Grenze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber durchlässiger zu machen, Informationen für Grenzpendler bereitzustellen und somit die Anzahl der Grenzpendler zu er-

höhen. Neben Arbeitsmarktfragen stellen Fragen zur Renten- und Krankenversicherung sowie zu Steuersystemen die Hauptthemen dar. Seit Anfang 2009 sind in der Kreisverwaltung Ostholstein in Eutin und im dänischen Holeby (Lolland) Fehmarnbelt-Regionsbüros als **Informations- und Beratungsstellen für Grenzpendlerfragen** von Bürgern, Unternehmen und Grenzpendlern tätig. Nach Vorbild des Infocenters Grenze in Padborg können sich hier vor allem Arbeitsuchende und Arbeitnehmer eingehend informieren.

Die grenzüberschreitende Mobilität wird im Rahmen des **Zukunftsprogramms Arbeit** der Landesregierung mit Projekten gefördert, die das Ziel haben, die Chancen und Möglichkeiten der Grenzregion für eine erweiterte berufliche Orientierung der jungen Generation auf einen neuen und größeren Wirtschaftsraum ohne Grenzen zu nutzen. Die Projekte tragen dazu bei, Arbeitslosigkeit zu vermeiden und die Qualifikationen und Kompetenzen der Teilnehmer zu stärken. Sie unterstützen damit das Querschnittsziel der Transnationalität. Vorrangig vermittelt werden sowohl interkulturelle Kompetenzen als auch dänische Sprachkenntnisse. Darüber hinaus werden Kontakte ermöglicht, die dazu geeignet sind, Bewerbungen und Beschäftigungsmöglichkeiten in Dänemark in Betracht zu ziehen.

Ein noch fortbestehendes wesentliches Hemmnis des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes ist die fehlende gegenseitige Anerkennung von Berufsausbildungen. Viele Akteure in der Region (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Berufsschulen, Gewerkschaften u. a.) bemühen sich seit Jahren, hier Fortschritte zu erzielen. Auf Initiative des schleswig-holsteinischen Arbeitsministeriums sind das zuständige Bundesbildungsministerium und die dänische Regierung aktiv geworden. Aktuell gibt es die Zusage der deutschen und der dänischen Bildungsministerien, eine gemeinsame **Erklärung zur Vergleichbarkeit von Berufsabschlüssen** zu erarbeiten. Die Unterzeichnung dieser Erklärung wird zum Sommer 2010 angestrebt.

Darüber hinaus sollen im Rahmen des deutsch-dänischen INTERREG A¹-Projektes „**Pontifex**“ konkrete Schritte unternommen werden, um auch Hindernissen in anderen Bereichen, die der Entwicklung des grenzüberschreitenden deutsch-dänischen Arbeitsmarktes entgegenstehen, zu überwinden. Vorgesehen ist, dass zwei Juristen beim Regionkontor Sønderjylland/Schleswig in Padborg mit der Aufgabe betraut werden, Systemunterschiede und Mobilitätshürden zu identifizieren, systematisch juristisch zu analysieren und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. So soll die Grenze durchlässiger und die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die

¹ Über INTERREG A fördert die EU die grenzüberschreitende Zusammenarbeit benachbarter Gebiete

Freizügigkeit des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes erhöht werden. Das auf gut zwei Jahre ausgelegte Projekt hat Ende des ersten Quartals 2010 die Arbeit aufgenommen.

2.8. Nutzung der Hochschulkooperation zum Ausbau der „Wissensregion Ostsee“

Die schleswig-holsteinischen Hochschulen bauen ihre Kooperationen im Ostseeraum kontinuierlich aus und leisten einen bedeutenden Beitrag zum Ausbau der „**Wissensregion Ostsee**“. Die Hochschulangehörigen, d.h. Dozenten, Studierende sowie Mitarbeiter, werden durch eine Vielzahl von EU- und Landesprogrammen bei ihren Kooperationsvorhaben gefördert, sie werden dadurch zu einer Schnittstelle zwischen den Kulturräumen.

• Aktivitäten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU)

Bedingt durch ihre geografische Lage fühlt sich die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel besonders den Ländern Skandinaviens und des Ostseeraumes verbunden. Darüber hinaus ist die Universität durch ein weit gespanntes Netz internationaler Beziehungen mit der gesamten Welt der Wissenschaft verknüpft. Mit 41 Hochschulen in Europa, Amerika und Asien sind **Partnerschaftsverträge** geschlossen, darunter mit 15 Universitäten in den Ostseeanrainerstaaten.

Kiels Lage am offenen Meer begründet die breit ausgebaute und international hervorragend ausgewiesene Meeresforschung, die sich eng mit anderen Disziplinen vernetzt. Biologen, Chemiker, Geologen oder Physiker: alle, die sich für die Geheimnisse in den Tiefen der Meere interessieren, finden in der Universität und den angegliederten Instituten optimale Arbeitsbedingungen.

Das Baltische Binnenmeer steht im Mittelpunkt unterschiedlicher Projekte aus fast allen wissenschaftlichen Bereichen. Die intensive fachübergreifende Beschäftigung mit Rechts- und Sozialsystemen, Geschichte, Sprachen und Literaturen Nordosteuropas spiegelt den **Kristallisationspunkt "Ostseeraum"**, für den sich die Kieler Uni besonders stark macht.

Als "**Universität an der Ostsee**" sollen die Hochschulpartnerschaften im Ostseeraum gezielt gepflegt und auf der Basis von formalisierten Partnerschaften auf Leitungsebene etabliert werden. Als Ergänzung zu diesen bilateralen Verbindungen sol-

len verstärkt auch multilaterale Netzwerke auf- und ausgebaut werden. Dabei kommt den „**synergetischen Partnerschaften**“ (China, Ostseeraum, Universitäten in Partnerstädten Kiels etc.) eine besondere Bedeutung zu. Hier ist die CAU weiterhin bestrebt, die Vernetzung mit den Partnern auf lokaler bzw. regionaler Ebene weiter zu verstärken.

Die internationale Zusammenarbeit der CAU im wissenschaftlichen Bereich fügt sich insofern in einen größeren Rahmen politischer, kultureller und wirtschaftlicher Kooperation, die auch von der Landesregierung des Landes Schleswig-Holstein als Schwerpunkt und Entwicklungsaufgabe gewertet wird. Ähnliches gilt auch für die Landeshauptstadt Kiel, die mehrere **Städtepartnerschaften** zu Städten im Ostseeraum unterhält: Gdynia/Polen, Kaliningrad/Russland, Sovetsk/Russland, Stralsund/Deutschland, Tallinn/Estland und Vaasa/Schweden.

Gleichzeitig unterhält auch die CAU einige **Hochschulpartnerschaften** mit Hochschulen in diesen Partnerstädten, so z.B. mit der Immanuel Kant Universität Kaliningrad und der Universität Tallinn. Die jährlich von der Stadt Kiel angebotenen „**Stadt-Kiel-Stipendien**“ für 5 bis 10-monatige Studienaufenthalte in Kiel werden von der CAU im Ostseeraum (Baltische Staaten, Russland/Region Kaliningrad und St. Petersburg) ausgeschrieben und von der CAU im Auftrag der Stadt Kiel an Studierende aus dieser Region vergeben. Gleiches gilt für die jährliche Vergabe von Stipendien der Landesregierung für Studierende und Doktoranden der Immanuel-Kant Universität Kaliningrad.

Des weiteren werden auch die jährlich von der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche angebotenen **Stipendien für Studierende der Theologischen Fakultäten der Universitäten in Klaipeda/Litauen, Riga/Lettland und Tartu/Estland** für Studien- und Forschungsaufenthalte in Kiel von der CAU ausgeschrieben und von der CAU im Auftrag der Kirche an Studierende der o.g. drei Hochschulen vergeben.

Ausgewählte Aktivitäten/Bereiche der CAU-Aktivitäten im Ostseeraum im Zeitraum Juli 2008 bis April 2010:

Kooperation mit Dänemark

Die Hochschulzusammenarbeit im Rahmen der seit 1965 bestehenden Ständigen **Dänischen Gastprofessur** wurde im Berichtszeitraum fortgeführt.

Weitere im Rahmen der Partnerschaften bestehenden Kooperationen und Projekte wurden im Berichtszeitraum fortgeführt. Als besondere Aktivitäten sind hier die Zusammenarbeit im Rahmen der **Baltic Summer School**¹ zu erwähnen sowie die Aktivitäten im Rahmen des neu abgeschlossenen Partnerschaftsvertrages mit der Süddänischen Universität.

Im November 2006 wurde ein **Hochschulpartnerschaftsvertrag mit der Universität Süd-Dänemark** abgeschlossen (mit Hauptsitz in Odense). In den Folgejahren gab es mehrere gemeinsame Treffen von Vertretern beider Hochschulen sowohl in Kiel als auch in Dänemark, um die Möglichkeiten der studentischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu erörtern. Diese Treffen waren zum Teil eingebunden in die Delegationstreffen der Landesregierung mit den Repräsentanten der Region Syddanmark.

Zwecks Intensivierung der Zusammenarbeit wurde im April 2009 ein **gemeinsames Sekretariat** eingerichtet, welches die Kooperationsaktivitäten koordiniert („Wissensregion Süddänemark/Schleswig-Holstein“) und allgemeine Unterstützung (z.B. bei Förderanträgen) leistet. Eingebunden sind in dieses Projekt von deutscher Seite auch die Fachhochschule Kiel, die Hochschulen in Flensburg sowie das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein. Im Rahmen der Zusammenarbeit werden Forschungsk Kooperationen in den Bereichen Energie, Geschichte, Nanotechnologie, Meereswissenschaften, Medizin/Gesundheitsvorsorge, Didaktik und im Bereich des Technologietransfers angestrebt.

Kooperation mit Norwegen

Norwegen ist Schwerpunkt im Rahmen der Zusammenarbeit. Seit 1986 existiert an der CAU das „**Deutsch-Norwegische Studienzentrum**“, dem die norwegischen Universitäten Oslo, Bergen, Trondheim, Tromsø sowie die norwegische Wirtschaftsuniversität Bergen angehören. Im Rahmen der Zusammenarbeit werden u.a. jährlich bis zu neun mehrwöchige Sprach- und Fortbildungsaufenthalte für norwegische Studierende an der CAU organisiert.

¹ Vgl. Seite 105

Kooperation mit Schweden

Die im Rahmen der Partnerschaften bestehenden Kooperationen und Projekte wurden im Berichtszeitraum fortgeführt. Zu erwähnen ist die Zusammenarbeit im Rahmen der **Baltic Summer School**¹.

Kooperation mit Finnland

Die im Rahmen der Partnerschaften bestehenden Kooperationen und Projekte wurden im Berichtszeitraum fortgeführt.

Kooperation mit Estland

Die im Rahmen der Partnerschaften bestehenden Kooperationen und Projekte mit der Universität Tallinn und der Universität Tartu wurden im Berichtszeitraum fortgeführt. Besonders erwähnenswerte Aktivitäten mit der Universität Tartu waren im Berichtszeitraum:

Die Nordelbisch Evangelisch-Lutherische Kirche war in der Vergangenheit maßgeblich am **Wiederaufbau der Theologischen Fakultät an der Universität Tartu** engagiert. Auch im Berichtszeitraum unterstützte die Kirche die Austauschaktivitäten mit der Universität Tartu. Es wurden wieder mehrere Stipendien für Theologie-Studierende/Graduierte der Universität Tartu zur Teilnahme am **Internationalen Sommerkurs**, zu mehrwöchigen Forschungsaufenthalten und zu Semesterstudienaufenthalten in Kiel zur Verfügung gestellt. Ähnlich wie bei den Stadt-Kiel-Stipendien läuft das Bewerbungs- und Auswahlverfahren der Stipendiaten über das International Center der Universität Kiel.

Unter Leitung des Kieler Universitätspräsidenten reiste im November 2009 eine Delegation der Universität Kiel, bestehend aus neun Wissenschaftlern und zwei Vertretern des International Centers, zu einem **Besuch der Universität Tartu**. Die Christian-Albrechts-Universität war im Jahr 2009 die deutsche Partnerhochschule der jährlich an der Universität Tartu stattfindenden **deutsch-estnischen akademischen Woche „ACADEMICA“**. Die Kieler Wissenschaftler aus acht verschiedenen Fakultäten hielten jeweils Gastvorträge in den Tartuer Instituten und führten Gespräche über neue bzw. intensivere Kooperationsmöglichkeiten. Der Besuch sollte neben der Festigung der bestehenden Kontakte zwischen den Partnerhochschulen auch der Anbahnung neuer Kooperationen dienen. Daher waren auch Fachbereiche dabei, die bislang noch keinen Austausch mit der Universität Tartu hatten (z.B. Medizin und Nanowissenschaften). Der Bereich der Nanowissenschaften ist ein neuer Förder-

¹ Vgl. Seite 105

schwerpunkt der Universität Kiel. Es wurden in Tartu Gespräche geführt, um Möglichkeiten einer zukünftigen Zusammenarbeit in diesem Bereich zu erörtern. Für den Mai 2010 ist ein **Gegenbesuch einer größeren Tartuer Delegation** in Kiel geplant, darunter ist auch ein Wissenschaftler aus dem Bereich der Nanowissenschaften, der den Kieler Arbeitsbereich kennen lernen möchte und mögliche erste Projekte mit den Kieler Fachkollegen diskutieren wird.

Kooperation mit Lettland

Die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche ist auch an Austauschaktivitäten mit Studierenden/Graduierten der Universität Lettlands in Riga beteiligt. Es wurden mehrere **Stipendien für Theologie-Studierende/Graduierte der Universität Lettlands** zur Teilnahme am Internationalen Sommerkurs und zu mehrwöchigen Forschungsaufenthalten in Kiel zur Verfügung gestellt. Auch hier läuft das Bewerbungs- und Auswahlverfahren über das International Center der Universität Kiel.

Kooperation mit Litauen

Die im Rahmen der Partnerschaften bestehenden Kooperationen und Projekte wurden im Berichtszeitraum fortgeführt. Die Möglichkeit der **Durchführung von Famulaturen von CAU-Studierenden der Medizin an der Partnerhochschule in Kaunas** wurde erfolgreich fortgeführt (jedes Jahr drei Wochen im September).

Die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche ist auch an Austauschaktivitäten mit Studierenden/Graduierten der Universität Klaipeda beteiligt. Es wurden mehrere **Stipendien für Theologie-Studierende/Graduierte der Universität Klaipeda** zur Teilnahme am Internationalen Sommerkurs in Kiel zur Verfügung gestellt. Das Bewerbungs- und Auswahlverfahren der Stipendiaten läuft über das International Center der Universität Kiel.

Kooperation mit Russland

Die **Zusammenarbeit der CAU mit der Staatlichen Universität St. Petersburg** (SPbU), mit der seit September 2003 ein **Hochschulpartnerschaftsvertrag** besteht, konnte im Berichtszeitraum intensiviert werden. Der Direktor des Instituts für Osteuropäisches Recht an der CAU steht mit Kollegen der Juristischen Fakultät der SPbU seit vielen Jahren in laufendem Kontakt. Seit dem Jahr 2002 gibt es eine **Fakultätspartnerschaft beider Rechtswissenschaftlichen Fakultäten**. Die Juristische Fakultät der SPbU ist Gründungspartner des Deutsch-Russischen Juristischen Instituts.

Der **internationale Masterstudiengang POMOR** an der Universität St. Petersburg bildet seit dem Wintersemester 2002/2003 Studierende in modernen angewandten Themenfeldern der Polar- und Meereswissenschaften aus. POMOR wurde in Anlehnung an den Masterstudiengang „Geosciences“ der Universität Bremen konzipiert und wird seit 2002 in Kooperation mit den Universitäten Greifswald, Hamburg, Kiel, Potsdam und Rostock, sowie dem Institut für Ostseeforschung Warnemünde, dem Arctic and Antarctic Research Institute St. Petersburg und dem Otto-Schmidt-Labor in St. Petersburg (OSL) angeboten. Aufbauend auf den Disziplinen Ozeanographie, Biologie und marine Geowissenschaften werden natur-, ingenieurs- und wirtschaftswissenschaftliche Aspekte vermittelt. Der Studiengang schließt mit einem Master of Science in angewandten Polar- und Meereswissenschaften ab. Das Studium findet hauptsächlich an der Fakultät für Geographie und Geoökologie der Staatlichen Universität St. Petersburg und am kooperierenden OSL statt.

Das **Mineralogisch-Petrographische Institut und Museum der CAU** kooperiert gleichfalls seit vielen Jahren intensiv mit der SPbU, unter anderem bei der Abwicklung mehrerer Projekte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, bei der Veranstaltung von Exkursionen und Workshops.

Die im Rahmen der Partnerschaften bestehenden **Kooperationen und Projekte mit der Immanuel-Kant-Universität Kaliningrad** wurden im Berichtszeitraum fortgeführt. Neben den normalen Austauschaktivitäten fanden mehrere Exkursionen mit Studierendengruppen statt.

Kooperation mit Polen

Unter den Hochschulpartnerschaften der CAU mit polnischen Hochschulen (u.a. Medizinische Universität Posen und Wirtschaftsuniversität Warschau) nimmt die **Partnerschaft mit der Adam-Mickiewicz-Universität Posen** einen besonderen Platz ein. Sie ist seit vielen Jahren die an Umfang und Zahl des Austausches eindeutig intensivste Hochschul-Partnerschaft der CAU. Es bestehen vielfältige Kontakte und Austauschaktivitäten zwischen Kieler und Posener Wissenschaftlern der verschiedensten Fachbereiche. Darüber hinaus existiert ein jährlich festgelegtes **Austauschprogramm**.

ERASMUS¹-Partnerschaften

Die Zahl der ERASMUS-Partnerschaften ist im Berichtszeitraum abermals (trotz regelmäßiger Evaluation mit Streichung nicht aktiver Beeiche) leicht gestiegen: Für 2009/10 liegen insgesamt 203 Sammelabkommen und 366 Einzelabkommen vor. Von diesen 366 Einzelabkommen wurden 132 Abkommen mit Hochschulen in Ostseeanrainerstaaten geschlossen. Dies sind 36 % aller bilateralen **ERASMUS-Abkommen**. Für 2008/09 lagen 353 Einzelabkommen bei 193 Sammelabkommen vor, davon entfallen 125 Einzelabkommen auf Hochschulen in Ostseeanrainerländern, d.h. rund 35 % aller Hochschulabkommen wurden mit Ostseeanrainerstaaten geschlossen. Innerhalb der Ostseeanrainerstaaten liegen für das akademische Jahr 2009/10 die meisten Einzelabkommen mit Dänemark (29), Schweden und Polen (je 23), sowie Finnland (19) vor.

Im Rahmen des **Dozentenaustauschs** haben im Jahre 2009/10 vier Kieler Dozenten einen Lehrauftrag an einer Hochschule im Ostseeraum erhalten: drei in Polen und einer in Dänemark. 2008/09 wurden fünf Lehraufträge von kurzer Dauer im Rahmen des ERASMUS-Programms an Hochschulen im Ostseeraum durchgeführt: drei in Polen und zwei in Litauen. Damit sind insgesamt rund ein Viertel der im Rahmen des ERASMUS-Programms an Dozenten vergebenen Lehraufträge an Dozenten der Christian-Albrechts-Universität vergeben worden.

Im Rahmen des **Studentenaustauschs** sind im Jahre 2009/10 116 Studierende zum Studium an Hochschulen im Ostseeraum gegangen. Dies sind 35 % aller Auslandsstudierenden im Rahmen des ERASMUS-Programms. Hauptzielländer waren Schweden mit 42 Studierenden, gefolgt von Dänemark (31), Norwegen (17), Finnland (15) und Polen (10).

Bei den Gaststudierenden ist ein gegenläufiger Trend festzustellen, die Zahlen waren in den letzten Jahren stark rückläufig: 2009/10 haben sich insgesamt 78 Gaststudierende an der CAU eingeschrieben. Die meisten Studierenden kamen aus Frankreich (15), Spanien (11) und Polen (9). Im akademischen Jahr 2008/09 waren es 81 Gaststudierende: aus Polen (18), Frankreich (15) und Spanien (10).

Insgesamt kann jedoch festgestellt werden, dass der Austausch mit Hochschulen in Ostseeanrainerstaaten innerhalb des ERASMUS-Programms sehr intensiv und die Ostseeregion ein Schwerpunkt des Austausches ist.

¹ Das EU-Hochschulprogramm ERASMUS fördert die grenzüberschreitende Mobilität von Studierenden, Dozenten und anderem Hochschulpersonal sowie von Unternehmenspersonal

Multilaterales Programme/Projekte

Die **Baltic Summer School** wurde unter dem 6. EU-Forschungsrahmenprogramm (Marie-Curie-Programm) in den Jahren 2006 bis 2009 von den Medizinischen Fakultäten der Universitäten Kiel, Kopenhagen und Lund ausgerichtet. Gegründet wurde die Baltic Summer School bereits im Jahre 1999, finanziell unterstützt durch die EU, durch Sponsoren und durch die Gründungsuniversitäten.

Ziel der Summer School ist eine qualifizierte Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der theoretischen und praktischen Medizin durch Zusammenfassung des Expertenwissens der beteiligten Fakultäten, eine enge Kooperation im wissenschaftlich hochaktiven Forschungsraum Ostsee, die Rekrutierung qualifizierten Nachwuchses durch internationale Ausschreibung und Einladung von Gastprofessoren zur Kontaktentwicklung auf höchstem internationalen Standard. Das Projekt lief 2009 aus.

- **Aktivitäten der Universität Flensburg**

Die Universität Flensburg hat im Berichtszeitraum die Kooperationen im Bereich Studierenden-, Dozenten- und Personalmobilität mit Hochschulen im Ostseeraum (Dänemark, Finnland, Polen, Schweden und Lettland) fortgeführt. Hinzugekommen sind die schwedischen **Partner-Universitäten** Linköping und Kristianstad im Bereich Pädagogik/Lehrerausbildung. Ca. 23 % aller **ERASMUS¹-Gaststudierenden** kamen aus Ostseeanrainerstaaten (vor allem Polen), während nur ca. 11 % der Auslandsstudierenden an diese Partnerhochschulen vermittelt wurden (vor allem Schweden).

Besondere Bedeutung kommt nach wie vor der **Kooperation mit der Süddänischen Universität** zu. Die folgenden **gemeinsamen Studiengänge** wurden fortgeführt:

- **Kultur- und Sprachmittler (KSM):** Bei diesem gemeinsamen Studiengang findet das sechssemestrige BA-Studium in Sønderborg statt. Anschließend haben die Studierenden die Möglichkeit, weitere drei Semester in Flensburg zu studieren und das Studium mit einem Diplom abzuschließen. Seit 2008/09 bietet die Universität Flensburg den akkreditierten Masterstudiengang „Kultur, Sprache, Medien“ an. In diesen Studiengängen sind derzeit 172 Studierende immatrikuliert.

¹ Das EU-Hochschulprogramm ERASMUS fördert die grenzüberschreitende Mobilität von Studierenden, Dozenten und anderem Hochschulpersonal sowie von Unternehmenspersonal

- **European Studies:** Dieser INTERREG A¹-geförderte kooperative Studiengang wird in der Bachelor-Phase an der Süddänischen Universität angeboten, der darauf aufbauende Masterstudiengang an der Universität Flensburg (81 Studierende im Wintersemester 2009/10).
- **Internationales Management** mit Abschluss Bachelor (426 Studierende im Wintersemester 2009/10) und
- **Management Studies** mit Abschluss Master (111 Studierende im Wintersemester 2009/10).

Projekte

Die gemeinsame Einrichtung der Universität Flensburg und des Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) für Unterrichtsentwicklung, Lernkultur und Evaluation - EULE - hat in Kooperation mit der Deutschen Auslandsgesellschaft mit Sitz in Lübeck ein Programm für Lehramtsstudierende aus Polen und Schweden entwickelt. Im Rahmen eines zehnwöchigen „**Mini-Referendariats**“ absolvieren angehende Deutschlehrerinnen und -lehrer aus Polen und Schweden ein umfangreiches Praktikums- und Seminarprogramm mit dem Ziel, sich auf ihren späteren Beruf mit einem Aufenthalt in Deutschland vorzubereiten.² Die finanzielle Förderung erfolgt durch das Auswärtige Amt.

Gemeinsam mit der Süddänischen Universität, der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und der Fachhochschule Flensburg arbeitet die Universität Flensburg seit 2008 im **Projekt „Wissensregion“** zusammen. Das eingerichtete Sekretariat hat zum Ziel, die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft in der Grenzregion zu fördern, zu stärken und zu vernetzen.

Das **INTERREG A-Projekt „FURGY³“** (seit Mai 2009) an der Universität Flensburg befasst sich mit erneuerbaren Energien und wird gemeinsam mit der Süddänischen Universität umgesetzt.

Das **Projekt GENDER + ETHNIC** läuft seit April 2010 im Rahmen des EU-Förderprogramms GRUNDTVIG⁴ und wird gemeinsam mit dem CFL (Centre for Flexible Learning) Söderhamn/Schweden durchgeführt. Federführend an der Universität Flensburg ist das Institut für Germanistik, Projektinhalt sind Aspekte der frühkindlichen Erziehung.

¹ Über INTERREG A fördert die EU die grenzüberschreitende Zusammenarbeit benachbarter Gebiete

² Vgl. Seite 69

³ Vgl. Seite 87

⁴ Das EU-Programm GRUNDTVIG fördert die allgemeine Erwachsenenbildung

- **Aktivitäten der Fachhochschule Flensburg**

Die Fachhochschule Flensburg (FH Flensburg) hat ihre langjährigen **Kooperationen mit Hochschulen in Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden** weitergeführt. Diese durch das EU-Programm ERASMUS¹ geförderten Kooperationen bestehen vor allem im Austausch von Studierenden und Dozenten sowie in der Zusammenarbeit in Forschung und Lehre. Gaststudierende aus den baltischen Ländern und Polen konnten weiterhin das vom Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr geförderte und von der InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH) durchgeführte **Programm „Studien- und Praxisjahr in Schleswig-Holstein“** nutzen.

In Dänemark konnte mit der Universität Kopenhagen eine neue Partnerhochschule im Bereich Biotechnologie - Verfahrenstechnik gewonnen werden. Mit der West Pomeranian Business School, Szczecin, fand 2008/2009 erstmals ein wechselseitiger Dozentenaustausch im Bereich Betriebswirtschaft statt.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Projekte durchgeführt bzw. begonnen:

Fachgebiet Biotechnologie

- **„Lab-on-chip-Technik** zur Qualitätskontrolle in der Lebensmittel- und Bioindustrie“ (INTERREG IV A-Projekt). Projektpartner sind die Fachhochschulen Flensburg und Kiel und die Süddänische Universität in Sønderborg. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung, Ausbildung, Innovation und Technologie-Transfer soll eine "Lab-On-Chip"-Technologie zum Nachweis von Mikroorganismen entwickelt werden.

Fachgebiet Krankenhausmanagement und eHealth

- **„Schlafstörungsversorgungsforschung** im Grenzgebiet zwischen Dänemark und Deutschland“ (INTERREG III A-Projekt). Projektpartner sind die FH Flensburg, das Malteser Krankenhaus St. Franziskus-Hospital Flensburg und das Damp Sundhedscenter Tønder. Als Abschluss des von der FH-Flensburg koordinierten Projektes wurde im November 2008 ein deutsch-dänisches Symposium zum Thema Schlafstörungen veranstaltet.
- **„eHealth for Regions (eH4R)“**. Die FH Flensburg hat 2008 das Management-Sekretariat des eH4R-Netzwerks mit Partnern aus Dänemark, Finnland, Litauen, Polen, Schweden und Schleswig-Holstein übernommen. Ziel des

¹ Das EU-Hochschulprogramm ERASMUS fördert die grenzüberschreitende Mobilität von Studierenden, Dozenten und anderem Hochschulpersonal sowie von Unternehmenspersonal

Netzwerkes ist es, gemeinsame Projekte bei der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen durchzuführen und den Erfahrungsaustausch zu fördern.

- „Cross-border Collaboration on Population Breast Health in South Denmark and Schleswig-Holstein“ (INTERREG IV A-Projekt). Leadpartner ist die FH Flensburg, weitere Projektpartner kommen aus Schleswig-Holstein und Süddänemark. Das Projekt hat eine Laufzeit von 2008 bis 2010 und ein Finanzvolumen von 1,4 Mio. €. Ziel des Projekts ist eine **Verbesserung der Diagnose und Therapie von Brustkrebs** durch Vernetzung in einem grenzüberschreitenden Brustkrebs-Zentrum.
- „**ICT for Health** in European regions with aging and declining population“ (INTERREG IV B Ostsee-Projekt)¹. 2009 erhielt die FH Flensburg den Zuschlag für das Projekt und übernahm die Rolle des Leadpartners. Beteiligt sind 20 Partner aus acht Ländern des Ostseeraums (Dänemark, Finnland, Litauen, Norwegen, Polen, Schweden, Russland und Deutschland). Das Projekt hat eine Laufzeit von 2010 bis 2013 und ein Finanzvolumen von 3,4 Mio. €. Im Rahmen des Projekts soll erforscht werden, welche **Möglichkeiten eHealth-Technologien für die Versorgung einer älter werdenden Bevölkerung** bieten.
- „Stärkung der Patientensicherheit zwischen Dänemark und Deutschland“ (INTERREG IV A-Projekt). Projektpartner sind Krankenhäuser im nördlichen Schleswig-Holstein und südlichen Dänemark. Die Fördersumme beträgt 794.000 €, das Gesamtbudget beläuft sich über ca. 1,3 Mio. €. Projektstart war im Mai 2009. Ziel des Projektes ist es, Maßnahmen zur **Verbesserung der Patientensicherheit** in den Grenzregionen Dänemarks und Deutschlands vergleichend zu bewerten und Strategien zu erarbeiten, wie die Vorzüge des dänischen Systems im Bereich Patientensicherheit mit den positiven Aspekten der verschiedenen deutschen Netzwerke auf Dauer verbunden werden können.
- „**Virtuelle Akademie für Innovatives und Lebens Langes Lernen** (VAILLL)“ (INTERREG IV A-Projekt). 2009 erhielt die FH Flensburg den Zuschlag für das Projekt und übernahm die Rolle des Leadpartners. Weitere Partner sind University College Süddänemark, Innovationshus Syd und AluCluster in Dänemark sowie die Wirtschaftsakademie (WAK) Schleswig-Holstein. Die Fördersumme beträgt ca. 737.000 €, die Projektdauer 2010 bis 2012. Das Projekt hat sich die **Verbesserung der beruflichen Bildung in der deutsch-**

¹ Vgl. Seite 120

dänischen Grenzregion durch internetbasierte, qualifizierte, mehrsprachige Lernmodule zum Ziel gesetzt.

- **Aktivitäten der Fachhochschule Kiel**

Die Fachhochschule Kiel (FH Kiel) praktiziert im Rahmen des EU-Programms ERASMUS¹ einen intensiven und **langjährigen Studierenden- und Dozenten/innenaustausch** in den Fachbereichen Informatik und Elektrotechnik, Maschinenwesen, Medien, Soziale Arbeit und Gesundheit sowie Wirtschaft mit Hochschulen in Dänemark, Estland, Finnland, Litauen, Polen, Schweden und Russland. Vier von den fünf ersten Plätzen der Zielländer-Statistik des ERASMUS-Programms an der FH Kiel werden von Ostseeanrainern belegt.

In **ERASMUS-Intensivprogrammen im Bereich Informatik und Elektrotechnik sowie Wirtschaft** kooperiert die Fachhochschule Kiel mit Hochschulen in Estland, Finnland und Polen. Im Rahmen des englischsprachigen „**European Project Semesters**“ im Bachelor-Studiengang „Internationales Vertriebs- und Einkaufsingenieurwesen“ wurde der Studierendenaustausch mit Partnerhochschulen in Dänemark (Copenhagen University College), Norwegen (Oslo University College) und Polen (Technische Universität Lodz) fortgesetzt.

Seit 1995 führt die FH Kiel einen **Studierenden- und Dozenten/innenaustausch mit der Technischen Universität Kaunas/Litauen** durch. Das schleswig-holsteinische Wissenschaftsministerium vergibt seit 2002 Stipendien für elf ausländische Studierende aus den Baltischen Republiken. Das **Stipendiatenprogramm der Landesregierung** hat zum Ziel, die bestehenden Hochschulpartnerschaften zwischen Hochschulen in Polen, Estland, Lettland und Litauen und den schleswig-holsteinischen Fachhochschulen in Heide, Lübeck, Flensburg und Kiel auszubauen und zu intensivieren. Gleichzeitig trägt das Programm dazu bei, das Studium und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Baltikum und Schleswig-Holstein zu internationalisieren. Die Fachhochschule Kiel beteiligt sich im Studiengang „Internationales Vertriebs- und Einkaufsingenieurwesen“ mit drei Studienplätzen für Studierende der Technischen Universität Kaunas in Litauen. Sie werden organisatorisch betreut durch die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt).

¹ Das EU-Hochschulprogramm ERASMUS fördert die grenzüberschreitende Mobilität von Studierenden, Dozenten und anderem Hochschulpersonal sowie von Unternehmenspersonal

Das **INTERREG IV A-Projekt „Wissensregion“** ist unter Beteiligung der FH Kiel im Berichtszeitraum angelaufen. Weitere Projekte in Zusammenarbeit mit Ostseeanrainern zielen auf den Einsatz von Nanowissenschaften in der Lebensmittelüberwachung (Projekt "Lab-on-chip"¹), auf medizintechnischem Gebiet auf die Entwicklung von Diagnosehilfen (Projekt "Osteoporose", abgeschlossen) und auf kulturellem Gebiet auf die Aufbereitung regionaler Informationen (Projekt "Virtuelles Museum"). Die erfolgreiche Unterstützung von Forscherinnen und Forschern durch das gemeinsame Büro der Wissensregion hat in Dänemark und Deutschland seit 2008 zu weiteren Beantragungen für Forschungsprojekte an der FH Kiel geführt.

Projekt Northern Maritime University

Das Projektvorhaben im Rahmen des INTERREG IV B-Nordseeprogramms² "Northern Maritime University - NMU", das 2008 startete, wurde an der FH Kiel im Berichtszeitraum zur Unterstützung der Zielsetzung der Landesregierung für eine integrative Meerespolitik umgesetzt. Unter der Dachmarke „Northern Maritime University“ werden die **seeverkehrswirtschaftlichen Kompetenzen** in Lehre, Forschung und Entwicklung der schleswig-holsteinischen Fachhochschulen in Kiel, Flensburg und Lübeck mit Hochschulen aus Dänemark, Estland, Großbritannien, Norwegen, Polen und Schweden gebündelt. In Ergänzung wird auch Russland - im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI) - mit der Admiral Makarov State Maritime Academy, St. Petersburg am Projekt beteiligt.

Das Ziel des Netzwerks ist es, der maritimen Wirtschaft ein breites Spektrum an Dienstleistungen im Bildungs-, Forschungs- und Beratungsbereich zu bieten. Die NMU-Partner werden ihre seeverkehrswirtschaftlichen Module in einen gemeinsamen Pool einbringen und aufeinander abstimmen. Auf der Basis einer umfassenden Qualifikationsbedarfsanalyse und in enger Abstimmung mit den Interessenvertretern (u. a. Reedereien, Hafenunternehmen sowie deren Verbänden) werden weitere relevante Lerninhalte entwickelt und in Pilotläufen getestet. Am Ende der Projektlaufzeit soll ein gemeinsames **seeverkehrswirtschaftliches Curriculum** etabliert sein. Die Akteure der maritimen Wirtschaft können die Bildungsangebote des NMU-Verbundes nutzen und darüber hinaus auf das eingerichtete maritime Experten-Panel zugreifen.

¹ Vgl. Seite 107

² EU-Programm zur Förderung der transnationalen Zusammenarbeit im Nordseeraum

- **Aktivitäten der Fachhochschule Lübeck**

Die Fachhochschule Lübeck (FH Lübeck) unterhält im Rahmen des EU-Programms ERASMUS¹ einen **Studierenden- und Dozenten/innenaustausch** mit Hochschulen in Dänemark, Finnland, Litauen, Polen und Schweden.

Die FH Lübeck beteiligt sich am **Stipendiatenprogramm der Landesregierung**, welches zum Ziel hat, Kontakte zwischen Hochschulen in Polen, Estland, Lettland und Litauen und den schleswig-holsteinischen Fachhochschulen auszubauen und zu intensivieren. Gleichzeitig trägt das Programm dazu bei, das Studium und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Baltikum und Schleswig-Holstein zu internationalisieren. Die Stipendiaten werden organisatorisch betreut durch die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt).

Baltic Sea Virtual Campus

Die Fachhochschule Lübeck/on campus ist Mitglied im Verbund Baltic Sea Virtual Campus (BSVC), einer Kooperation internationaler Hochschulen aus dem Ostseeraum, die gemeinsam internationale **interdisziplinäre Online-Qualifizierungsangebote** entwickeln und betreiben.

Die Verbundmitglieder stellen sich gegenseitig die bei ihnen entwickelten Lern-Module zur Nutzung zur Verfügung. Zur Durchführung des **Online-Fernstudiums** nutzen die Hochschulen eine gemeinsame technische und organisatorische Infrastruktur. Die hochverfügbar ausgelegten Systeme für die Kursbereitstellung und die Lernumgebung werden an den Standorten Lund/Schweden und Lübeck betrieben.

INTERREG IV Ostseeprojekt BaltFood

Die Fachhochschule Lübeck/on campus beteiligt sich im Rahmen des EU-Ostseeprogramms² an dem Projekt BaltFood. Ziel des Programms ist eine bessere Vernetzung der Nahrungsmittelindustrie und der Hochschulen des Ostseeraums ebenso wie der Austausch neuer Ideen und Technologien im Ernährungssektor.

- **Aktivitäten der Fachhochschule Westküste**

Die Fachhochschule Westküste (FH Westküste) hat im Berichtszeitraum ihre Kooperationen im Ostseeraum weiter ausgebaut, insbesondere um dieses Know-how für den **Schwerpunkt Nordic Management** einzusetzen. So sind in Schweden neben der Universität West auch die Universität Karlstad und in Finnland neben der Univer-

¹ Das EU-Hochschulprogramm ERASMUS fördert die grenzüberschreitende Mobilität von Studierenden, Dozenten und anderem Hochschulpersonal sowie von Unternehmenspersonal

² Zum EU-Ostseeprogramm siehe Kapitel 1.4

sität Tampere die Hochschule Seinajoki und die Hochschule Haaga als Partner gewonnen worden. Der **Dozenten-/innen und Studierendenaustausch** ist bereits angelaufen.

Die FH Westküste wird seit 2008 auch vom Schwedischen Institut offiziell als Hochschulausbildungsstätte für die Schwedische Sprache geführt.

Im Rahmen der Europawoche 2009 hat es gemeinsam mit der Europaunion Schleswig-Holstein und der Agentur für Arbeit in Heide eine **Messe** der FH Westküste zu schulischen, akademischen und beruflichen Möglichkeiten und Chancen in Europa mit **Schwerpunkt Ostseeraum** gegeben.

Die FH Westküste führte den neuen Schwerpunkt „**Nordic Management**“ im Studiengang Betriebswirtschaft im WS 09/10 ein. Damit werden erstmalig in Deutschland betriebswirtschaftlich orientierte Studieninteressierte angesprochen, die eine Vorliebe für den Norden Europas haben und in diesem Bereich große wirtschaftliche Chancen und ihre berufliche Zukunft sehen. Nordic Management betont die an der FH Westküste gelebte Internationalisierung und nutzt deren Praxisorientierung und Nähe zu Nordeuropa. Mit der EU-Osterweiterung sind für die Wirtschaftsachse zwischen Mitteleuropa und den nordischen Staaten zusätzliche Impulse zu den bestehenden stabilen arbeitsteiligen Strukturen in den Produktions- und Arbeitsprozessen und damit ein nachhaltiger Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften zu erwarten. Die Studierenden werden dazu ausgebildet, in Firmen, Institutionen und Verbänden die **Schnittstelle zwischen den Kulturräumen** zu bilden, um interkulturelle Reibungsverluste zu vermeiden. Durch die Verbindung von wirtschafts- und kulturwissenschaftlichen Fragestellungen wird in diesem Bereich erstmalig übergreifende Methodenkompetenz vermittelt.

- **Aktivitäten der Musikhochschule Lübeck**

Im Rahmen des europäischen **ERASMUS¹-Austauschprogrammes** fand auch im Berichtszeitraum ein reger Dozent/innen- und Studierendenaustausch der Musikhochschule Lübeck mit Dänemark, Polen und Schweden statt.

Die Musikhochschule Lübeck ist an verschiedenen Projekten des **Zusammenschlusses von Musikhochschulen im Ostseeraum ABAM** (Association of Baltic

¹ Das EU-Hochschulprogramm ERASMUS fördert die grenzüberschreitende Mobilität von Studierenden, Dozenten und anderem Hochschulpersonal sowie von Unternehmenspersonal

Academies of Music)¹ beteiligt. In der ABAM sind u.a. die Sibelius-Akademie Helsinki, die Königliche Musikhochschule Stockholm, die Musikhochschule der Universität Göteborg und die Musikhochschule Malmö zusammengeschlossen.

2.9. Positionierung Schleswig-Holsteins als Transportdrehscheibe im Ostseeraum

Auch wenn die Wirtschaftsentwicklung durch die Weltwirtschaftskrise teilweise spürbare Folgen nach sich zog, ist zu erkennen, dass diese Folgen nur zeitweise bestehen bleiben und sich die Konjunktur länderübergreifend wieder erholen wird. Durch die Erholung des Binnenhandels in der Ostseeregion sowie die stetig zunehmenden Handelsströme von und nach Nord- und Nordosteuropa wird sich die **Ostseeregion** ungebrochen weiter zu **einer der bedeutsamsten Transportregionen Europas** entwickeln. Infolge seiner wirtschaftsgeographischen Lage entwickelt sich Schleswig-Holstein zu einer Verkehrsdrehscheibe. Ziel ist es, mit dem bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und deren Verknüpfung mit den Transportwegen im Ostseeraum die Funktion als **Drehscheibe für Umschlag und Logistik** nachhaltig zu stärken und die daraus resultierenden Standortvorteile zu nutzen.

Schlüsselprojekte sind die feste Fehmarnbelt-Querung einschließlich deren Hinterlandanbindung, die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Hamburg - Lübeck/Travemünde, der Bau der Ostsee-Autobahn A 20 einschließlich Elbquerung westlich von Hamburg sowie der leistungsfähige Ausbau der Nord-Süd-Achsen A 7 und A 21. Ferner gilt es, die Ostseetransithäfen Kiel und Lübeck zu stärken und den Nord-Ostsee-Kanal auszubauen.

Straßenverkehr

Um den Auswirkungen der wirtschaftlichen Expansion der Ostseeanrainerstaaten gewappnet zu sein, bedarf es einer leistungsstarken und bedarfsgerechten Infrastruktur. Im bestehenden großräumigen Straßennetz ist hierzu insbesondere die Herstellung einer bislang fehlenden **Ost-West-Verbindung** erforderlich. Die **Realisierung der A 20** wird diese Lücke schließen. Als Ost-West-Magistrale und transnationale Verkehrsachse (Teil des transeuropäischen Verkehrsnetzes) soll die A 20 zu einer wesentlichen Verbesserung der Anbindung Skandinaviens an Zentral- und Westeuropa als auch zur Bewältigung der mit der EU-Osterweiterung einhergehenden Verkehrszuwächse beitragen. Neben der überregionalen Erreichbarkeit Nord-

¹ Homepage: www.abam.dk

deutschlands wird die regionale Anbindung, insbesondere von strukturschwachen Wirtschaftsräumen wie die der Westküste Schleswig-Holsteins, aufgrund der Verbindungen zu den bereits bestehenden Nord-Süd-Hauptverkehrsachsen (A 1, A 7, A 21, A 23) deutlich verbessert.

Nachdem das VDE-Projekt¹ „Ostseeautobahn A 20“ realisiert ist, stellt nun die westliche Fortführung als „**Nord-West-Umfahrung Hamburgs**“ **inklusive fester Elbquerung** das bedeutendste verkehrspolitische Infrastrukturvorhaben der schleswig-holsteinischen Landesregierung dar. Aufgrund der Größe des Infrastrukturprojektes wird die A 20 abschnittsweise realisiert. In den letzten beiden Jahren konnten zwei Abschnitte dem Verkehr übergeben werden. Zurzeit ist die A 20 damit zwischen der Landesgrenze bis östlich von Bad Segeberg durchgängig befahrbar. Der sich anschließende Abschnitt, der auch eine Verknüpfung mit der A 21 vorsieht, befindet sich in der Planfeststellung und soll als nächstes gebaut werden. Auch alle anderen Streckenabschnitte befinden sich bereits im Planfeststellungsverfahren. Aus heutiger Sicht wird die A 20 in Schleswig-Holstein - so wünschenswert es aus verkehrlicher Sicht auch wäre – selbst unter Annahme optimaler Bedingungen nicht vor dem Jahr 2019 fertig gestellt sein.

In Verbindung mit der **Weiterführung als Küstenautobahn A 22** auf niedersächsischem Gebiet wird eine optimale, leistungsfähige und sichere **Hinterlandanbindung für die norddeutschen Seehäfen** geschaffen und somit deren Wettbewerbsstellung nachhaltig gestärkt. Es wird angestrebt, die Bezeichnung „A 20“ auch auf die geplante A 22 zu übertragen.

Als wichtige **Nord-Süd-Verbindung (Jütlandachse)** zwischen den skandinavischen Ländern und Mitteleuropa ist die **A 7** sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des Landes als auch zur Abwicklung in- und ausländischer Transitverkehre von hoher Bedeutung. Im Hinblick auf die starken Verkehrszuwächse ist ein Ausbau der A 7 auf sechs Fahrstreifen in Schleswig-Holstein sowie auf sechs bzw. acht Fahrstreifen in Hamburg vorgesehen. Die Realisierung des Ausbaus ist zwischen Bordesholm und Hamburg in Form des so genannten A-Modells (Betreibermodell) vorgesehen. Um eine beschleunigte Realisierung zu erreichen, wurde die DEGES², welche in den neuen Bundesländern erfolgreich die VDE-Projekte umgesetzt hat, vom Land Schleswig-Holstein mit den Planungen beauftragt. Aufgrund der großen Ausbaulänge von ca. 61 km wird abschnittsweise geplant. Die Planfeststellungsbe-

¹ Verkehrsprojekte Deutsche Einheit

² Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH

schlüsse sollen für alle Abschnitte spätestens 2012 vorliegen, so dass mit einem Baubeginn aus heutiger Sicht Ende 2012/Anfang 2013 zu rechnen ist.

Der vierstreifige **Ausbau der B 404 zur Autobahn A 21** (neben der A 7) besitzt als **zweite** leistungsstarke **Nord-Süd-Achse** für den weiträumigen Verkehr ebenfalls besondere Priorität. In weiten Teilen ist der Ausbau zwischen der A 1 (Hamburg-Oldenburg) und Stolpe bereits erfolgt. In den weiteren Abschnitten wird der Ausbau in den nächsten Jahren fortgesetzt. Als erstes wird der sich noch in der Planfeststellung befindliche Abschnitt zwischen Stolpe und Nettelsee realisiert, daran anschließend wird sich der Bereich bis Klein Barkau. Für die letzten Streckenabschnitte bis Kiel laufen - bis auf den bereits fertig gestellten Abschnitt zwischen Wellseedamm und Klein Meimersdorf - die detaillierten Entwurfsarbeiten. Der Bau in den einzelnen Abschnitten beginnt abhängig von den weiteren Planungsabläufen und der Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel durch den Bund.

Ostseehäfen

Die Seeschifffahrt und insbesondere auch die Ostseeverkehre haben außerordentliche Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und somit auch für die Wirtschaft und Bevölkerung Schleswig-Holsteins.

Innerhalb der Europäischen Union bilden die deutschen Ostseehäfen ein leistungsfähiges Bindeglied zwischen Zentraleuropa, Skandinavien und dem nordischen und baltischen Raum einschließlich Russland. Die Häfen erfüllen für den Güteraustausch wichtige **überregionale Transit- und Logistikfunktionen** und sind Zentren für den internationalen Personenreiseverkehr über die Ostsee.

Als wirtschaftlichem und umweltfreundlichem Verkehrsmittel kommt dem Seeverkehr gerade in der Ostsee eine immer bedeutendere Rolle bei der Bewältigung des internationalen Handels zu.

Zur Bewältigung der neuen Anforderungen haben die Einrichtung neuer Kurzstreckenseeverkehre und Hafenausbauprojekte ebenso wie die Stärkung bestehender Verbindungen hohe politische Priorität. Viele der in Schleswig-Holstein ansässigen in der Schifffahrt tätigen Unternehmen sind dem kleinen und mittelständischen Bereich zuzuordnen. Damit steht die maritime Branche exemplarisch für die Wirtschaft des Landes.

Im Gegensatz zu den Verkehren in der Deutschen Bucht sind die deutschen Ostseehäfen sehr stark durch den **Fährverkehr** nach Skandinavien und Osteuropa geprägt.

Für diesen **Wachstumssektor** sind weitere Ausbauprojekte von Kaianlagen und zukunftsweisender Infrastruktur geplant, um so die Leistungsfähigkeit bei der Abwicklung der **Kurzstreckenseeverkehre** in Richtung Baltikum und Skandinavien weiter zu verbessern und konkurrenzfähig zu halten. Ein wichtiger Punkt hierbei sind auch die langfristig nicht ausreichenden **Hinterlandanbindungen der Häfen**.

Lübeck

Der Lübecker Hafen nimmt als **größter Fährhafen Europas** und **umschlagstärkster deutscher Ostseehafen** speziell in den Verkehren zwischen den traditionellen Wirtschaftsmetropolen West- und Zentraleuropas und dem sich rasch entwickelnden Wirtschaftsraum Ostsee die zentrale Drehscheibenfunktion ein.

Den Hafen zeichnet eine sehr leistungsfähige Infrastruktur, speziell für rollende Ladung, Kombinierte Verkehre sowie den Umschlag von Forstprodukten aus.

Infolge der Wirtschaftskrise sank die Menge der umgeschlagenen Güter im Gesamthafen Lübeck, also bei der Lübecker Hafengesellschaft mbH (LHG) und den privaten Hafenbetreibern im Vergleich zum Vorjahr (31,7 Mio. Tonnen) um 17,1 % auf 26,3 Mio. Tonnen.

Die LHG selbst schlug 24,1 Mio. Tonnen Güter um und liegt damit 15,0 % unter der Menge des Vorjahres (28,5 Mio. Tonnen). Die Zahl der Passagiere blieb mit 359.638 fast auf Vorjahresniveau.

Kiel

Der Seehafen Kiel zählt zu den vielseitigsten Häfen an der Ostsee. Seine günstige geografische Lage, durchgehend seeschiffstiefes Wasser und der direkte Anschluss an das Schienen- und Fernstraßennetz machen den Hafen für Güterumschlag und Passagierverkehr attraktiv. Dazu profitiert der Hafen von seiner Lage am Eingang zur weltweit meist befahrenen künstlichen Wasserstraße, dem Nord-Ostsee-Kanal.

Bedeutendste Marktsegmente sind der **Fährverkehr nach Skandinavien und ins Baltikum** sowie die Abfertigung von **Kreuzfahrtschiffen**.

Der Kieler Hafen konnte sein Umschlagsergebnis in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nahezu behaupten. In 2009 wurden 4,86 Mio. Tonnen Güter umgeschlagen. Dies entspricht einem Rückgang um „nur“ 1,05 %.

Während der Umschlag von Massengütern, Containern sowie Stückgütern in Richtung Baltikum zulegen, verzeichneten die Fährverkehre von und nach Skandinavien sowie Russland rückläufige Mengen. Umschlagstärkster Kieler Hafenteil ist der **Ostuferrhafen**, in dem 2,3 Mio. Tonnen oder 11 % mehr Güter als im Vorjahr umgeschlagen wurden.

Im Passagierverkehr gab es einen Zuwachs um 1,57 %. Getragen durch das Kreuzfahrergeschäft kletterte die Zahl der in Kiel abgefertigten Passagiere auf 1,878 Mio.. 2010 will Kiel einen neuen Rekord aufstellen. So werden erstmals fast 140 Kreuzfahrtschiffe erwartet. Im Vergleich zu den 115 Schiffsbesuchen in 2009 stehen 2010 die Chancen für ein neues Rekordjahr mit dem erstmaligen Sprung über die Marke von 300.000 Kreuzfahrtpassagieren weiter gut.

Nord-Ostsee-Kanal (NOK)

Um die Leistungsfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals (NOK) für die internationale Schifffahrt auch in Zukunft zu gewährleisten, sind neben den laufenden Sicherungsmaßnahmen am Kanal **umfangreiche Ausbaumaßnahmen** geplant bzw. bereits eingeleitet worden.

Der Kanal gehört zu den Wasserstraßen, die Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft sind und stellt mit seinen Weg- und Zeitvorteilen für die Schifffahrt einen großen Wettbewerbsvorteil für die Seehäfen Hamburg, Bremen und Bremerhaven sowie in Zukunft auch für den Jade-Weser-Port dar.

Trotz der Einbrüche im weltweiten Warentransport, von denen auch der NOK nicht verschont wurde, wird der Bund den Kanalausbau wie geplant durchführen. Mit den Ausbaumaßnahmen werden Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs auf dem Kanal und die Begegnungsmöglichkeiten der Schiffe verbessert sowie Warte- und Passagezeiten verkürzt.

Mit dem im Frühjahr 2006 genehmigten, besonders wichtigen Ausbau der Oststrecke des NOK zwischen Königsförde und Kiel-Holtenau, einem rund 18 km langen Engpass, der noch das Kanalprofil von 1914 aufweist, hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung einen ersten wichtigen Schritt für die **Modernisierung des Nord-Ostsee-Kanals** getan.

Ausbau der Oststrecke

Das Planfeststellungsverfahren für diesen Ausbau ist Ende 2009 eingeleitet worden, mit dem **Planfeststellungsbeschluss** wird **Ende 2010** gerechnet. Mit ersten vorbereitenden Baumaßnahmen soll dann Anfang 2011 begonnen werden. Die Fertigstellung der Kurvenanpassung zwischen Königsförde und Kiel-Holtenau ist für 2014 vorgesehen.

Die geplanten Anpassungsmaßnahmen der Oststrecke sowie die Einzelmaßnahmen werden von den zuständigen Mitarbeitern des Wasser- und Schifffahrtsamtes (WSA)

Kiel-Holtenau in den von den Baumaßnahmen betroffenen Gemeinden entlang der Oststrecke dargestellt und erläutert. Das WSA Kiel-Holtenau führt damit eine zeitige und **transparente Informationspolitik** durch, die auch während der Bauphasen immer wiederholt werden soll. Eingebunden in die vorbereitenden Planungen und die Baumaßnahmen sind auch das Landesamt für Natur und Umwelt sowie das Umweltministerium.

Weitere Ausbaumaßnahmen zwischen 2009 und 2018

Neue Schleuse Brunsbüttel: Anfang 2009 wurde das Planfeststellungsverfahren für den Neubau einer fünften Schleusenammer eingeleitet. Ende **April 2009** erfolgte der **erste Spatenstich** für den Tunnel (Düker) durch den die elektrischen Versorgungsleitungen der neuen Schleusenanlage zwischen Nord- und Südseite des Kanals verlaufen.

In Kürze wird ebenfalls mit den für den Bau der neuen Schleusenammer erforderlichen Vorarbeiten (z. B. Rodungsarbeiten, Leitungsumlegungen, Neuordnung der Energieversorgung) begonnen. Der Schleusenneubau soll im Jahr 2014 fertiggestellt sein. Anschließend erfolgt die Grundsanie rung der jetzt 93 Jahre alten Brunsbütteler „Großen Schleusen“.

Vertiefung des NOK und Neubau der Hochbrücke Levensau

Weitere große Projekte des Kanalausbaus sind die geplante Vertiefung des NOK von 11 auf 12 Meter auf seiner Gesamtlänge (Fertigstellung für 2018 vorgesehen), der Ersatzneubau der Levensauer Hochbrücke (Fertigstellung für 2014 vorgesehen) sowie das **Instandsetzungskonzept für die Holtenauer Schleusen**, dessen Umfang noch vom Ergebnis einer Bauwerksinspektion abhängt.

2.10. Stärkung der Ostseezusammenarbeit im Bereich Gesundheitswirtschaft und Verbraucherschutz

Gesundheitswirtschaft

Der größte gemeinsame Nenner in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit sind nach wie vor die Krebsbehandlung und -diagnostik: Die Kooperation in der Strahlentherapie findet unverändert statt. Das **Nordeuropäische Radioonkologische Centrum Kiel** (NRoCK) (ehemals Partikeltherapiezentrum) wird eines der weltweit innovativsten Zentren für Krebsbehandlung. Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H) bündelt in dem Zentrum Partikeltherapie (ein schonenderes und präziseres Verfahren in der Bestrahlung als die bisher verfügba-

ren, dessen Indikationsstellung derzeit zum Teil noch wissenschaftlich erforscht wird), konventionelle Strahlentherapie und Brachytherapie. Darüber hinaus wird zur Partikeltherapie vor Ort geforscht und es werden radioonkologische Fachleute ausgebildet. Die bereits abgeschlossenen Kooperationsverträge stärken die existierende grenz- und länderübergreifende Zusammenarbeit - im Norden mit Dänemark, Norwegen und Schweden und im Süden mit den norddeutschen Bundesländern. Zudem wird das NRoCK als Referenzzentrum für Krebsforschung, Krebsdiagnostik und Krebstherapie auch für das nördliche Europa Maßstäbe setzen und gesundheitspolitisch große Bedeutung bekommen. Das NRoCK ist Teil und wichtiges Bindeglied des ebenfalls im vergangenen Jahr gegründeten Krebszentrums Nord/Comprehensive Cancer Center (CCC) mit Sitz auf dem UK S-H Campus in Kiel. Das CCC ist ein Zusammenschluss aus 38 Kliniken am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein und 13 Krankenhäusern im ganzen Land sowie dem Krebsregister Schleswig-Holstein. Ziel des Zusammenschlusses zu einem CCC ist, allen Krebspatienten in ganz Schleswig-Holstein die gleiche qualitativ hochwertige Versorgung nach einheitlichen Richtlinien zu ermöglichen. In Zusammenarbeit mit dem Krebsregister Schleswig-Holstein soll ein klinisches Krebsregister entstehen, das Forschung und Behandlung von Krebserkrankungen optimieren hilft.

„eHealth for Regions“

Das Ostsee-Netzwerk „eHealth for Regions“ ist im Zuge des gleichnamigen internationalen Projekts entstanden, das von 2004 bis Sommer 2007 durchgeführt wurde. Es wurde im Rahmen des INTERREG III B-Ostseeprogramms¹ finanziell von der EU unterstützt. Ziel war es, **integrierte Strukturen zur Verbesserung der Patientenversorgung im Ostseeraum** zu schaffen. Der Einsatz von eHealth-Techniken soll den Zugang und die Qualität der Gesundheitsversorgung ländlicher Regionen im Ostseeraum verbessern. Dem Netzwerk gehören derzeit 17 Partner aus sechs Ostseestaaten an: Dänemark, Finnland, Litauen, Polen, Schweden und Deutschland. Aus Schleswig-Holstein sind die Krankenkasse AOK, der Kreis Segeberg (Regionalmanagement), das Diakonissenkrankenhaus in Flensburg, die Fachhochschule Flensburg und das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit beteiligt. Das Netzwerk ist offen für weitere Partner aus anderen Ländern.

Die Aufgabe des **„Management Secretariats“** für das Netzwerk hat die Fachhochschule Flensburg übernommen. Die Netzwerkpartner kooperieren in verschiedenen Projekten und entwickeln gemeinsam neue Projektideen mit Partnern innerhalb und außerhalb des Netzwerkes. Die Partner tauschen ihre Erfahrungen und Arbeitser-

¹ Zum EU-Ostseeprogramm siehe Kapitel 1.4

gebnisse auf einer **internetbasierten Plattform** aus (www.ehealthforregions.net). Inhaltliche Themen sind u.a.: Gesundheitslösungen für mobile Bürgerinnen und Bürger, Lernen, Bildung und Forschung im Bereich eHealth, Bildung eines europäischen Kommunikationsnetzwerkes für Gesundheit und Fragen der Interoperabilität. Zu den Angeboten des Netzwerks zählen auch virtuelle Seminare, z.B. zum Thema alternde Bevölkerung und steigende chronische Erkrankungen (im Jahr 2009) oder Regionale Krebs-Zentren (April 2010).

Im Zusammenhang mit dem Netzwerk stehen zwei weitere INTERREG-Projekte:

ICT for Health¹

Das INTERREG IV B-Projekt "ICT for Health - Strengthening social capacities for the utilisation of e-health technologies in the framework of ageing population"

hat sich vor dem Hintergrund einer "**alternden Gesellschaft**" mit einer wachsenden Zahl chronisch kranker Menschen zum Ziel gesetzt, die Fähigkeit, das Wissen und somit die **Akzeptanz für E-Health** bei Patienten und Medizinern im Ostseeraum zu erhöhen. Beteiligt sind 20 Partnerorganisationen aus Dänemark, Finnland, Litauen, Norwegen, Polen, Schweden, Russland und Deutschland. Aus Schleswig-Holstein beteiligen sich die Fachhochschule Flensburg (Leadpartner), das Diakonissenkrankenhaus Flensburg, die Universität Lübeck, das Institut für Krebs Epidemiologie, die Kreise Pinneberg und Segeberg, das Gesundheitsforum Segeberg, die Schleswig-Holsteinische Krebsgesellschaft sowie das European Institute for Telemedicine e.V., Segeberg.

In den geplanten Pilotläufen werden Patienten und medizinisches Personal im Umgang mit der Technologie geschult, Lernmodule für chronisch Kranke und medizinisches Personal entwickelt und Patienten in die Lage versetzt, ihre Krankheitsdaten zur Überwachung online einzugeben.

Das Projekt wird im Rahmen des EU-Ostseeprogramms gefördert. Es ist mit einer Laufzeit von 36 Monaten im Januar 2010 gestartet und verfügt über ein Gesamtbudget von etwa 3,65 Mio. €.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Brustgesundheit²

Im Januar 2009 hat das INTERREG IV A-Projekt ³„Grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Brustgesundheit: Prävention, Untersuchung, Behandlung und Nachsorge von Brustkrebs in Süddänemark und Schleswig-Holstein“ seine Arbeit aufgenommen. Die Partner in Süddänemark und Schleswig-Holstein wollen gegen-

¹ Vgl. Seite 108

² Vgl. Seite 108

³ Über INTERREG A fördert die EU die grenzüberschreitende Zusammenarbeit benachbarter Gebiete

seitig von ihren Erfahrungen und unterschiedlichen Herangehensweisen lernen und die hohe Kompetenz der nördlichen Nachbarn in Prävention und Therapie bündeln. Hauptziel ist es, die **medizinische Versorgung der Bevölkerung im Bereich der Brustgesundheit zu verbessern**, indem Fachwissen und Ressourcen grenzüberschreitend miteinander geteilt und Synergieeffekte genutzt werden können. Die auch grenzüberschreitende kurzfristige Zugänglichkeit von medizinischen Ressourcen und die Verbesserung der Arbeitsabläufe können zur Verbesserung der Früherkennung von Brustkrebs und damit zu einer Verringerung der Sterblichkeit beitragen. Einer der zentralen Projektaktivitäten ist es, die Machbarkeit des grenzüberschreitenden Austausches medizinischer Dienstleistungen zwischen Radiologen im Bereich der kurativen Mamma-Diagnostik in einem Pilotlauf zu verifizieren. Dafür werden 100 Screening-Bilder vom Universitätskrankenhaus Odense zu den teilnehmenden deutschen Radiologen in Kiel und Flensburg geschickt. Das Projekt hat ein Finanzvolumen von 1,3 Mio. €. Beteiligt sind 16 Partner aus Deutschland und Dänemark.

Verbraucherschutz/ Marktüberwachung

Die grenzüberschreitende Kooperation der Verbraucherschutzbehörden im Ostseerainner-Raum setzt sich nach 2008 weiter fort. Im **Ostseenetzwerk der Marktüberwachung** (Baltic Sea Market Surveillance Network) sind Verbraucherschutzbehörden aus Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen, Schweden und von deutscher Seite Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein engagiert, um die Menschen in der Ostseeregion vor unsicheren und gefährlichen Produkten zu schützen. Darüber hinaus werden einheitliche und verlässliche Wettbewerbsbedingungen geschaffen.

Die **Zusammenarbeit mit den Zollbehörden** im Ostseeraum wurde in 2009 weiter ausgebaut. Nachdem in 2008 zunächst für die Kooperation mit den Zollbehörden schwerpunktmäßig die Strukturen des Zolls genutzt wurden (Zollcode, Risikoprofile, Zoll-Datenbank), wurde im Jahr 2009 das Hauptaugenmerk auf die Strukturen und den Datenaustausch der Marktüberwachungsbehörden gelegt. Durch schnelle, gegenseitige Information werden unsichere Produkte frühzeitig erkannt und von den Märkten der Ostseeregion entfernt.

Im Hamburger Hafen, als einem der größten Importhäfen des Europäischen Wirtschaftsraumes, zugleich dessen Nadelöhr für viele Verbraucherprodukte, wird eine durch Logistikunternehmen und Bundeswirtschaftsministerium finanzierte, gemein-

same „**Import-Message-Platform**“ getestet. Diese integrierte IT-Lösung zur Effektivierung der Importabwicklung wird 2011 vollendet sein und soll den zuständigen Behörden ermöglichen, kritische Ware schon vor Eintreffen im Zielhafen zu identifizieren.

Probeweise wurden Voranmeldedaten der Veterinäre für Fleischimporte aus den Schiffsmanifesten genutzt. Diese Daten entsprechen annähernd den Anmeldedaten des Zolls, die mit dem neuen Zollkodex in der Zukunft erhoben werden. Etwa 75 % aller importierten Waren sind technische Verbraucherprodukte, die unter die harmonisierten Richtlinien bzw. unter die der Allgemeinen Produktsicherheitsrichtlinie fallen. Ungefähr 25 % der importierten Waren beinhalten Fleisch und pflanzliche Lebensmittel.

Der Zugang aller Marktüberwachungsbehörden auf eine gemeinsame Internetplattform, in Kombination mit der Anforderung einer Probe beim Importeur oder Spediteur, kann die Probenahme aus den Geschäften der Einzelhändler hin zum Produktverantwortlichen verlagern. Dieses zukunftsorientierte Modell würde, mit Lebensmitteln vergleichbar, gute Kontrollen ermöglichen und bietet die Chance auf eine **effektivere Marktüberwachung** sowie **zielgerichtete Zusammenarbeit mit den Zollbehörden**. Durch den effizienteren Einsatz der Mittel profitieren Verbraucherinnen und Verbrauchern unmittelbar.

2.11. Stärkung der Jugendbegegnung im Ostseeraum

Seit Jahren sind Jugendbegegnungen eines der erfolgreichsten Elemente der Ostseekooperation. Zahlreiche Organisationen, Verbände und Initiativen haben sich in der Vergangenheit entwickelt und sind aktiv im Ostseeraum. Der **Landesjugendring** Schleswig-Holstein hat in der Ostseeregion ein weit gespanntes Netz an Jugendkontakten aufgebaut. Er kann auf eine über 20jährige Zusammenarbeit mit den finnischen Provinzen Ost- und Südfinnland zurückblicken. Die beim Landesjugendring angesiedelten Einrichtungen arbeiten erfolgreich in der Ostseeregion:

Das **Ostsee-Jugendbüro**¹ hat im März 2010 sein 20-jähriges Bestehen feiern können. Das Jugendbüro unterstützt erfolgreich die **Zusammenarbeit zwischen Jugendverbänden und -gruppen in der Ostseeregion** durch Information, Beratung und Kontaktvermittlung und fördert den Aufbau und die Festigung demokratischer Jugendstrukturen in den östlichen Anrainerstaaten. So organisiert es z.B. in Zusammenarbeit mit dem Offenen Kanal Schleswig-Holstein das **Ostsee-Jugendmedien-**

¹ Homepage: www.ostseejugendbuero.de

camp. Dieses Projekt hat bislang 150 Jugendliche aus den Ländern rund um die Ostsee zu gemeinsamen medienzentrierten Aktivitäten, insbesondere zur Fortbildung, Qualifizierung und zum Erfahrungsaustausch, zusammengeführt. Das Ostsee-Jugendmediencamp 2009 war auch gleichzeitig die Auftaktveranstaltung für eine **Spendenkampagne der Landesjugendringe Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern** zur Förderung der Ostsee-Jugendstiftung. Die Schirmherrschaft über die Spendenaktion wurde vom ehemaligen Landtagspräsidenten Schleswig-Holsteins und der Landtagspräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns übernommen.

Die **Ostsee-Jugendstiftung** setzt sich für die Förderung der kulturellen, sozialen und politischen Jugendbildungsarbeit ein. Sie regt den Völker verbindenden Gedanken der europäischen Einigung bei Jugendlichen in der Ostseeregion an. Seit 2006 hat die Stiftung durch Übernahme der Reisekosten dazu beigetragen, jungen Menschen aus den östlichen Ostseeländern die Teilnahme an Jugendprojekten in Schleswig-Holstein zu ermöglichen.

Der **Jugendserver Schleswig-Holstein** ist eine Informationsbörse im Internet.¹ Informationen und Orientierungshilfen zu Jugendbegegnungen, Freiwilligendiensten, Jobs, Praktika, Workcamps, Au Pair-Aufenthalt, Sprachkursen, Schulaustausch und Austauschstudium sowie über „Günstig reisen und übernachten!“ können unter der Rubrik „Internationales“ abgerufen werden.

Das im Auftrag der nationalen Jugendministerien tätige und weiterhin beim Landesjugendring Schleswig-Holstein angesiedelte **Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten** (Baltic Sea Secretariat for Youth Affairs)² ist sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene aktiv. Seine Tätigkeiten beziehen sich vor allem auf die Umsetzung der Themenbereiche, die von den nationalen Jugendministerien der Ostseestaaten als Prioritäten definiert werden. Das Sekretariat ist im Herbst 2007 in den Nationalen Beirat des **EU-Programms „Jugend in Aktion“**³ berufen worden.

Die jährlich einwöchig stattfindende **Ostsee-Jugendkonferenz** ist eine über die Landes- und Bundesgrenzen hinaus anerkannte Veranstaltung. Seit der ersten Konferenz im Jahre 1989 haben mehr als 750 Jugendliche aus Schleswig-Holstein und den Ostseeanrainerstaaten daran teilgenommen. Die vielfältige Themenauswahl der einzelnen Konferenzen dient nicht nur dem Austausch von Informationen, sondern ist

¹ Homepage: www.jugendserver-sh.de

² Homepage: www.balticsea-youth.org

³ EU-Programm „Jugend in Aktion“ fördert Jugendbegegnungen, Jugendinitiativen sowie den Europäischen Freiwilligendienst.

häufig auch der Ort, an dem Perspektiven für zukünftige gemeinsame Projekte konkret entwickelt und vereinbart werden. In den letzten zwei Jahren standen die Themen „Dialog zwischen Jugendkulturen“ und „Jugendbeteiligung“ auf dem Programm.

Anhang 1**Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung im Rahmen des EU-Ostseeprogramms (INTERREG IV B) im Rahmen der Förderperiode 2007-2013****„AGORA 2.0 – Inspirations for Innovations towards Sustainable and Competitive Tourism in the BSR“**

Schaffung eines Informationspools mit Marktdaten des Tourismussektors für KMU und dessen Nutzung für den adäquaten Umgang mit Innovationen und kreativen Ideen/Vorschlägen.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- SE- FI- LV- PL- EE- LT- DK- BY

Schleswig-holsteinischer Partner: Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa

Laufzeit: 17.09.2009 - 16.12.2012

Gesamtbudget: € 2.884.055 (EFRE-Anteil SH: € 214.412)

Im Internet: www.yepat.uni-greifswald.de/agora/index

„Baltfood – The BSR Food Cluster: Innovation and Competitiveness in Action“

Kooperation Nahrungsmittel produzierender Unternehmen im Ostseeraum zur Entwicklung eines Nahrungsmittel-Clusters. Ziel ist es, die Region wettbewerbsfähig zu machen, indem verstärkt Produkt- und Prozessinnovationen vorangetrieben werden.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- DK- SE- FI- LT- PL

Schleswig-holsteinische Partner: Wirtschaftsförderung Lübeck (Leadpartner), Fachhochschule Lübeck

Laufzeit: 25.10.2008 - 24.01.2012

Gesamtbudget: € 2.424.607 (EFRE-Anteil SH: € 522.750)

Im Internet: www.baltfood.de

„Baltic Compass“

Aufbau eines Dialogs zwischen umweltpolitischen und agrarwirtschaftlichen Akteuren sowie die Entwicklung von Modelllösungen zur Bekämpfung der Eutrophierung der Ostsee durch die Agrarwirtschaft.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- DK- SE- FI- EE- LV- LT- BY- PL

Schleswig-holsteinische Partner: Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR).

Laufzeit: 17.09.2009 - 16.12.2012

Gesamtbudget: € 6.678.210 (EFRE-Anteil SH: € 288.359)

„Baltic Green Belt“

Schließung der im südlichen Ostseeraum vorhandenen Lücke des ‚Grünen Bandes Europa‘, einem Ökosystemkorridor entlang des gesamten ehemaligen Eisernen Vorhangs vom Eismeer bis ans Schwarze Meer. Hierbei steht das Thema „Integriertes Küstenzonenmanagement“ mit der Einbeziehung von ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekten im Vordergrund, um eine nachhaltige Entwicklung in den Küstenregionen der Ostsee zu erwirken.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- SE- EE- LV- LT- PL- RU- BE

Schleswig-holsteinische Partner: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (Leadpartner), Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Schleswig-Holstein.

Laufzeit: 25.10.2008 - 24.01.2012

Gesamtbudget: € 2.452.498 (EFRE-Anteil SH: € 376.200)

Im Internet: www.balticgreenbelt.uni-kiel.de

„Best Agers“

Ausbau von Potentialen und Chancen einer erfahrenen Generation über 55 für eine bessere Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft durch Nutzung, Mobilisierung und Einsatz dieser Altersgruppe auf freiwilliger Basis für Gesellschaft und Wirtschaft.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- DK- SE- EE- LV- LT- RU- PL- UK

Schleswig-holsteinische Partner: Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein (Leadpartner), Kreis Pinneberg, Paritätischer Wohlfahrtsverband.

Laufzeit: 17.09.2009 - 16.12.2012

Gesamtbudget: € 4.423.070 (EFRE-Anteil SH: € 915.049)

Im Internet: www.best-agers-project.eu

„BSLN – Baltic Sea Labour Network“

Verbesserung des Managements des transnationalen Arbeitsmarktes in der Ostseeregion durch Entwicklung von transnationalen Anpassungsstrategien und von Aktionen und Modellen unter Berücksichtigung des Demographischen Wandels und Migrationsprozessen.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- DK- SE- NO- FI- EE- LV- LT- PL- RU- BE

Schleswig-holsteinisch-/Hamburger Partner: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Nord

Laufzeit: 25.10.2008 - 24.01.2012

Gesamtbudget: € 2.685.923

„First Motion (FM)“

Etablierung eines Netzwerkes von Filmförderungen, Universitäten und anderen Interessenvertretern im Ostseeraum zur Entwicklung neuer Fördermodelle für neue Medienformen. Verbesserung der Rahmenbedingungen und des Kooperationspotenzials für Innovationen im Bereich Kreative Industrien/Audiovisuelle Medien u.a. durch die Errichtung einer „Business to Business“ und einer „Business to Community“ Plattform.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- DK- SE- NO- LT- EE- LV- PL

Schleswig-holsteinische Partner: Filmwerkstatt Kiel / Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein (Leadpartner)

Laufzeit: 17.09.2009 - 16.12.2012

Gesamtbudget: € 3.025.070 (EFRE-Anteil SH: € 381.542)

„ICT for Health in European regions with ageing and declining population“

Aufbauend auf dem INTERREG III B-Projekt „E-Health for Regions“ Verbesserung der Erreichbarkeit medizinischer Versorgung auch über Entfernungen hinweg angesichts des Demografischen Wandels im Ostseeraum. Schaffung von Potentialen für Synergien zwischen medizinischen Institutionen und Akteuren im Gesundheitswesen auch über Grenzen europäischer Länder hinaus.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- DK- SE- NO- FI- LT- PL

Schleswig-holsteinische Partner: Fachhochschule Flensburg (Leadpartner), Europäisches Institut für Telemedizin, Institut für Krebsepidemiologie, Ev.-Luth. Diakonissenanstalt, Kreis Segeberg, Gesundheitsforum Segeberg, Schleswig-Holsteinische Krebsgesellschaft.

Laufzeit: 17.09.2009 - 16.12.2012

Gesamtbudget: € 3.645.621 (EFRE-Anteil SH: € 933.860)

Im Internet: www.ictforhealth.com

„PURE“

Vorbereiten von Investitionen zur Reduktion von Phosphoremissionen in die Ostsee durch Unterstützung der betroffenen Kommunen.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- EE- LV- FI- BY- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Entsorgungsbetriebe Lübeck.

Laufzeit: 17.09.2009 - 16.12.2012

Gesamtbudget: € 3.173.615 (EFRE-Anteil SH: € 102.630)

„Urb.Energy – Energy Efficient and Integrated Urban Development Action“

Aufbauend auf dem INTERREG III B-Projekt BEEN sollen existierende Ansätze bei der Energieeffizienz von Gebäuden analysiert werden um anwendbare integrierte urbane Entwicklungsstrategien zu entwickeln und zu präsentieren.

Teilnehmende Partnerstaaten: DE- EE- LV- LT- RU- BY- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.

Laufzeit: 25.10.2008 - 24.1.2012

Gesamtbudget: € 3.922.116 (EFRE-Anteil SH: € 99.000)

Im Internet: www.urbenergy.eu

Verwendete Abkürzungen:

BE Belgien

BY Belarus/Weißrussland

DE Deutschland

DK Dänemark

EE Estland

FI Finnland

LT Lettland

LV Litauen

NO Norwegen

PL Polen

RU Russische Föderation

SE Schweden

SH Schleswig-Holstein

EFRE Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung

Anhang 2**Einfuhr des Landes Schleswig-Holstein aus dem Ostseeraum 1999 - 2009**

Länder / Ländergruppen	1999	%	2002	%	2006	%
	T€		T€		T€	
Einfuhr SH	10.433.687	100,0	11.568.899	100,0	18.063.131	100,0
davon:						
Dänemark	1.371.457	13,1	1.449.475	12,5	1.801.234	10,0
Norwegen	214.199	2,1	289.917	2,5	178.465	1,0
Schweden	908.883	8,7	1.075.449	9,3	1.387.730	7,7
Finnland	280.849	2,7	298.929	2,6	724.871	4,0
= Skandinavien	2.775.387	26,6	3.113.770	26,9	4.092.300	22,7
Estland	15.924	0,2	16.229	0,1	6.464	0,0
Lettland	19.951	0,2	16.922	0,1	25.561	0,1
Litauen	18.455	0,2	42.648	0,4	64.023	0,4
Polen	180.353	1,7	206.559	1,8	288.044	1,6
Russland	104.785	1,0	173.075	1,5	238.192	1,3
= insgesamt	339.461	3,3	455.433	3,9	622.284	3,4
= Ostseeraum	3.114.854	29,9	3.569.203	30,9	4.714.584	26,1

Länder / Ländergruppen	2007	%	2008	%	2009*	%
	T€		T€		T€	
Einfuhr SH	20.238.573	100,0	20.972.899	100,0	17.056.767	100,0
davon:						
Dänemark	2.289.987	11,3	2.874.424	13,7	2.447.072	14,3
Norwegen	465.422	2,3	271.680	1,3	238.599	1,4
Schweden	1.526.421	7,5	1.375.645	6,6	1.227.129	7,2
Finnland	992.916	4,9	1.012.953	4,8	707.435	4,1
= Skandinavien	5.274.746	26,1	5.534.702	26,4	4.620.235	27,1
Estland	19.226	0,1	24.845	0,1	23.356	0,1
Lettland	15.943	0,1	15.924	0,1	12.955	0,1
Litauen	88.785	0,4	117.243	0,6	98.320	0,6
Polen	477.930	2,4	515.667	2,5	436.317	2,6
Russland	206.541	1,0	335.417	1,6	539.890	3,2
= insgesamt	808.424	4,0	1.009.096	4,8	1.110.838	6,5
= Ostseeraum	6.083.171	30,1	6.543.798	31,2	5.731.073	33,6

* vorläufige Zahlen bis Dezember 2009

Quelle: Statistikamt Nord

Anhang 3**Ausfuhr des Landes Schleswig-Holstein in den Ostseeraum 1999 - 2009**

Länder / Ländergruppen	1999	%	2002	%	2006	%
	T€		T€		T€	
Ausfuhr SH	10.338.545	100,0	10.938.630	100,0	16.322.624	100,0
davon:						
Dänemark	729.490	7,1	680.007	6,2	985.591	6,0
Norwegen	203.177	2,0	151.338	1,4	222.977	1,4
Schweden	251.295	2,4	215.440	2,0	428.594	2,6
Finnland	78.137	0,8	87.439	0,8	141.497	0,9
= Skandinavien	1.262.099	12,2	1.134.224	10,4	1.778.659	10,9
Estland	10.850	0,1	16.300	0,1	27.211	0,2
Lettland	10.161	0,1	9.470	0,1	15.497	0,1
Litauen	17.460	0,2	28.833	0,3	34.543	0,2
Polen	222.525	2,2	262.168	2,4	446.464	2,7
Russland	150.987	1,5	274.143	2,5	343.321	2,1
= insgesamt	411.983	4,0	590.914	5,4	2.645.695	16,2
= Ostseeraum	1.674.082	16,2	1.725.138	15,8	2.645.695	16,2

Länder / Ländergruppen	2007	%	2008	%	2009*	%
	T€		T€		T€	
Ausfuhr SH	16.926.355	100,0	18.267.896	100,0	14.969.351	100,0
davon:						
Dänemark	1.151.899	6,8	1.387.032	7,6	1.306.180	8,7
Norwegen	285.481	1,7	246.515	1,3	191.244	1,3
Schweden	490.576	2,9	484.173	2,7	473.983	3,2
Finnland	215.522	1,3	221.850	1,2	173.967	1,2
= Skandinavien	2.143.478	12,7	2.339.570	12,8	2.145.373	14,3
Estland	68.901	0,4	73.465	0,4	53.479	0,4
Lettland	40.467	0,2	29.643	0,2	24.415	0,2
Litauen	61.824	0,4	50.100	0,3	40.066	0,3
Polen	588.041	3,5	598.381	3,3	527.737	3,5
Russland	479.364	2,8	471.732	2,6	324.481	2,2
= insgesamt	1.238.597	7,3	1.223.321	6,7	970.178	6,5
= Ostseeraum	3.382.076	20,0	3.562.891	19,5	3.115.552	20,8

* vorläufige Zahlen bis Dezember 2009

Quelle: Statistikamt Nord